Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

PROJEKTBÜRO
ANGEWANDTE
SOZIALFORSCHUNG

Umfrage Auswertung

2021

01 VORWORT

In Hamburg gibt es seit 2012 einen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Die UN-BRK wurde 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Sie verfolgt das Ziel, Menschen mit Behinderungen als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anzuerkennen und deren Benachteiligung und Ungleichbehandlung entschieden entgegenzuwirken. Seit 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention geltendes Recht in Deutschland und muss von allen staatlichen Stellen beachtet und umgesetzt werden. Der Landesaktionsplan des Hamburger Senates soll die Umsetzung der Konvention und der damit verbundenen Leitideen für die Hansestadt sicherstellen. Der Plan wird stetig weiterentwickelt. Für die im Sommer 2023 anstehende Fortschreibung des Landesaktionsplans sollen im Sinne des Leitgedankens der UN-BRK „*Nicht ohne uns über uns*“ Menschen mit Behinderung noch stärker in den Prozess eingebunden werden. Hierfür setzt die Hamburger Sozialbehörde (*Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration*) auf ein mehrstufiges, barrierefreies Beteiligungsverfahren. Einer der Hauptbestandteile ist neben dem Einsatz verschiedener integrativer Veranstaltungen eine eigens dafür entwickelte barrierefreie Online-Befragung.

Die Umfrage wurde im Zeitraum vom 22. März bis zum 3. Mai 2021 durchgeführt und richtete sich an alle in Hamburg lebenden Menschen mit Behinderung. Um bei der Teilnahme einen möglichst hohen Grad an Barrierefreiheit zu erreichen, konnten Personen neben einer Version in Alltagssprache zusätzlich zwischen einer Version in leichter Sprache und einer in Deutscher Gebärdensprache wählen. Ziel der Umfrage war, Menschen mit Behinderungen in Hamburg eine niedrigschwellige Möglichkeit zu geben, politischen Verantwortlichen mehr über ihre Lebenswelten und Erfahrungen, aber vor allem auch über ihre Probleme, wahrgenommenen Barrieren und erlebten Diskriminierungen zu berichten. Neben einer Vielzahl von standardisierten Fragen, deren Auswertung im vorliegenden Tabellenband erfolgt, konnten Teilnehmende an ausgewählten Stellen zusätzlich Erfahrungen, Probleme und Änderungswünsche in eigenen Worten äußern. Die Ergebnisse der Umfrage fließen in die Bewertung und Neugestaltung des Hamburger Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-BRK ein.

Die Durchführung und Auswertung der Online-Befragung übernahm das Projektbüro Angewandte Sozialforschung der Universität Hamburg. Das Projektbüro Angewandte Sozialforschung wurde 2010 von Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp gegründet und versteht sich als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Die zentrale Aufgabe des Projektbüros ist es, einen regelmäßigen Austausch zwischen der Universität und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zu ermöglichen. Dabei wird der Grundsatz verfolgt, Fragestellungen aus der zivilgesellschaftlichen Praxis in die universitäre Lehre und Forschung einzubinden, indem zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure mit Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gemeinsam sozialwissenschaftlich forschen. Dieser Leitidee folgend, können Studierende im Rahmen von Kooperationsprojekten ihre empirischen Kenntnisse erproben und ausbauen, während Forscherinnen und Forscher ihre Kompetenzen erweitern und Kooperationspartner relevantes Wissen gewinnen.

Der vorliegende Bericht ist wie folgt strukturiert: Nach der Darstellung der Art der Teilnahme in den Kapiteln 02 und 03 (gewählte *Sprachvariante* und *Unterstützung bei Bearbeitung*), werden in Kapitel 04 die demografischen Merkmale der Teilnehmenden beschrieben. Kapitel 05 und 06 dokumentieren die *Behinderung/Beeinträchtigung* der teilnehmenden Personen sowie *benötigte Hilfsmittel*, auf die Befragte im Alltag angewiesen sind. Kapitel 07 thematisiert den Komplex *Wohnen*, Kapitel 08 und 09 setzen sich mit den Themen *Schule, Ausbildung* und *Arbeit* auseinander. Unter anderem behandeln diese Abschnitte die Fragen nach Erfahrungen in der Schule und im Arbeitsleben sowie potentielle

Veränderungsvorschläge für einen besseren Übergang von Schule zu Beruf. Kapitel 10 bildet die ausgewerteten Fragen zum Thema *Sport* ab, Kapitel 11 den größeren Themenbereich *Barrierefreiheit*. In Kapitel 12 steht die *politische Beteiligung* der Teilnehmenden im Fokus. Dieser Abschnitt thematisiert den aktuellen Grad der politischen Beteiligung, mögliche Maßnahmen zur Steigerung der Teilnahme sowie die wichtigsten Interessensgebiete im Kontext der Barrierefreiheit. Kapitel 13 bildet die Antworten nach der Relevanz des Kontaktes zu Gleichaltrigen mit und ohne Behinderung bei jüngeren Teilnehmenden ab, während sich Kapitel 14 mit dem Themenbereich *Gewalterfahrungen* auseinandersetzt. Das Kapitel 15 widmet sich abschließend der Frage nach persönlichen Erfahrungen in der Corona-Pandemie.

Die Aufbereitung der Informationen folgt einem einheitlichen Schema: In einem ersten Schritt werden alle Fragen der Erhebung univariat in tabellarischer und graphischer Form dargestellt. Daran anschließend werden ausgewählte Zusammenhänge visualisiert. Dabei werden im Bericht – je nach Frage – die Themengebiete *Geschlecht*, *Alter*, *Bildungsabschluss* sowie *Behinderung/Beeinträchtigung* analysiert. Jede Darstellung wird durch eine kurze Beschreibung ergänzt.

Die dem Bericht zugrundeliegenden Daten stammen ausschließlich aus der Online-Befragung vom 22. März bis zum 3. Mai 2021. Die erhobene Stichprobe ist nicht repräsentativ, weshalb die vorgenommenen statistischen Darstellungen und Analysen nicht pauschal auf die Gesamtpopulation der Menschen mit Behinderung in Hamburg übertragen werden können. Insgesamt wurde die Online-Umfrage 4.007 mal aufgerufen. 772 Personen haben den Fragebogen vollständig ausgefüllt. Da auch unvollständige Teilnahmen in die Auswertung miteingehen und Personen an unterschiedlichen Stellen im Fragebogen abbrachen sowie die Umfrage generell keinen Antwortzwang vorgab, unterscheiden sich die Fallzahlen je dargestellter Frage bzw. dargestelltem Zusammenhang.

KONTAKT UND ANSPRECHPARTNER
Projektbüro Angewandte Sozialforschung
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Allende-Platz 1, Raum 257
20146 Hamburg
Tel.: +49 40 428 38-7259
E-Mail: projektbuero.wiso@uni-hamburg.de

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER:
Brian Dietrich, Felictias Marchlowitz, Lukas Zeit-Altpeter

INHALT

01	**VORWORT**	**2**
02	**SPRACHE**	**7**
03	**UNTERSTÜTZUNG BEI DER BEARBEITUNG DER UMFRAGE**	**8**
04	**SOZIODEMOGRAFIE**	**9**
04.1	Geschlecht	9
04.2	Alter	10
04.3	Migrationshintergrund & Flucht	11
04.3.1	Migrationshintergrund	11
04.3.2	Geburtsland	12
04.3.3	Fluchterfahrung	12
05	**BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG**	**13**
06	**HILFSMITTEL IM ALLTAG**	**15**
07	**WOHNFORMEN UND BARRIEREFREIHEIT**	**17**
07.1	Wohnverhältnis	17
07.2	Barrierefreies Wohnen	18
07.3	Barrierefreies Wohnen nach Behinderung/Beeinträchtigung	20
07.4	Unterstütztes Wohnen	21
08	**SCHULE UND AUSBILDUNG**	**22**
08.1	Bildungsabschluss	22
08.2	Schulabschluss nach Behinderung/Beeinträchtigung	24
08.3	Erfahrungen in der Schulzeit	25
08.4	Erfahrungen Schulzeit nach Geschlecht	27
08.5	Erfahrungen Schulzeit nach Altersgruppe	28
08.6	Erfahrungen Schulzeit nach höchstem Bildungsabschluss	29
08.7	Erfahrungen Schulzeit nach Behinderung/Beeinträchtigung	30
08.8	Nötige Änderungen beim Übergang Schule zu Beruf	33
08.9	Nötige Änderungen beim Übergang Schule zu Beruf nach höchstem Bildungsabschluss	35
08.10	Nötige Änderungen beim Übergang Schule zu Beruf nach Behinderung/Beeinträchtigung	36
09	**BERUF UND ARBEITSLEBEN**	**39**
09.1	Beschäftigungsstatus	39
09.2	Erfahrungen im Arbeitsleben	41
09.3	Erfahrungen im Arbeitsleben nach Geschlecht	43
09.4	Erfahrungen im Arbeitsleben nach Altersgruppe	44
09.5	Erfahrungen im Arbeitsleben nach höchstem Bildungsabschluss	45
09.6	Erfahrungen im Arbeitsleben nach Behinderung/ Beeinträchtigung	46

10	**SPORT UND GESUNDHEIT**	**49**
10.1	Häufigkeit Sport	49
10.2	Häufigkeit Sport nach Behinderung/Beeinträchtigung	50
10.3	Gründe für keine oder geringe sportliche Betätigung	51
10.4	Umgang mit Stress	53
10.5	Umgang mit Stress nach Behinderung/Beeinträchtigung	54
11	**BARRIEREFREIHEIT IM ALLTAG**	**55**
11.1	Öffentlicher Personennahverkehr	55
11.1.1	Barrierefreiheit im ÖPNV	55
11.1.2	Barrierefreiheit im ÖPNV nach Behinderung/Beeinträchtigung	57
11.1.3	Änderungswünsche für ÖPNV	58
11.1.4	Änderungswünsche für den ÖPNV nach Behinderung/Beeinträchtigung	60
11.2	Barrierefreiheit im öffentlichen Bereich	63
11.3	Barrierefreiheit im öffentlichen Bereich nach Behinderung/Beeinträchtigung	65
11.4	Barrierefreiheit im Freizeitbereich	68
11.5	Barrierefreiheit im Freizeitbereich nach Behinderung/ Beeinträchtigung	70
11.6	Barrierefreiheit im Gesundheitssystem	71
11.7	Barrierefreiheit im Gesundheitssystem nach Altersgruppe	73
11.8	Barrierefreiheit im Gesundheitssystem nach höchstem Bildungsabschluss	74
11.9	Barrierefreiheit im Gesundheitssystem nach Behinderung/ Beeinträchtigung	75
12	**POLITISCHES INTERESSE & BETEILIGUNG**	**78**
12.1	Politische Beteiligung	78
12.2	Politische Beteiligung nach Geschlecht	80
12.3	Politische Beteiligung nach höchstem Bildungsabschluss	81
12.4	Politische Beteiligung nach Behinderung / Beeinträchtigung	82
12.5	Maßnahmen zur Steigerung der politischen Beteiligung	85
12.6	Förderung der politischen Beteiligung nach Geschlecht	87
12.7	Förderung der politischen Beteiligung nach höchstem Bildungsabschluss	88
12.8	Förderung der politischen Beteiligung nach Behinderung/ Beeinträchtigung	89
12.9	Politische Interessensthemen	92
12.10	Politische Interessensthemen nach Geschlecht	94
12.11	Politische Interessensthemen nach Altersgruppe	97
12.12	Politische Interessensthemen nach höchstem Bildungsabschluss	100
12.13	Politische Interessensthemen nach Behinderung/ Beeinträchtigung	103
13	**KONTAKT ZU MENSCHEN MIT UND OHNE BEHINDERUNG**	**112**
13.1	Kontakt zu Gleichaltrigen mit Behinderung	112
13.2	Kontakt zu Gleichaltrigen ohne Behinderung	113
14	**GEWALTERFAHRUNGEN**	**114**
14.1	Erfahrungen von Gewalt	114
14.2	Erfahrungen von Gewalt nach Geschlecht	116

14.3 Erfahrungen von Gewalt nach Behinderung/Beeinträchtigung 117
14.4 Orte der Gewalterfahrungen 118
14.5 Orte der Gewalterfahrungen nach Geschlecht 120
14.6 Orte der Gewalterfahrungen nach Behinderung/ Beeinträchtigung 121

15 CORONA 124

02 SPRACHE

Bei der Bearbeitung des Fragebogens konnten die Teilnehmenden zwischen drei Sprachvarianten wählen. Neben einer Version in Alltagssprache wurden zusätzlich eine Version in leichter Sprache (Sprachniveau A1/B2) sowie eine Version mit Videounterstützung in deutscher Gebärdensprache angeboten.

Von den insgesamt 1550 Personen, die zu Beginn der Umfrage eine der Sprachvarianten auswählten, entschieden sich ca. drei Viertel für eine Teilnahme in Alltagsprache. Jeweils ca. zwölf Prozent entschieden sich für eine Bearbeitung in leichter Sprache bzw. für eine Bearbeitung mit Videounterstützung.

TABELLE 1 Ausgewählte Sprachvariante

Wie möchten Sie den Fragebogen beantworten?	N	%
Alltagssprache	1183	76
Leichte Sprache	179	12
Deutsche Gebärdensprache	188	12
Gesamt	**1550**	**100**

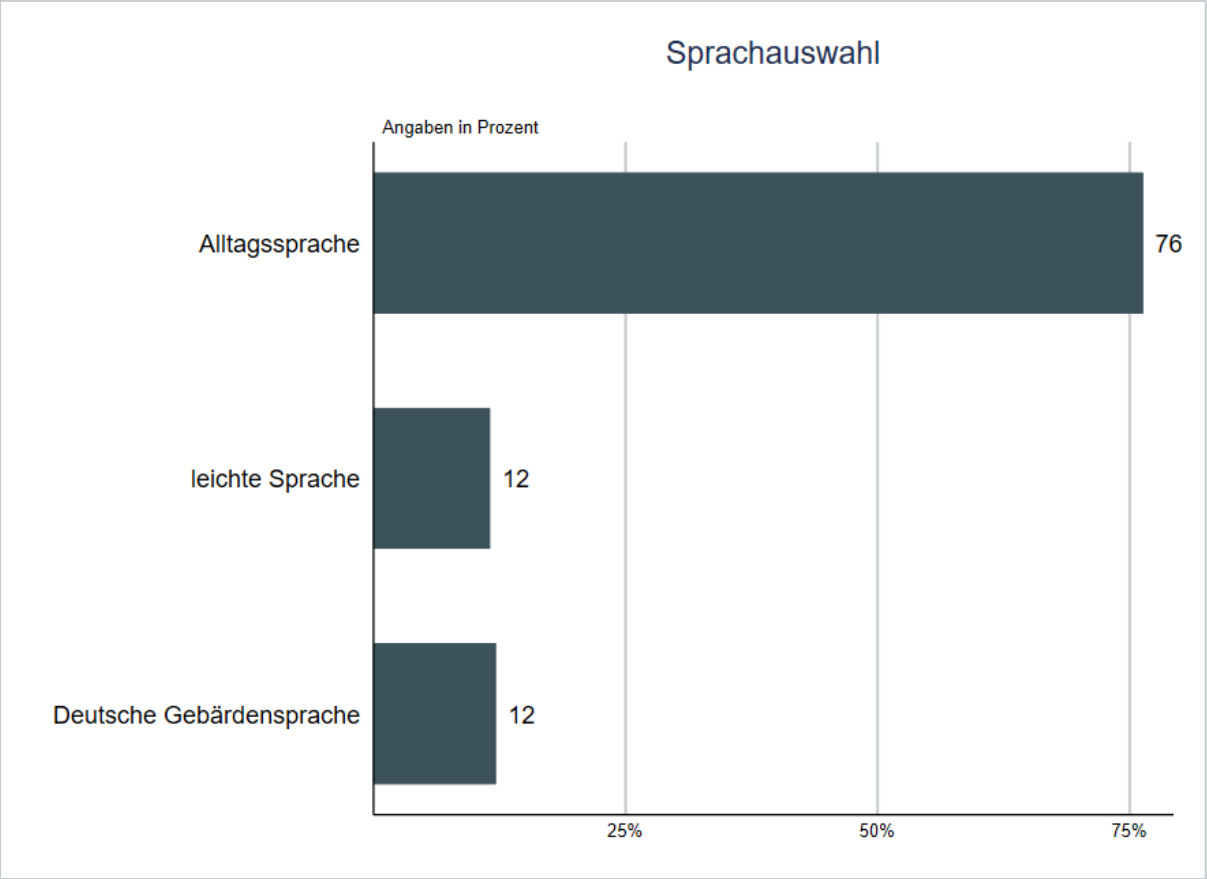

Abbildung 1

03 UNTERSTÜTZUNG BEI DER BEARBEITUNG DER UMFRAGE

Zu Beginn der Umfrage wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie die Umfrage allein oder mit der Hilfe einer weiteren Person bearbeiten. Dabei konnte es sich beispielsweise um Angehörige, Partner*innen, Freunde oder Assistenzkräfte handeln.

Der Großteil der Personen bearbeitete die Umfrage selbstständig ohne Unterstützung (ca. 85%). In etwa neun Prozent der Fälle wurde die Umfrage stellvertretend bearbeitet, ca. fünf Prozent der Teilnehmenden erhielten bei der Bearbeitung Unterstützung durch eine weitere Person.

TABELLE 2 Art der Teilnahme an der Umfrage

Wie bearbeiten Sie den Fragebogen?	N	%
Ich bearbeite den Fragebogen selbstständig.	820	85
Ich erhalte Unterstützung von einer weiteren Person.	51	5
Eine weitere Person füllt den Fragebogen stellvertretend für mich aus.	90	9
Gesamt	**961**	**100**

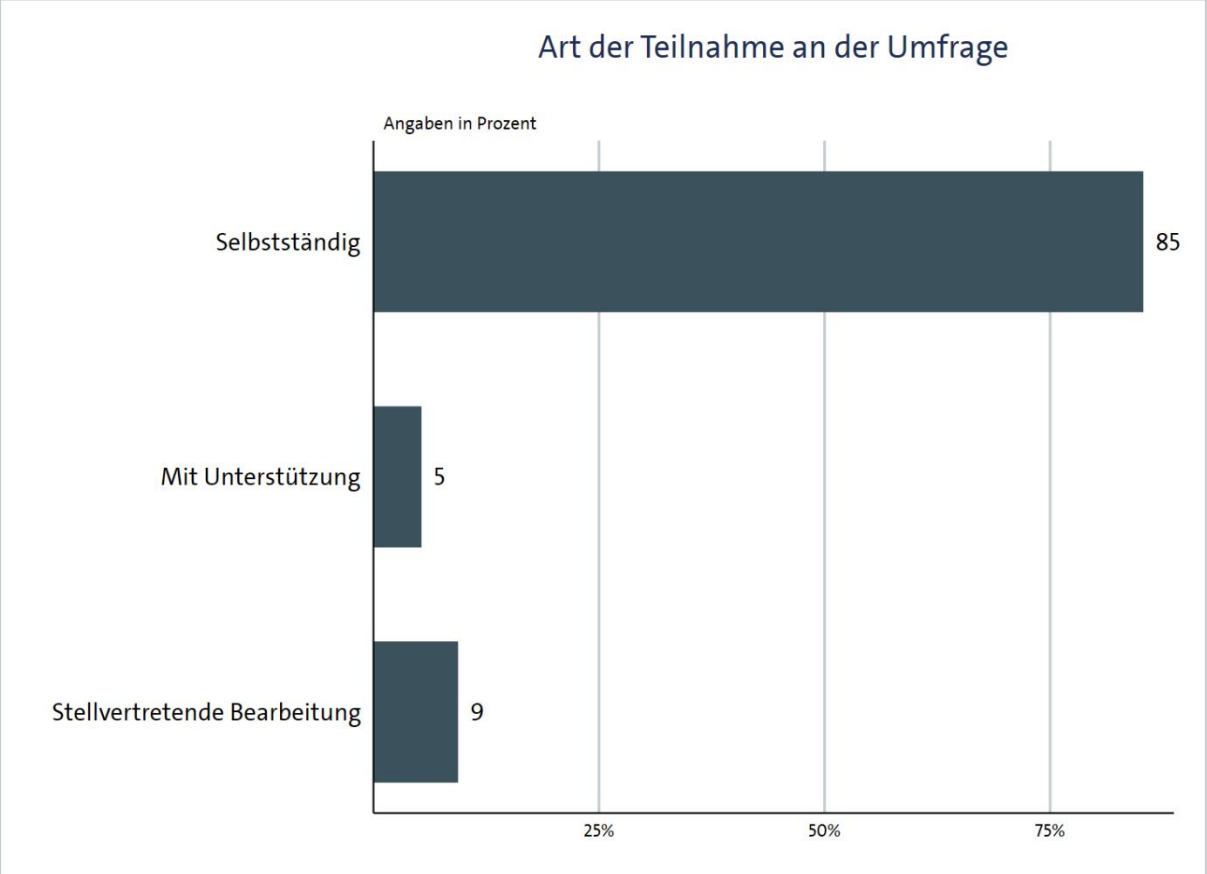

Abbildung 2

04 SOZIODEMOGRAFIE

04.1 GESCHLECHT

Der Anteil an Personen, die sich dem weiblichen Geschlecht zuordnen, liegt mit ca. 53 Prozent leicht über dem der Männer (ca. 44%). 14 Personen wählen hier die Antwortkategorie *„Keine Angabe“*, weitere sechs ordneten sich der Kategorie *„Divers“* zu.

TABELLE 3 Geschlecht

Welchem Geschlecht ordnen Sie sich zu?	N	%
Weiblich	366	53
Männlich	304	44
Divers	6	1
Keine Angabe	14	2
Gesamt	**690**	**100**

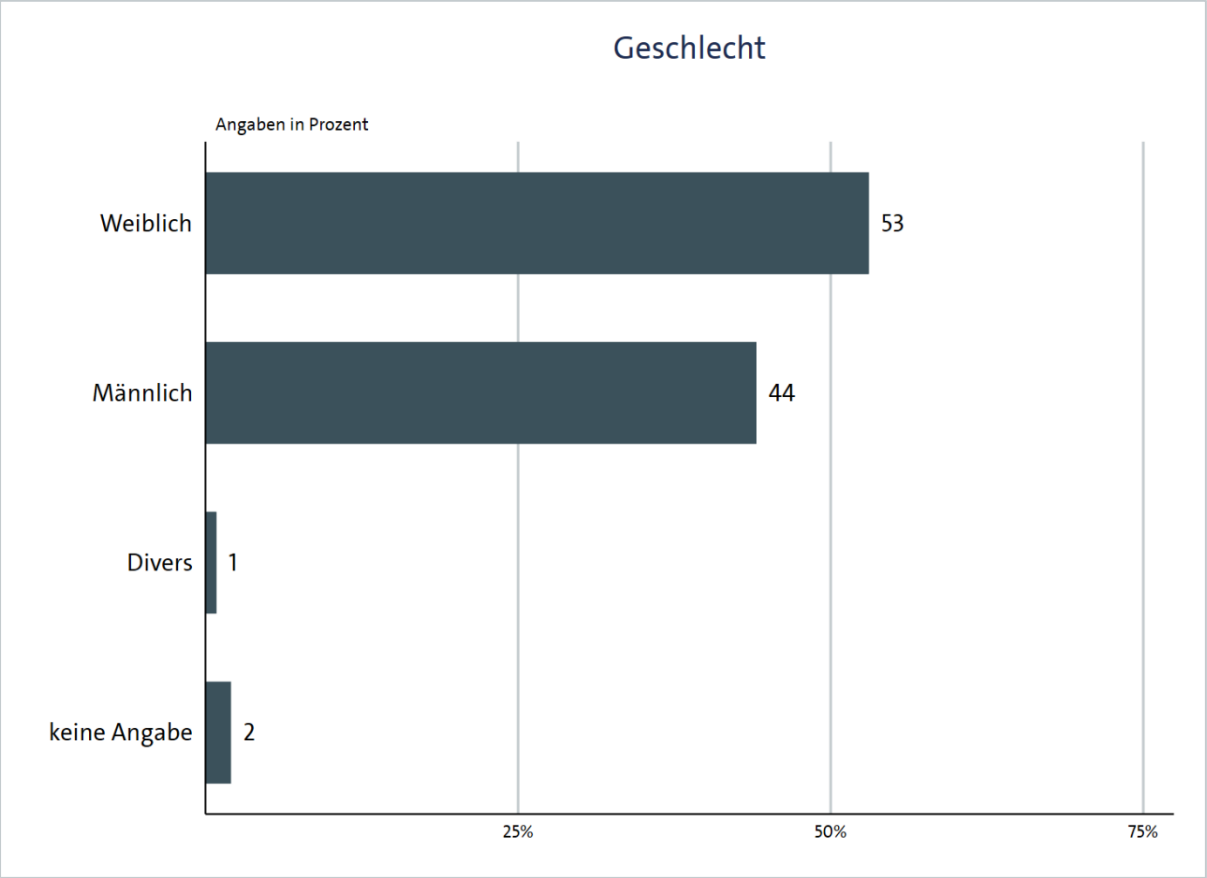

Abbildung 3

04.2 ALTER

Das Durchschnittsalter der Teilnehmenden liegt bei ca. 45 Jahren. Etwa jede zweite teilnehmende Person ist 50 Jahre oder älter, ca. acht Prozent können der Gruppe der unter 18-Jährigen zugeordnet werden.

TABELLE 4 Altersgruppen

Wie alt sind Sie?	N	%
18 Jahre und jünger	65	8
19 – 29	87	11
30 – 39	111	14
40 – 49	144	18
50 – 59	240	30
60 – 69	116	15
70 Jahre und älter	33	4
Gesamt	**796**	**100**

Anmerkung: Das Alter wurde über das Geburtsjahr abgefragt. Die Tabelle zeigt die umgerechneten und kategorisierten Altersgruppen.

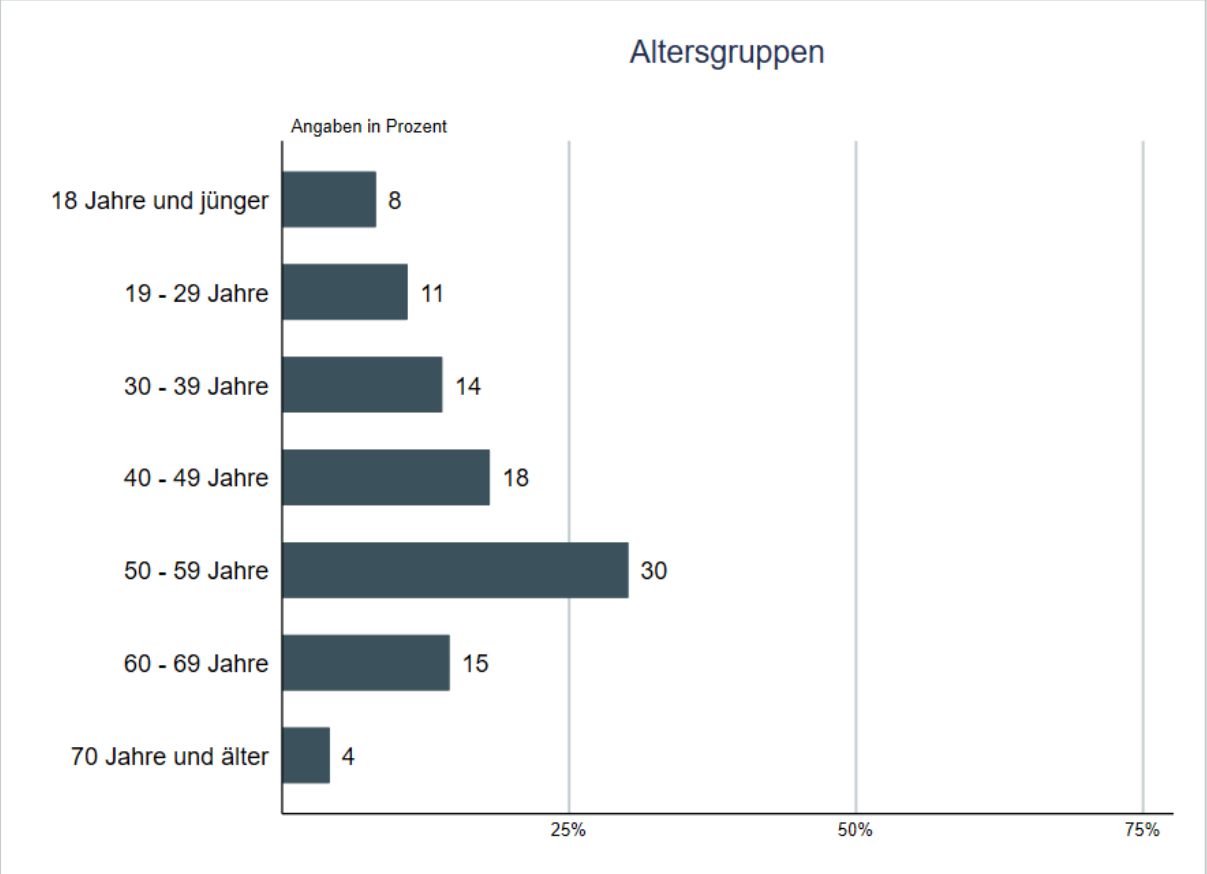

Abbildung 4

04.3 MIGRATIONSHINTERGRUND & FLUCHT

04.3.1 MIGRATIONSHINTERGRUND

In etwa neun Prozent der Personen gaben an, einen Migrationshintergrund aufzuweisen. Dieser liegt vor, wenn mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist. In etwa vier Prozent der Befragten wählten bei dieser Frage die Antwortkategorie *„Keine Angabe“*. Der überwiegende Anteil der Personen hat damit keinen Zuwanderungshintergrund (ca. 87%).

TABELLE 5 Migrationshintergrund

Haben Sie einen Migrationshintergrund?	N	%
Ja	64	9
Nein	595	87
Keine Angabe	28	4
Gesamt	**687**	**100**

Anmerkung: Ein Migrationshintergrund liegt vor, wenn mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist.

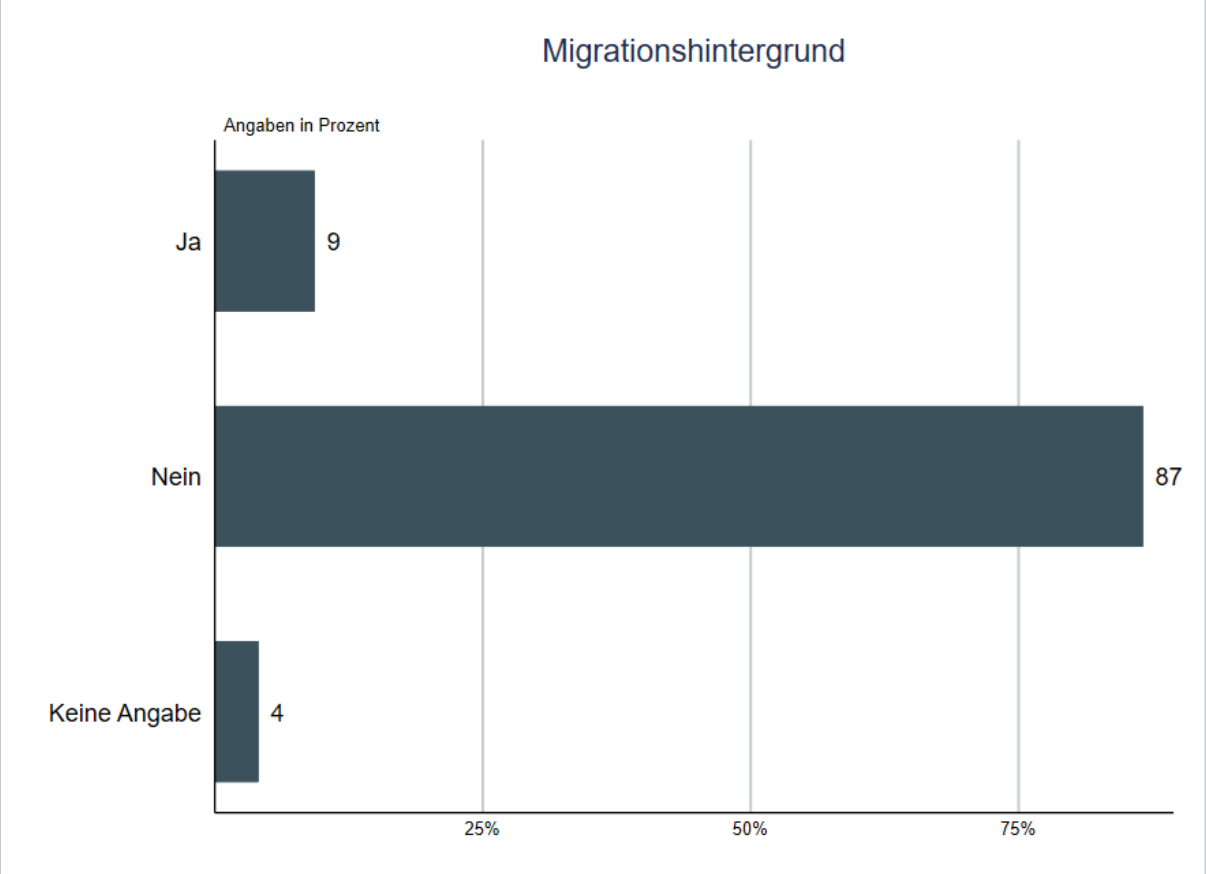

Abbildung 5

04.3.2 GEBURTSLAND

Alle Teilnehmenden mit Migrationshintergrund (64 Personen) wurden zusätzlich gefragt, ob sie in Deutschland oder in einem anderen Land geboren sind. In etwa zwei von drei Personen dieser Gruppe gaben an, nicht in Deutschland geboren und später zugewandert zu sein.

TABELLE 6 Geburtsland

Sind Sie in Deutschland geboren?	N	%
Ja	43	68
Nein	20	32
Keine Angabe	0	0
Gesamt	**63**	**100**

Anmerkung: Diese Frage wurde ausschließlich Personen vorgelegt, die einen Migrationshintergrund aufweisen.

04.3.3 FLUCHTERFAHRUNG

Von den insgesamt 20 Personen, die nicht in Deutschland geboren sind, gaben zwei Personen (10%) an, ihr Heimatland wegen der Notwendigkeit einer Flucht verlassen zu haben.

TABELLE 7 Fluchterfahrung

Haben Sie Ihr Heimatland wegen der Notwendigkeit einer Flucht verlassen?	N	%
Ja	2	10
Nein	18	90
Keine Angabe	0	0
Gesamt	**20**	**100**

Anmerkung: Diese Frage wurde ausschließlich Personen vorgelegt, die einen Migrationshintergrund aufweisen.

05 BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Etwa 37 Prozent der befragten Personen gaben an, dass sie eine körperliche Behinderung/Beeinträchtigung aufweisen, 28 Prozent eine chronische Erkrankung. Jeweils ca. 15 Prozenten weisen eine seelische oder kognitive Beeinträchtigung auf, ca. 24 Prozent gaben eine Hörbehinderung an. Weitere Behinderungen/Beeinträchtigungen waren seltener vertreten, z.B. Autismus mit ca. fünf Prozent oder Blindheit mit ca. drei Prozent. Da Mehrfachantworten möglich waren, konnten Personen mehrere Kategorien auswählen. Die aufgeführten Anteile beziehen sich nicht auf die Gesamtsumme der gegebenen Antworten, sondern auf die Anzahl der Personen, die mindestens eine Antwortkategorie ausgewählt hat.

66 Personen gaben an, keine Behinderung oder Beeinträchtigung aufzuweisen. In diesem Fall wurden die Teilnehmenden zum Ende der Umfrage geleitet.

TABELLE 8 Behinderung/Beeinträchtigung

Welche Behinderung/Beeinträchtigung trifft auf Sie zu?	N	%
Körperliche Behinderung oder Beeinträchtigung	336	37
Chronische Erkrankung	256	28
Seelische Behinderung	137	15
Kognitive Beeinträchtigung	134	15
Gehörlosigkeit	125	14
Schwerhörigkeit	93	10
Sehbehinderung	72	8
Sonstiges	58	6
Autismus	44	5
Schwerstmehrfachbehinderung	36	4
Blindheit	30	3
Ich bin von keiner Behinderung betroffen.	66	7
Gesamt	**909**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich. Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten.

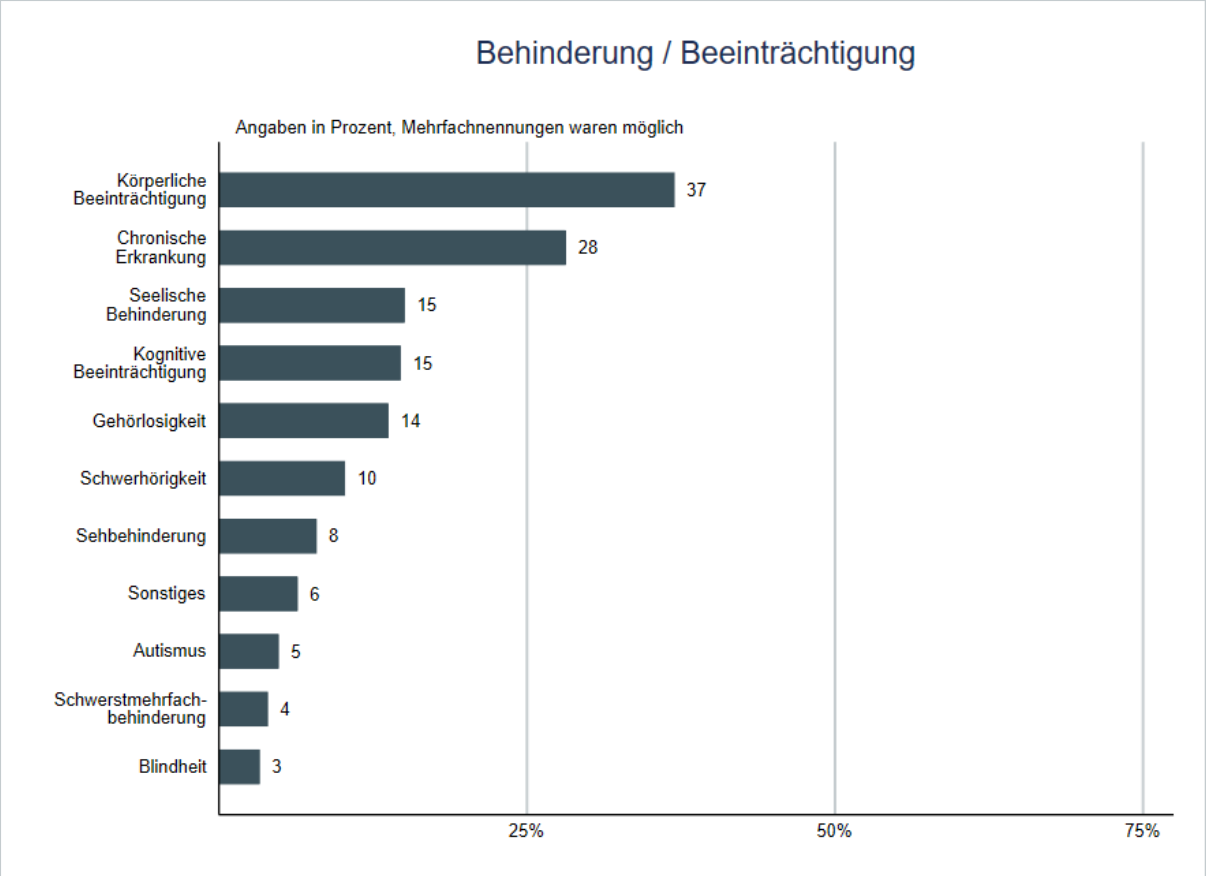
Behinderung / Beeinträchtigung
Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen waren möglich
Körperliche Beeinträchtigung
37
Chronische Erkrankung
28
Seelische Behinderung
15
Kognitive Beeinträchtigung
15
Gehörlosigkeit
14
Schwerhörigkeit
10
Sehbehinderung
8
Sonstiges
6
Autismus
5
Schwerstmehrfach-behinderung
4
Blindheit
3
25%
50%
75%

Abbildung 6

06 HILFSMITTEL IM ALLTAG

In etwa 19 Prozent der Personen nutzt eine Sehhilfe im Alltag, weitere ca. 18 Prozent digitale Hilfsmittel wie spezielle Anwendungen auf dem Computer oder dem Smartphone. Ca. 15 Prozent verwenden Hörhilfen, etwa sechs bis elf Prozent gaben an, Hilfsmittel zur Fortbewegung (Rollstuhl, Rollator, Gehhilfen, Rampen) im Alltag zu benötigen. In etwa jede dritte befragte Person verwendet hingegen keine speziellen Hilfsmittel im Alltag. 151 Personen (ca. 18%) nannten weitere, nicht aufgeführte Hilfsmittel unter der Kategorie „*Sonstige*“.

TABELLE 9 Hilfsmittel im Alltag

Auf welche Hilfsmittel sind Sie aufgrund Ihrer Behinderung/Beeinträchtigung im Alltag angewiesen?	N	%
Sehhilfen	157	19
Sonstige	151	18
Computer/Smartphone	146	18
Hörhilfe	123	15
Mechanischer Rollstuhl	92	11
Rampen	66	8
Elektrischer Rollstuhl	60	7
Rollator	56	7
Orthesen	55	7
Gehhilfen	50	6
Körperersatzstücke	10	1
Ich benötige keine Hilfsmittel.	252	31
Gesamt	**819**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich. Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten.

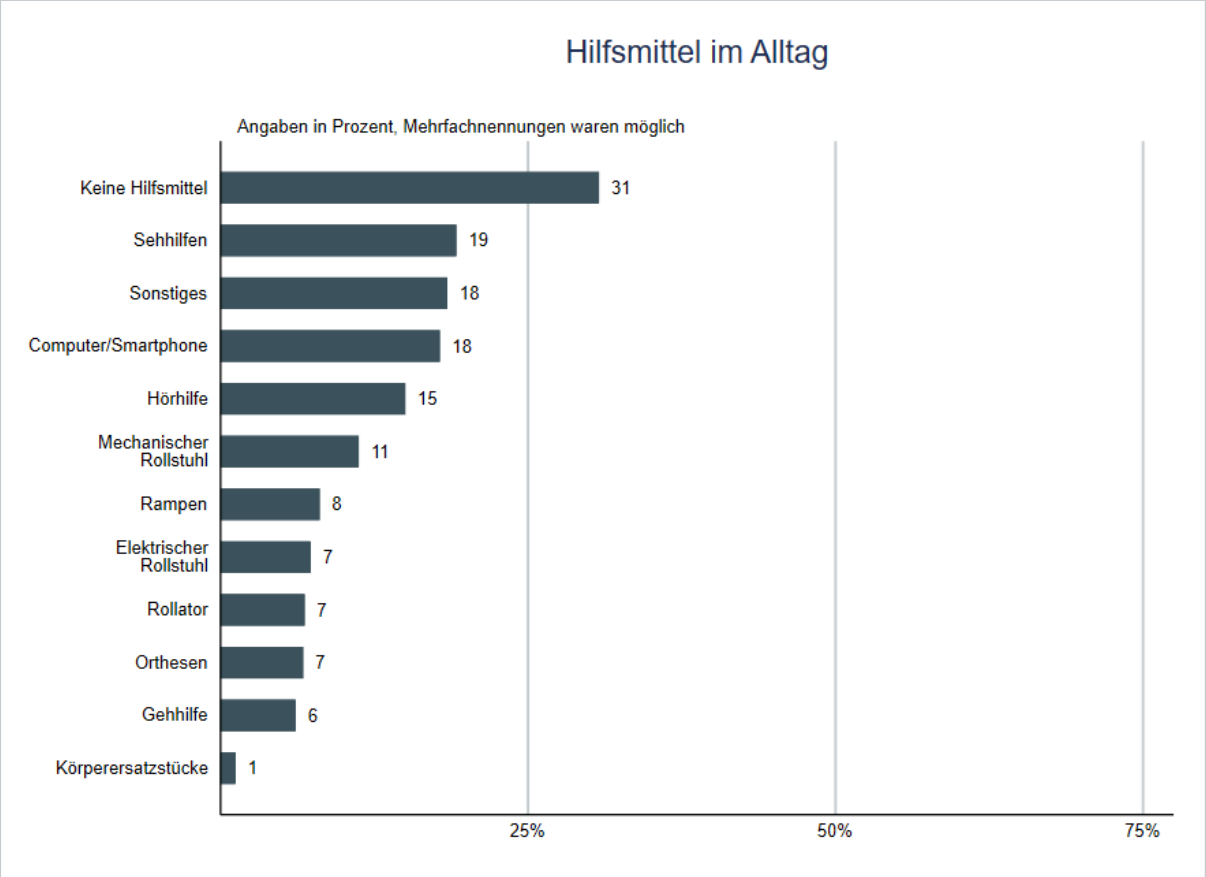
Hilfsmittel im Alltag
Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen waren möglich
Keine Hilfsmittel
31
Sehhilfen
19
Sonstiges
18
Computer/Smartphone
18
Hörhilfe
15
Mechanischer Rollstuhl
11
Rampen
8
Elektrischer Rollstuhl
7
Rollator
7
Orthesen
7
Gehhilfe
6
Körperersatzstücke
1
25%
50%
75%

Abbildung 7

07 WOHNFORMEN UND BARRIEREFREIHEIT

07.1 WOHNVERHÄLTNIS

Der Großteil der befragten Personen (ca. 43%) lebt zusammen mit einer/einem Lebenspartner*in und ggf. Kindern in einem Haushalt. 230 Personen und damit ca. 29 Prozent gaben an, allein zu leben, ca. 15 Prozent wohnen mit mindestens einem Elternteil zusammen sowie weitere etwa fünf Prozent in einer Wohngemeinschaft. Die restlichen ca. acht Prozent verteilen sich auf Wohngemeinschaften mit Kind oder auf andere Wohnformen. Eine Person gab an, ohne Obdach zu sein.

TABELLE 10 Wohnverhältnis

Mit wem wohnen Sie derzeit?	N	%
Allein	230	29
Mit Eltern(teil)	120	15
Mit Lebenspartner*in bzw. mit Ehefrau/Ehemann (und ggf. Kindern)	338	43
Allein mit meinem Kind bzw. meinen Kindern	26	3
In einer Wohngemeinschaft/WG (z.B. mit Freund*innen, Mitbewohner*innen)	37	5
Andere Wohnform	38	5
Ich bin wohnungslos.	1	0
Gesamt	**790**	**100**

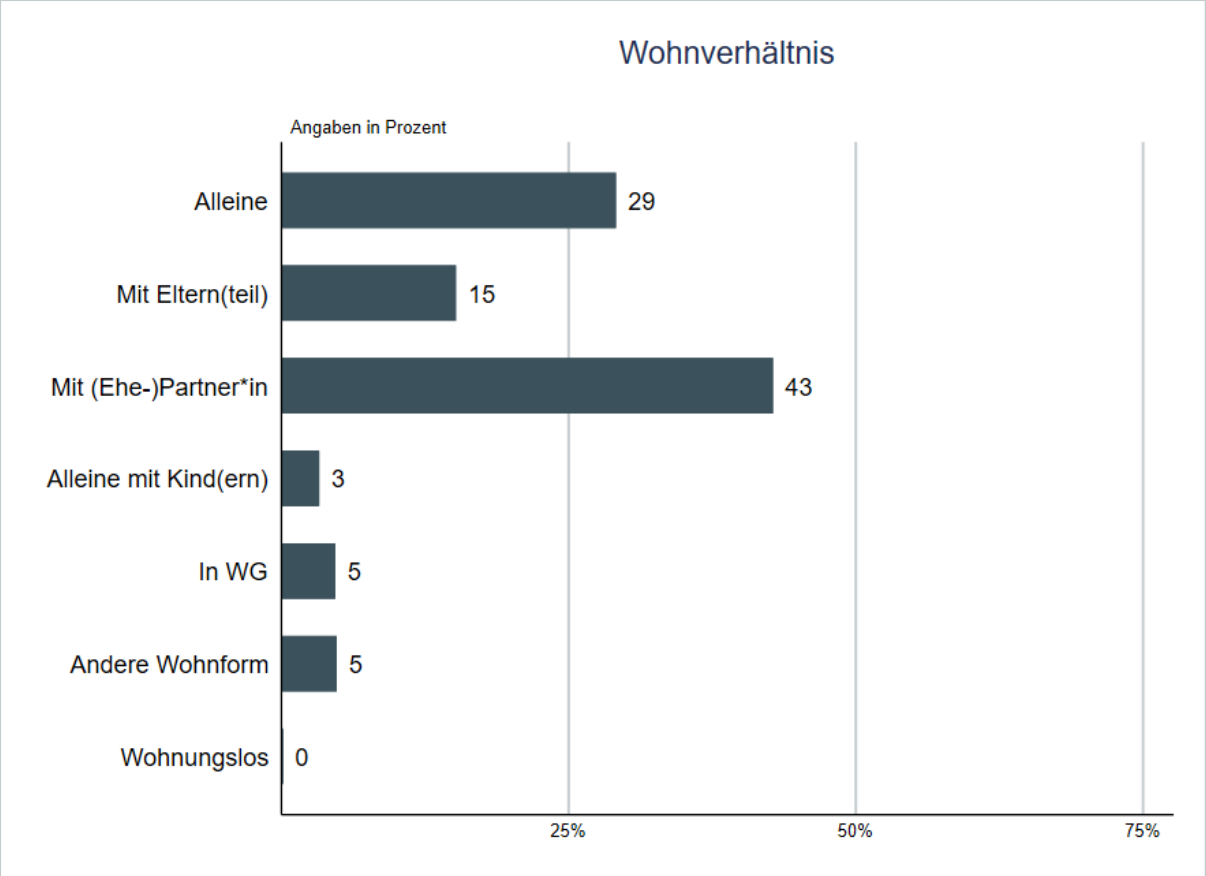

Abbildung 8

O7.2 BARRIEREFREIES WOHNEN

In etwa jede zweite Person gab an, dass ihre Wohnumgebung vollkommen oder zumindest teilweise für ihre Bedürfnisse barrierefrei bzw. behindertengerecht eingerichtet ist. Für ca. 17 Prozent der Befragten trifft dies hingegen *„überhaupt nicht“* zu. 32 Prozent und damit in etwa jede*r Dritte benötigt nach eigenen Angaben keine besonderen Umbauten oder Hilfen im Haushalt.

TABELLE 11 Barrierefreies Wohnen

Ist Ihre Wohnung bzw. Ihr Haus für Sie persönlich behindertengerecht bzw. barrierefrei?	N	%
Ja, vollkommen	165	21
Ja, aber nur teilweise	227	29
Nein, überhaupt nicht	136	17
Meine Einschränkung wirkt sich nicht auf meine Wohnbedürfnisse aus.	251	32
Gesamt	**779**	**100**

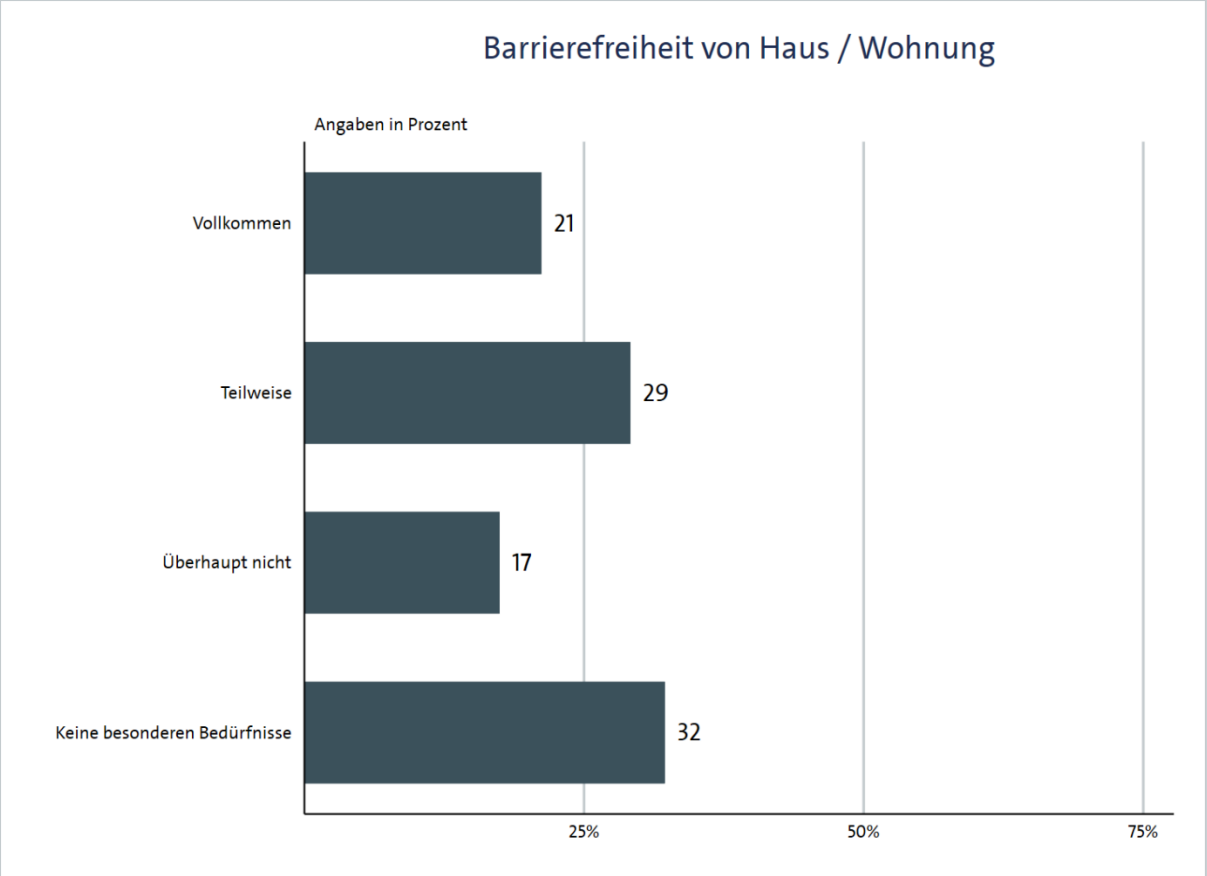
Barrierefreiheit von Haus / Wohnung
Angaben in Prozent
Vollkommen
21
Teilweise
29
Überhaupt nicht
17
Keine besonderen Bedürfnisse
32
25%
50%
75%

Abbildung 9

07.3 BARRIEREFREIES WOHNEN NACH BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Abbildung 10 zeigt den Zusammenhang zwischen barrierefreiem Wohnen und der Behinderung/Beeinträchtigung einer Person. Teilnehmende, die angaben, dass sich ihre Behinderung/Beeinträchtigung nicht auf ihre Wohnbedürfnisse auswirkt, werden nicht in der Abbildung dargestellt.

Unter Personen, die angaben, eine chronische Erkrankung aufzuweisen, ist der Anteil von einer *„überhaupt nicht“* barrierefreien Gestaltungen des Hauses / der Wohnung mit ca. 40 Prozent am höchsten, gefolgt von Personen mit seelischer Behinderung mit ca. 37 Prozent. Bei Personen mit einer körperlichen Behinderung, Blindheit oder Schwerhörigkeit ist in etwa jede*r Dritte betroffen.

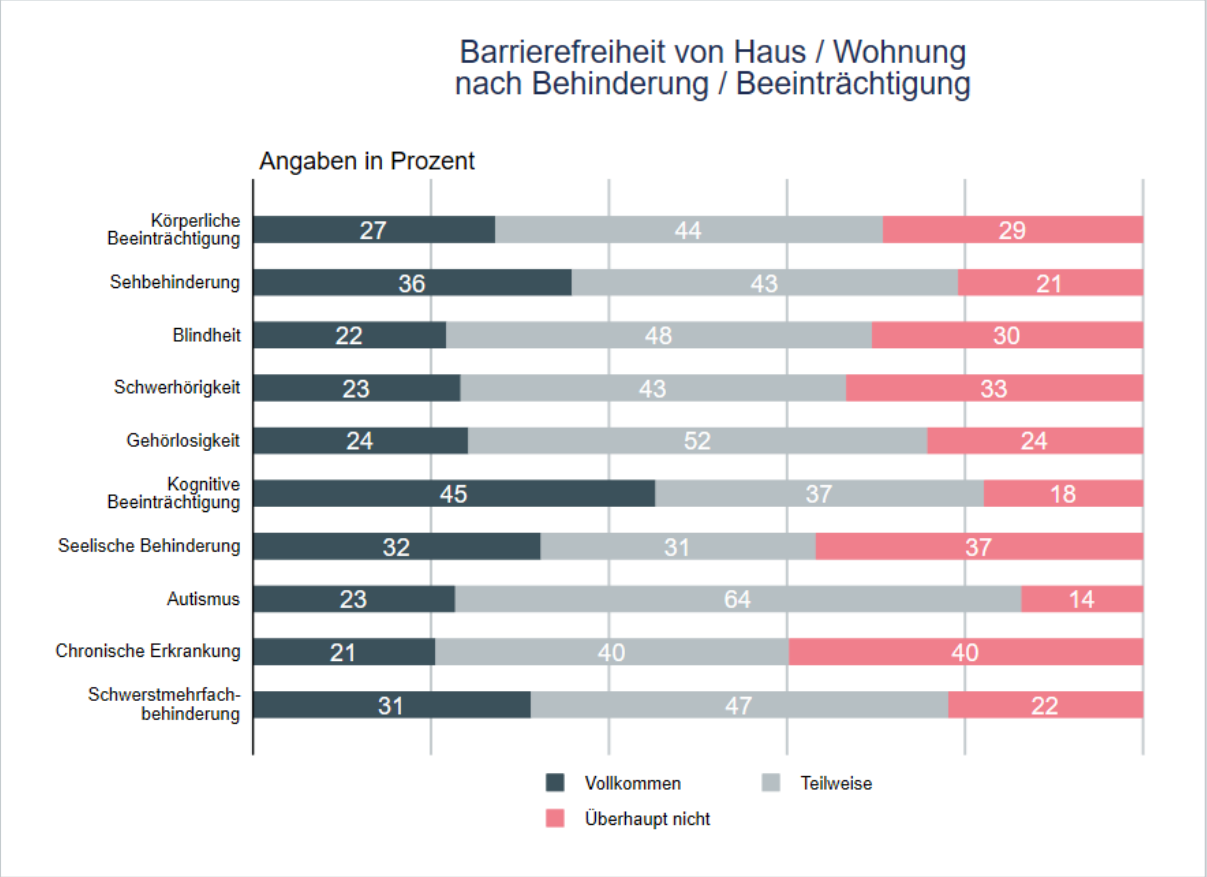

Abbildung 10

07.4 UNTERSTÜTZTES WOHNEN

Der Großteil der Umfrageteilnehmenden ist beim Wohnen nicht auf Unterstützung der Eingliederungshilfe angewiesen (ca. 84%). Etwa zehn Prozent erhalten hingegen Unterstützung durch eine **ambulante Assistenzleistung**. Weitere etwa sechs Prozent leben in einer **Wohneinrichtung** für Menschen mit Behinderung (ehemals „stationäres Wohnen für Menschen mit Behinderung“) oder in einer **Haus- oder Wohngemeinschaft** für Menschen mit Behinderung (ehemals „ambulante Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderung“).

TABELLE 12 Unterstützung durch Eingliederungshilfe

Erhalten Sie im Wohnen Unterstützungen durch Leistungen der Eingliederungshilfe?	N	%
Ja, in einer **Wohneinrichtung** für Menschen mit Behinderung	26	3
Ja, in einer **Haus- oder Wohngemeinschaft** für Menschen mit Behinderung	23	3
Ja, durch eine **ambulante Assistenzleistung**	79	10
Nein	649	84
Gesamt	**777**	**100**

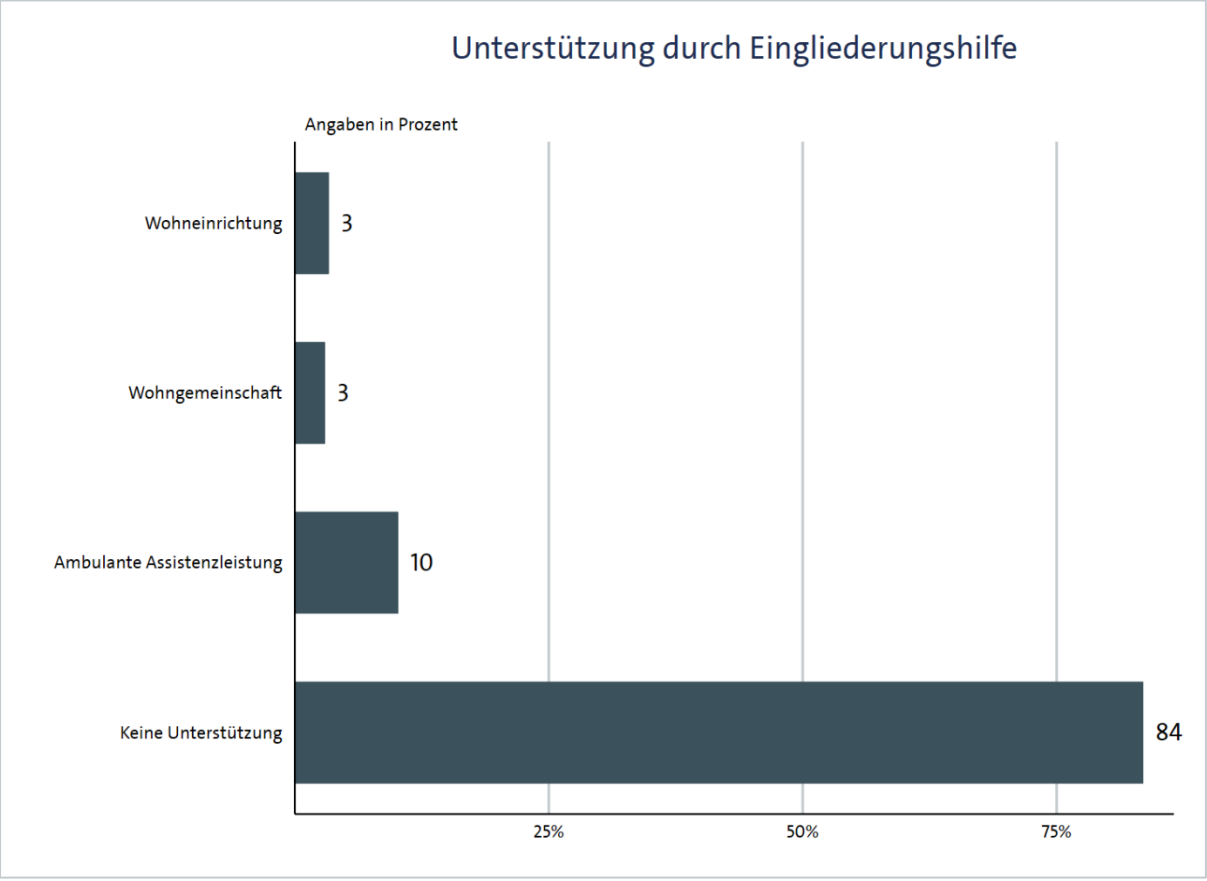

Abbildung 11

08 SCHULE UND AUSBILDUNG

08.1 BILDUNGSABSCHLUSS

59 Teilnehmende (ca. 8%) gaben zum Zeitpunkt der Umfrage an, noch Schüler*in zu sein. In etwa sieben Prozent verfügen über keinen höheren Schulabschluss, ca. neun Prozent über einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss sowie weitere ca. 21 Prozent über die mittlere Reife. In etwa 19 Prozent gaben an, die Hochschulreife erreicht zu haben, ca. 30 Prozent weisen ein abgeschlossenes Studium oder eine Promotion/Habilitation auf.

TABELLE 13 Höchster Bildungsabschluss

Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie?	N	%
Noch Schüler*in	59	8
Ohne Abschluss	51	7
Volks-/Hauptschulabschluss	69	9
Mittlere Reife/Realschulabschluss	159	21
Fachhochschulreife	68	9
Abitur/Hochschulreife	72	10
Abgeschlossenes Studium	211	28
Promotion/Habilitation	15	2
Anderer	26	3
Keine Angabe	26	3
Gesamt	**756**	**100**

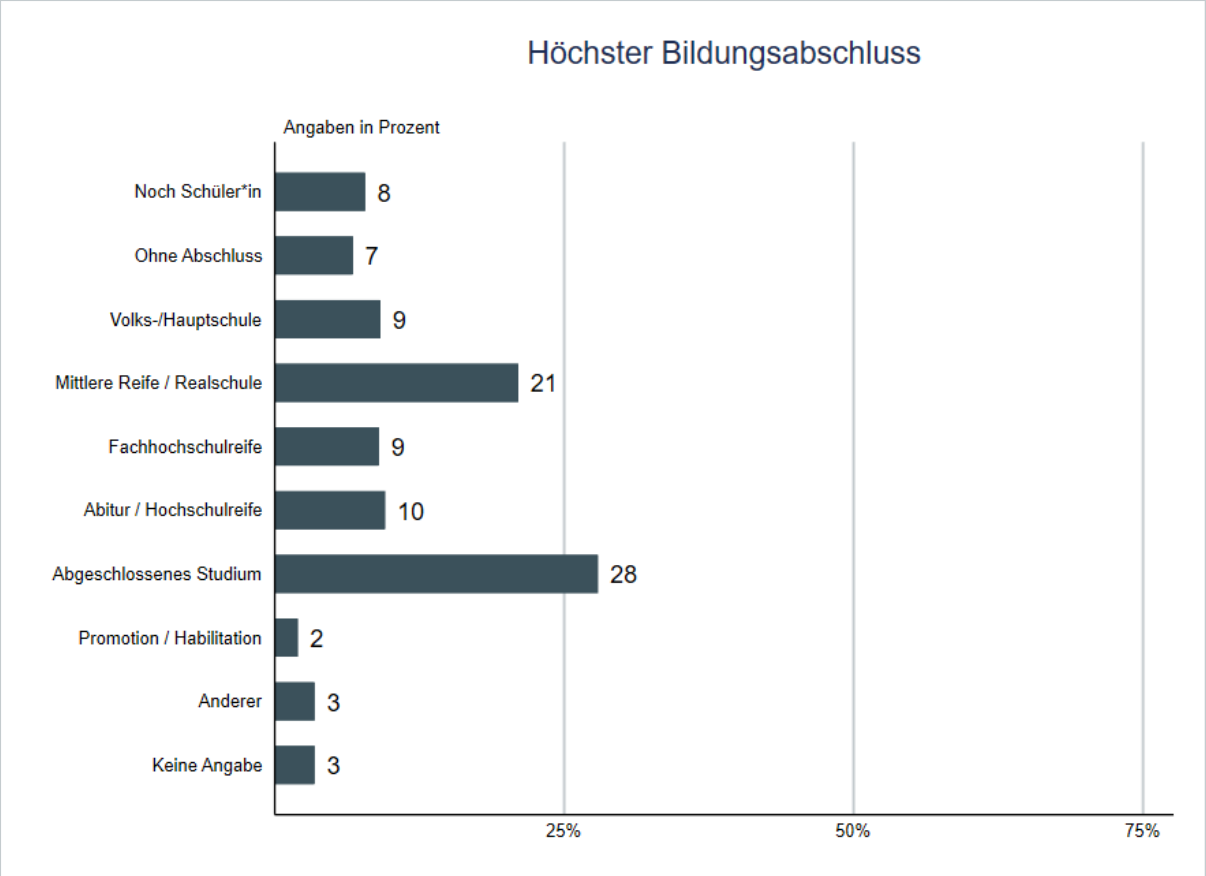

Abbildung 12

08.2 SCHULABSCHLUSS NACH BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Abbildung 13 zeigt die Verteilung der Abschlüsse nach Behinderung/Beeinträchtigung. Auffällig ist der insgesamt hohe Bildungsgrad der Teilnehmenden. In sechs Untergruppen liegt der Anteil an Personen mit mindestens Hochschulreife bei über 50 Prozent. Bei Personen, die „*Blindheit*“ oder „*chronische Erkrankung*“ angaben, lag der Wert bei über 60 Prozent. Der Anteil von Schüler*innen ist in den Gruppen „*kognitive Beeinträchtigung*“, „*Autismus*“ und „*Schwermehrfachbehinderung*“ mit ca. 22 bzw. 27 Prozent am höchsten.

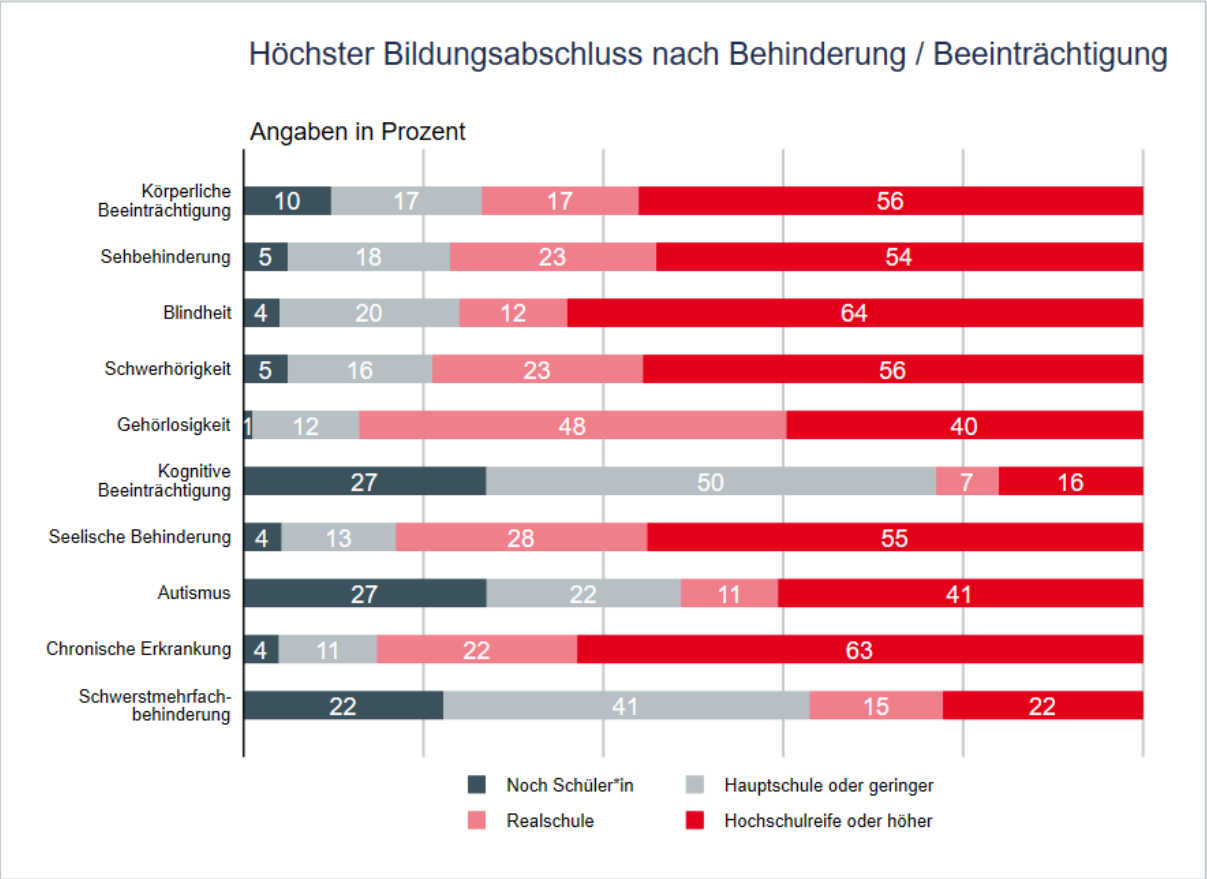

Abbildung 13

08.3 ERFAHRUNGEN IN DER SCHULZEIT

Die Darstellung der Erfahrungen in der Schulzeit zeigt, dass vor allem soziale Aspekte belastend für die Teilnehmenden sind bzw. waren. In etwa 29 Prozent gaben an, dass das Lehrpersonal nicht oder zu wenig auf die Anforderungen ihrer Behinderung/Beeinträchtigung eingegangen sei. In etwa jede*r Fünfte hatte zudem Probleme mit Mitschüler*innen, die kein Verständnis zeigten oder sich kränkend verhielten. In etwa 14 Prozent gaben hingegen an, dass keiner der aufgeführten Punkte auf ihre Schulzeit zutrifft, weitere ca. 31 Prozent hatten in ihrer Schulzeit noch keine Behinderung/Beeinträchtigung.

TABELLE 14 Erfahrungen in der Schulzeit

Wenn Sie an Ihre Schulzeit denken: Welche der folgenden Punkte traf bzw. trifft auf Sie zu?	N	%
Die Lehrer*innen gehen/gingen nicht oder zu wenig auf die Anforderungen meiner Behinderung/ Beeinträchtigung ein.	217	29
Der Umgang der Mitschüler*innen mit meiner Behinderung/Beeinträchtigung ist/war für mich oft kränkend.	151	20
Mitschüler*innen haben/hatten kein Verständnis für die Anforderungen meiner Behinderung/ Beeinträchtigung.	141	19
Das Schulgebäude und der Pausenhof sind/waren nicht barrierefrei für mich.	121	16
Ich erhalte/erhielt nicht die Assistenzleistungen, die ich aufgrund meiner Behinderung/Beeinträchtigung benötige.	102	14
Der Unterricht ist/war für mich überfordernd.	84	11
Sonstiges	83	11
Der Unterricht ist/war für mich unterfordernd.	72	10
Ich bin/war auf einer Sonderschule, hätte aber lieber eine Regelschule besucht.	57	8
Ich bin/war auf einer Regelschule, hätte aber lieber eine Sonderschule besucht.	12	2
Keiner der Punkte trifft zu.	106	14
Während meiner Schulzeit hatte ich noch keine Beeinträchtigung.	229	31
Gesamt	**750**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich. Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten.

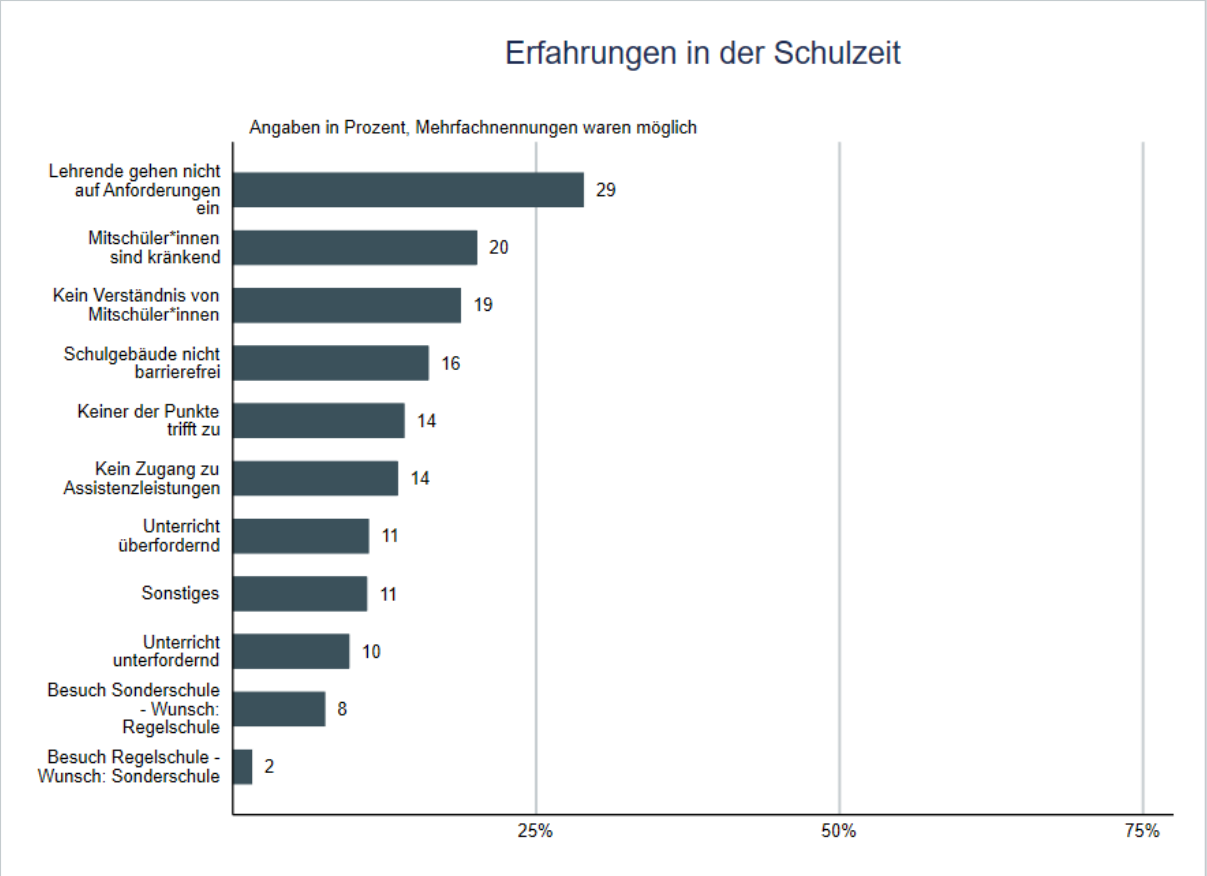

Abbildung 14

08.4 ERFAHRUNGEN SCHULZEIT NACH GESCHLECHT

Abbildung 15 zeigt die Erfahrungen in der Schulzeit differenziert nach Geschlecht. Ein leicht höherer Anteil der weiblichen Teilnehmenden gab an, dass sich Mitschüler*innen ihnen gegenüber kränkend verhalten haben. Für männliche Teilnehmende war der Unterricht häufiger überfordernd (ca. 14% gegenüber ca. 8%). Insgesamt gaben mehr männliche Teilnehmende an, keine der genannten Probleme während der Schulzeit erfahren zu haben. Hier liegt der Anteil bei etwa 17 Prozent gegenüber ca. zwölf Prozent bei den weiblichen Teilnehmenden.

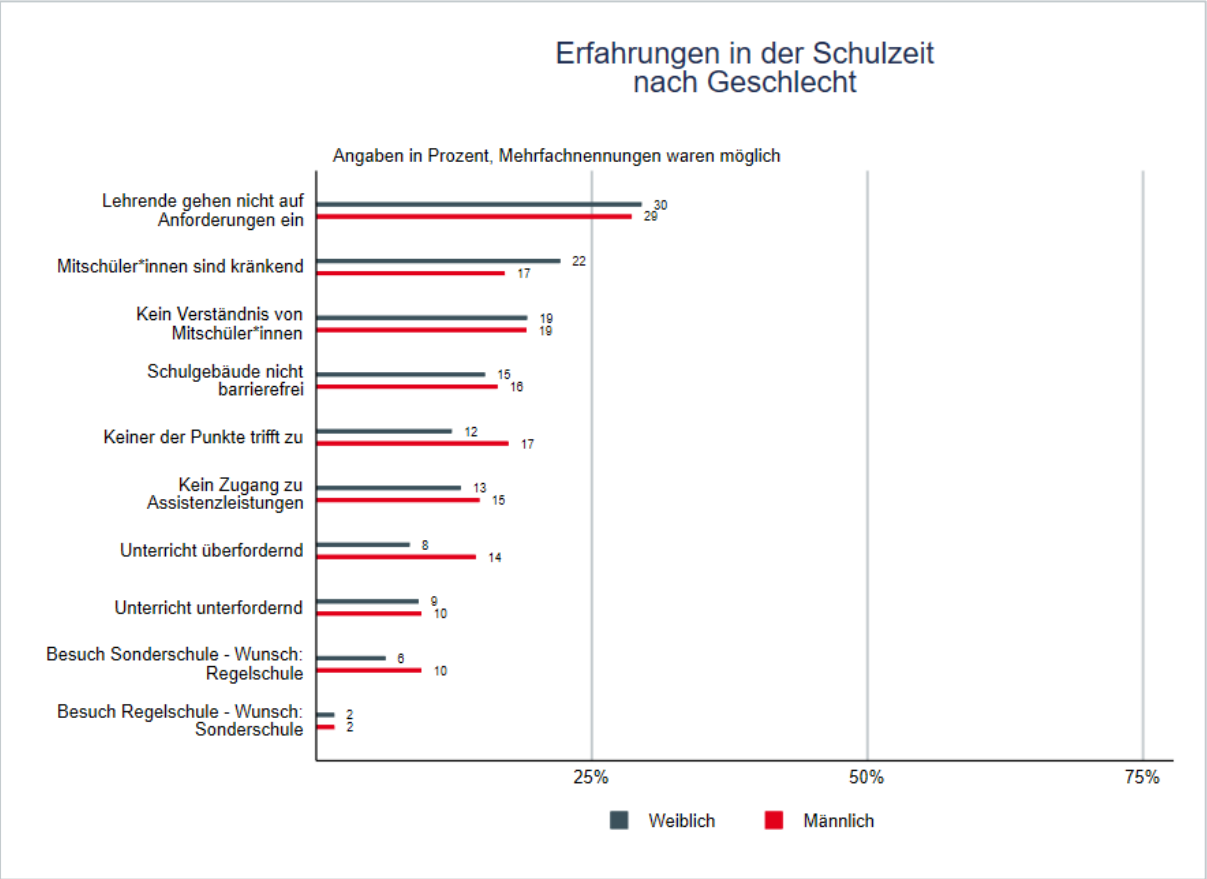

Abbildung 15

08.5 ERFAHRUNGEN SCHULZEIT NACH ALTERSGRUPPE

Im Vergleich der Altersgruppen in Abbildung 16 zeigt sich, dass jüngere Personen verhältnismäßig häufig angaben, nicht die Assistenzleistungen zu erhalten, die sie aufgrund ihrer Behinderung/Beeinträchtigung benötigen (ca. 42%). Jede vierte Person dieser Gruppe empfindet den Unterricht zudem als überfordernd. Auffällig ist weiterhin, dass Personen der Altersgruppe 19-39 Jahre vergleichsweise häufig Probleme mit ihren Mitschüler*innen während der Schulzeit hatten (ca. 33% bzw. 34%). Die zwei älteren Altersgruppen gaben zudem am, häufiger Probleme mit Lehrenden gehabt zu haben (ca. 39% bzw. 42%).

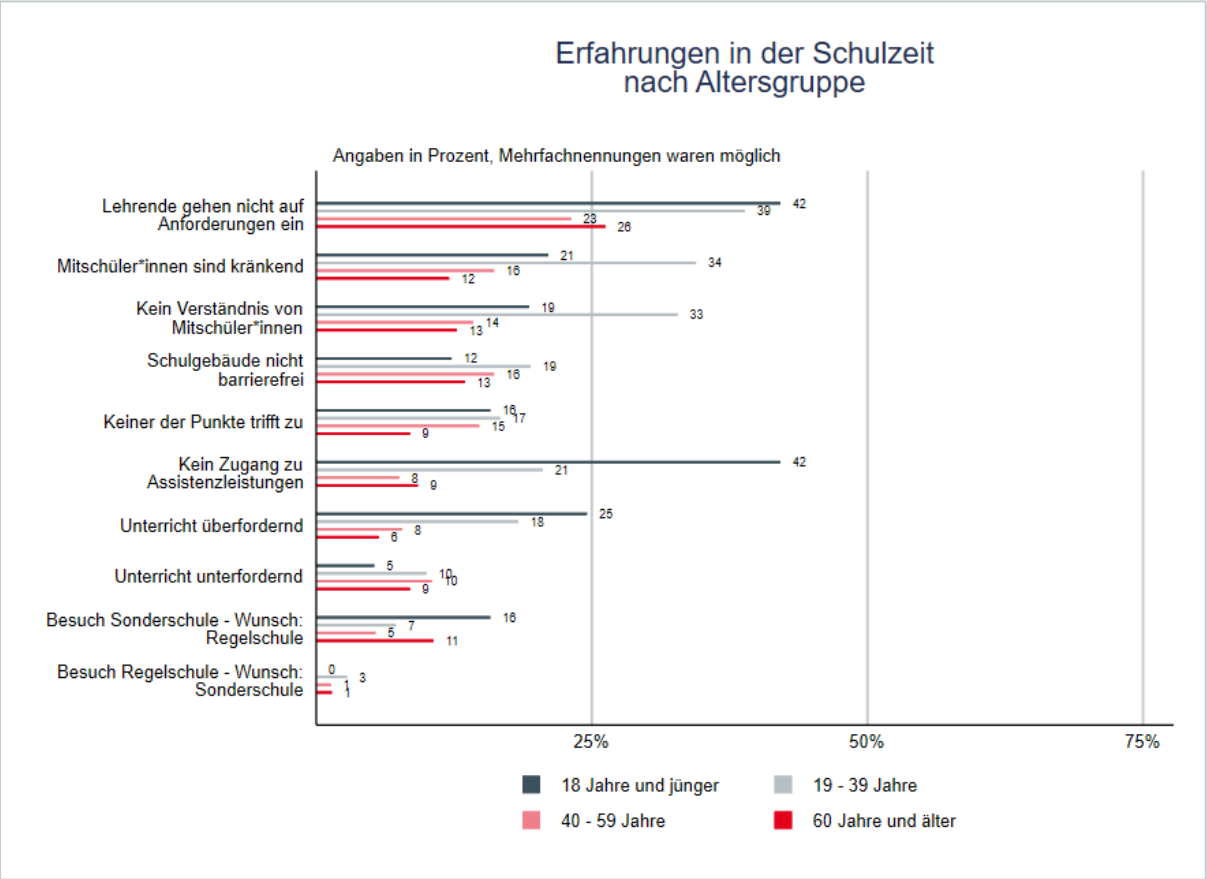

Abbildung 16

08.6 ERFAHRUNGEN SCHULZEIT NACH HÖCHSTEM BILDUNGSABSCHLUSS

Abbildung 17 zeigt den Vergleich der Erfahrungen während der Schulzeit nach Bildungsabschluss. Wie auch bei Abbildung 16 wird deutlich, dass junge Menschen bzw. Personen, die noch die Schule besuchen, überproportional häufig angaben, nicht die Assistenzleistungen zu erhalten, die sie benötigen. Für ca. 26 Prozent der Schüler*innen ist der Unterricht zudem überfordernd. In etwa 16 Prozent wünschen sich einen Wechsel von der Sonderschule auf eine Regelschule. Werden nur die erworbenen Bildungsabschlüsse verglichen, zeigt sich, dass Personen mit maximal Hauptschule öfter im Unterricht überfordert waren (ca. 19%).

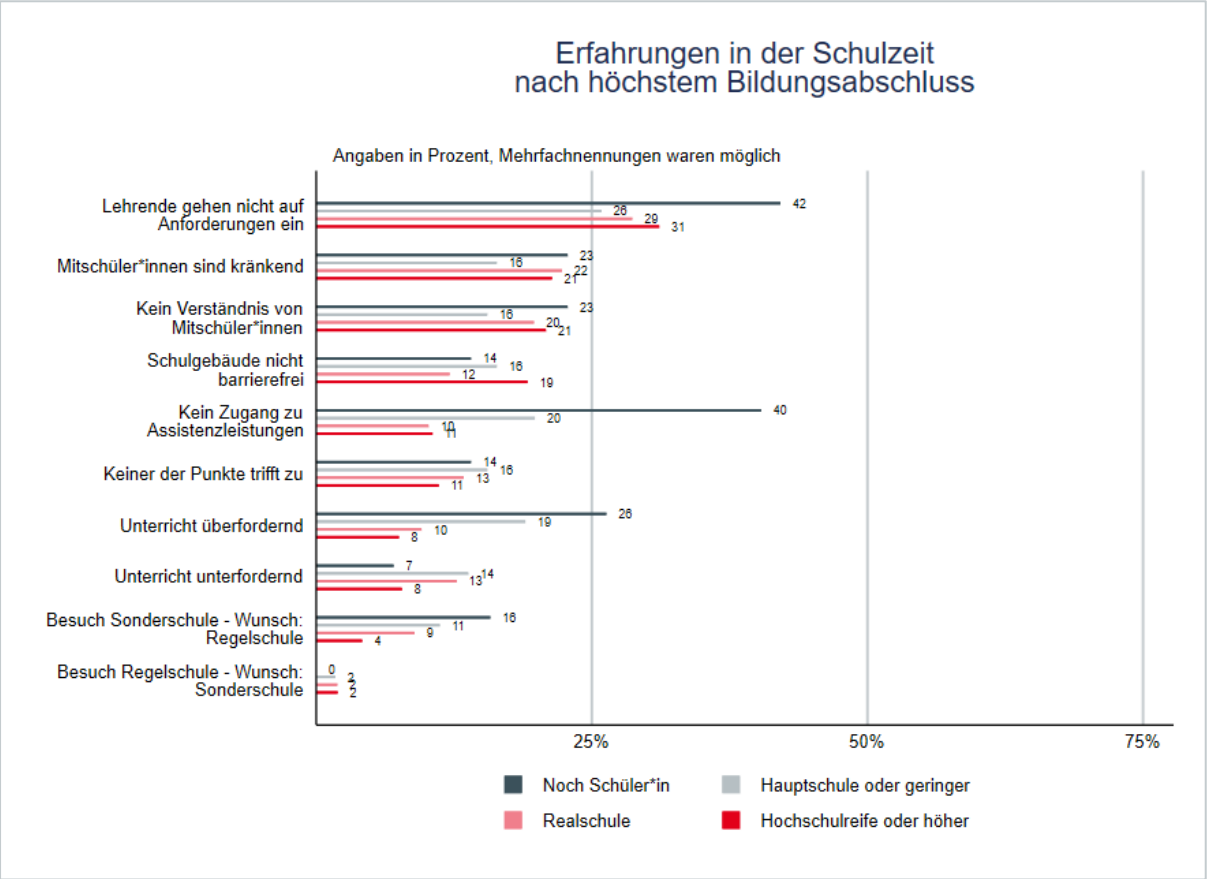

Abbildung 17

08.7 ERFAHRUNGEN SCHULZEIT NACH BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Abbildungen 18 bis 20 differenzieren die Erfahrungen der Schulzeit nach Behinderung/Beeinträchtigung.[1] Menschen mit einer Hörbehinderung gaben überproportional häufig an, dass das Lehrpersonal nicht bzw. zu wenig auf ihre Anforderungen eingegangen sei, ca. 21 Prozent fühlten sich zudem im Unterricht unterfordert – ca. 18 Prozent hingegen überfordert (Abbildung 18). Personen mit einer Sehbehinderung gaben demgegenüber häufig an, dass keiner der genannten Punkte bei ihnen relevant wäre (ca. 28%), nannten aber ebenfalls häufig Probleme mit dem Lehrpersonal (ca. 28%). Menschen mit einer körperlichen oder (schweren) Mehrfachbehinderung gaben etwa in gleichen Teilen an, Probleme mit ihren Mitschüler*innen gehabt (ca. 21 bis 24%), sowie zu wenig Unterstützung durch das Lehrpersonal erfahren zu haben (ca. 27% bis 31%). 24 bzw. 21 Prozent dieser Gruppen gaben zudem Probleme mit der Barrierefreiheit an der Schule an.

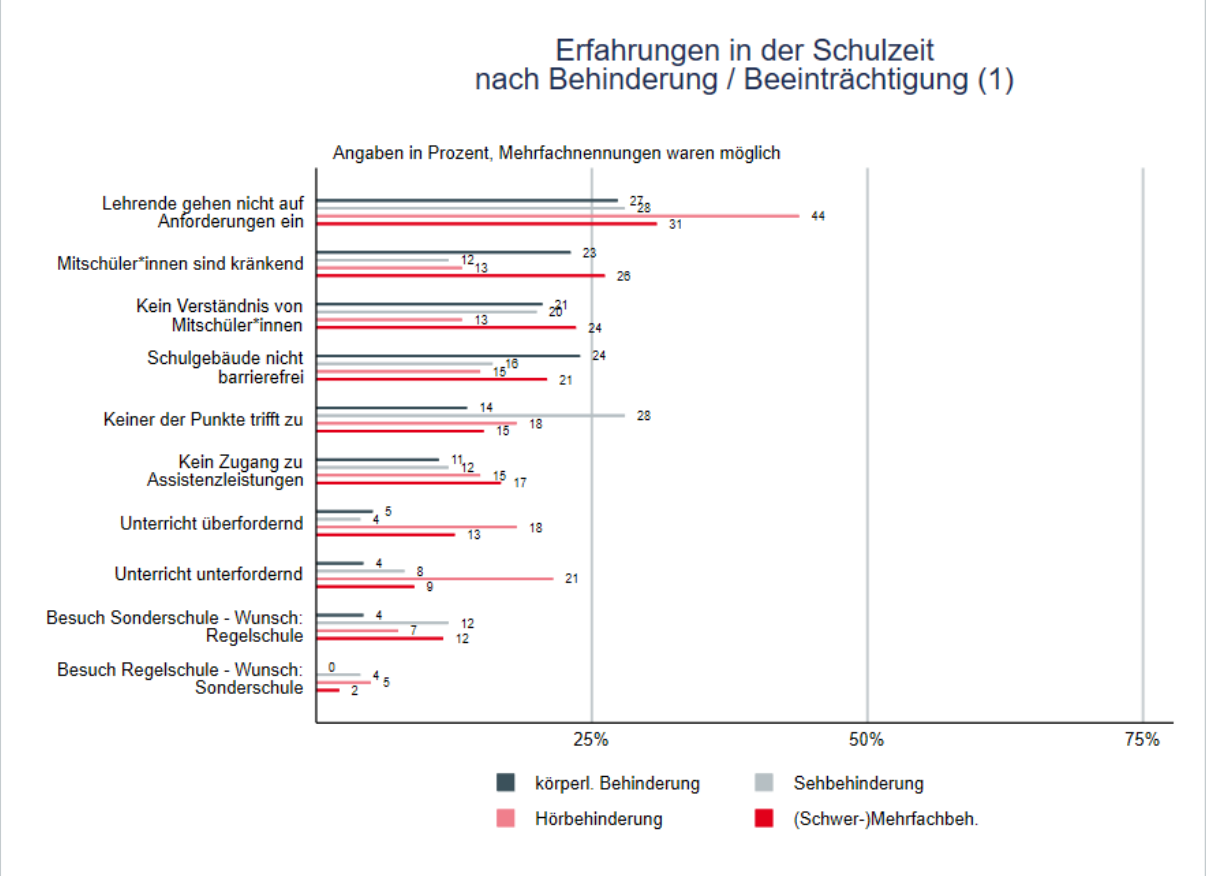

Abbildung 18

[1] Da diesen Darstellungen zwei Mehrfachantworten kreuzen, musste die Frage nach der Behinderung/Beeinträchtigung aus technischen Gründen umstrukturiert werden. Die Gruppe „*Sehbehinderung*“ umfasst Personen, die ausschließlich angaben, sehbehindert oder blind zu sein, die Gruppe „*Hörbehinderung*“ schwerhörige und taube Menschen. „*(Schwer-) Mehrfachbehinderung*“ umfasst Personen mit mehr als drei gewählten Antworten, sowie Personen, die alleinig „*Schwerstmehrfachbehinderung*“ auswählten. In der zweiten Darstellung umfassen die jeweiligen Kategorien Personen, die bei der Frage nach der Behinderung/Beeinträchtigung ausschließlich „*kognitive Erkrankung*“, „*seelische Erkrankung*“, „*Autismus*“ oder „*chronische Erkrankung*“ angaben (siehe dazu 05 Behinderung/Beeinträchtigung). Die dritte Darstellung bildet die vier am häufigsten genannten Antwortkombinationen ab. Die Kombination „*körperliche Behinderung / chronische Erkrankung*“ trat in der Umfrage in insgesamt 73 Fällen auf, „*seelische Behinderung / chronische Erkrankung*“ in 22 Fällen, „*körperliche / kognitive Behinderung*“ in 20 Fällen sowie „*körperliche / seelische Behinderung*“ in 15 Fällen.

Autistischen Personen gaben zu ca. 65 Prozent an, dass Lehrer*innen nicht oder zu wenig auf ihre Anforderungen eingingen (Abbildung 19). 53 bzw. 59 Prozent empfanden zudem den Umgang mit Mitschüler*innen als kränkend oder als zu wenig verständnisvoll. In etwa jede dritte Person dieser Gruppe war vom Unterricht überfordert, ca. 59 Prozent gaben an, mehr Assistenz zu benötigen. Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung gaben im Vergleich seltener an, soziale Probleme an der Schule gehabt zu haben. So gaben in etwa 17 bzw. 14 Prozent an, dass Mitschüler*innen sich kränkend verhielten oder kein Verständnis zeigten. In etwa 24 Prozent benannten Probleme mit Lehrer*innen.

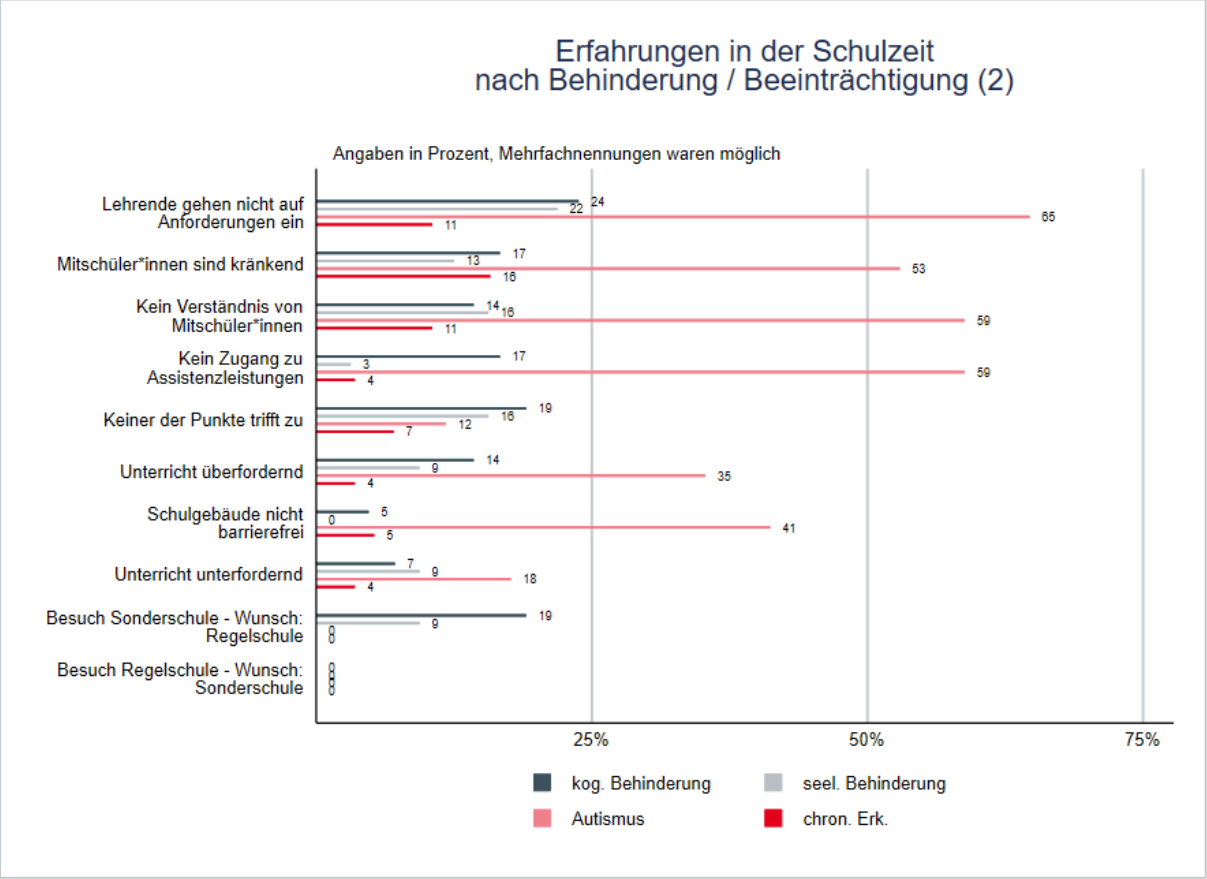

Abbildung 19

Abbildung 20 illustriert die Erfahrungen während der Schulzeit für die vier am häufigsten genannten Kombinationen. Etwas mehr als jede dritte Person mit einer seelischen Behinderung / chronischen Erkrankung oder einer körperlichen/kognitiven Behinderung gab an, Probleme mit dem Lehrpersonal gehabt zu haben. Letztgenannte gaben weiterhin häufiger an, im Unterricht überfordert zu sein (ca. 31%).

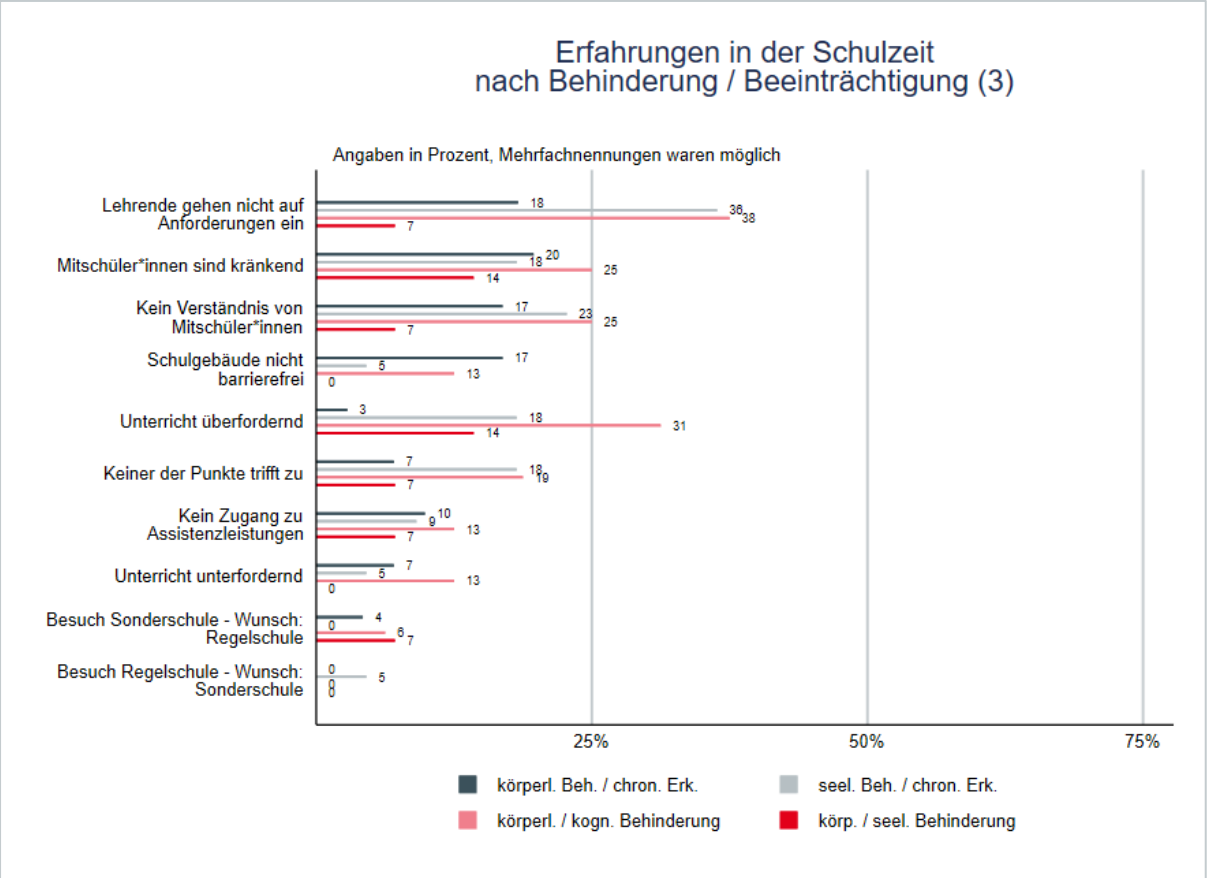

Abbildung 20

08.8 NÖTIGE ÄNDERUNGEN BEIM ÜBERGANG SCHULE ZU BERUF

Auf die Frage, welche drei Veränderungen am ehesten nötig wären, um den Übergang von der Schule zum Beruf für Menschen mit Behinderung zu verbessern, nannten die Teilnehmenden mit ca. 54 Prozent am häufigsten mehr Verständnis auf Seiten der Unternehmen für Menschen mit Behinderung. In etwa 42 Prozent wünschen sich eine größere Berufswahlmöglichkeit, ca. 31 Prozent mehr Angebote für Praktika. Für etwa jede*n Vierte*n wären geeignete Nachteilsausgleiche, passende Assistenzleistungen oder Maßnahmen zur Stärkung des Selbstbewusstseins sinnvolle Veränderungen. In etwa zwölf Prozent gaben an, dies nicht beurteilen zu können.

TABELLE 15 Nötige Änderungen beim Übergang Schule zu Beruf

Welche der folgenden Punkte sind Ihrer Meinung nach am wichtigsten, um den Übergang von Menschen mit Behinderung von der Schule in eine Ausbildung, ein Studium oder einen Beruf zu verbessern?	N	%
Mehr Verständnis auf Seiten der Unternehmen	393	54
Mehr Berufswahlmöglichkeiten	311	42
Größeres Angebot an Berufspraktika	227	31
Geeignete Nachteilsausgleiche in der Schule, Berufsschule oder (Fach-)Hochschule	184	25
Maßnahmen zur Stärkung des Selbstbewusstseins	179	24
Assistenzleistungen	174	24
Barrierefreie Informationen zu Berufen und Berufsvorbereitung	103	14
Barrierefreie Informationen zum Studium	60	8
Sonstiges	46	6
Bewerbungstrainings	45	6
Kann ich nicht beurteilen.	87	12
Gesamt	**734**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich (max. drei Angaben). Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten.

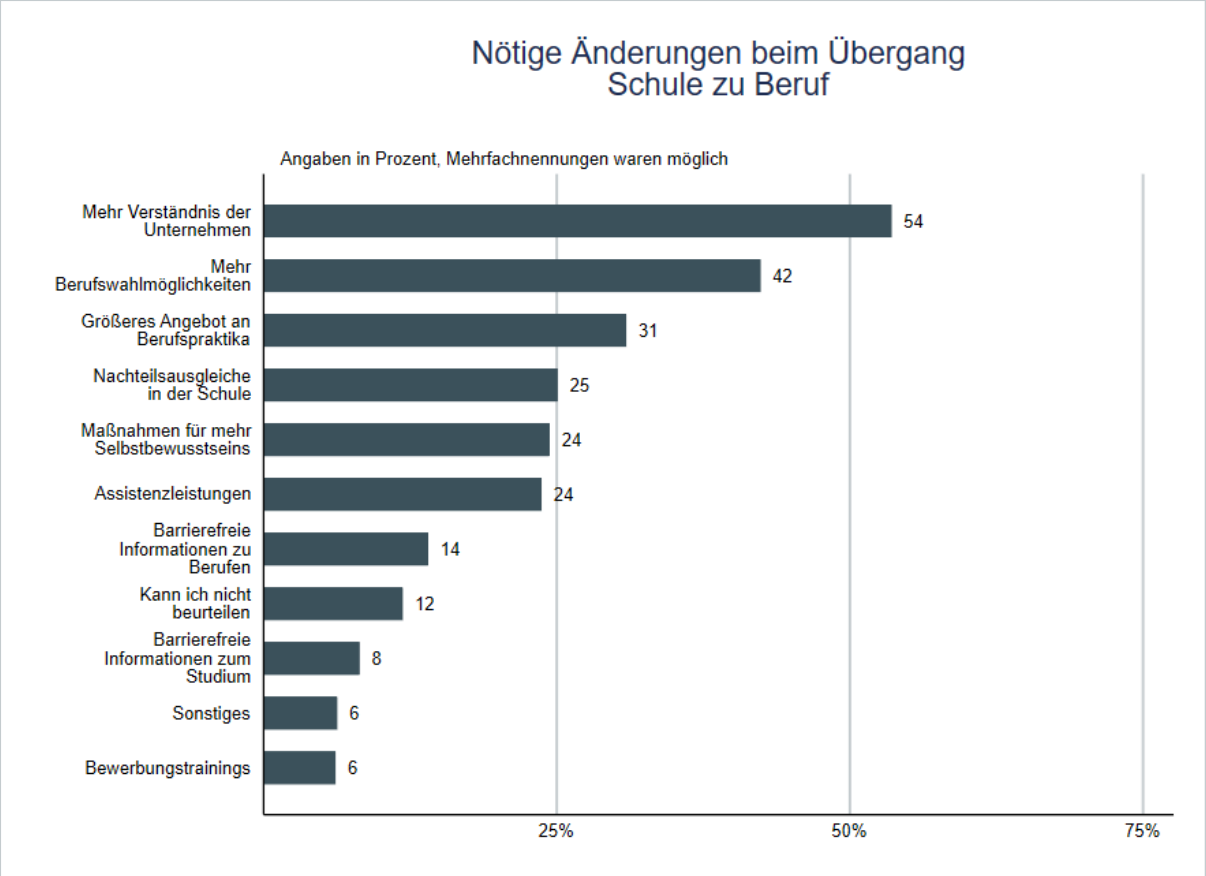

Abbildung 21

08.9 NÖTIGE ÄNDERUNGEN BEIM ÜBERGANG SCHULE ZU BERUF NACH HÖCHSTEM BILDUNGSABSCHLUSS

Bei der Unterteilung nach höchstem Bildungsabschluss bzw. Schüler*innenstatus wird deutlich, dass sich Schüler*innen verhältnismäßig häufig eine größere Auswahl an Berufspraktika und Berufswahlmöglichkeiten (ca. 53% bzw. 55%) sowie ein besseres Angebot an Assistenzleistungen (ca. 53%) wünschen. Personen mit maximal Hauptschulabschluss wünschen sich ebenfalls verhältnismäßig oft ein größeres Angebot an Praktika und Berufswahlmöglichkeiten (ca. 55% bzw. 42%). Personen mit mindestens Hochschulberechtigung fordern darüber hinaus vergleichsweise häufig mehr geeignete Nachteilsausgleiche an Schulen (ca. 35%). Der Wunsch nach mehr Verständnis der Unternehmen für Menschen mit Behinderung wird von allen Gruppen in hohem Maße geteilt.

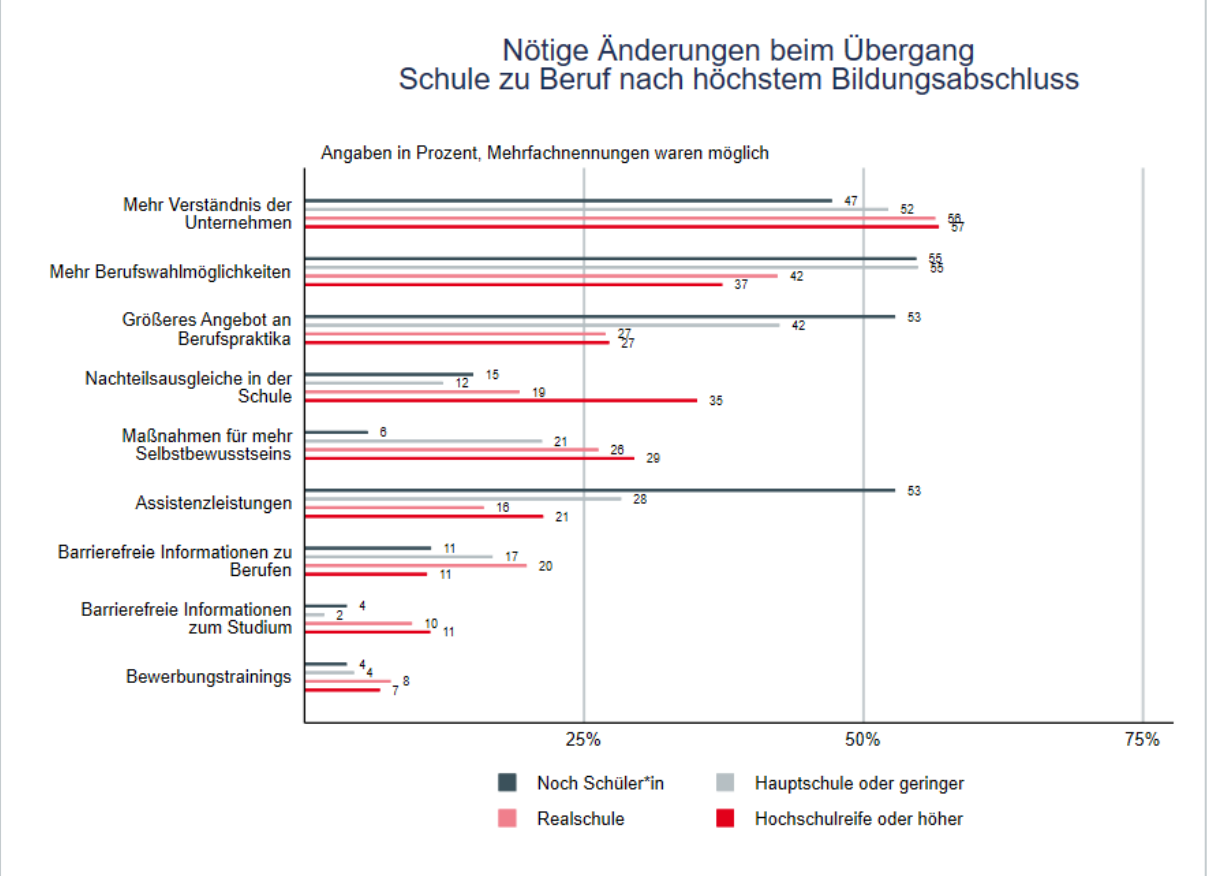

Abbildung 22

08.10NÖTIGE ÄNDERUNGEN BEIM ÜBERGANG SCHULE ZU BERUF NACH BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Abbildungen 23 bis 25 betrachten den Zusammenhang zwischen den gewünschten Veränderungen beim Übergang von Schule zu Beruf nach Behinderung/Beeinträchtigung. In Abbildung 23 wird deutlich, dass sich Personen mit Sehbehinderung verhältnismäßig häufig ein größeres Angebot an Berufswahlmöglichkeiten wünschen (ca. 60%). Bei Menschen mit Hörbehinderung liegt dieser Anteil bei ca. 49 Prozent, bei Menschen mit einer körperlichen oder (schweren) Mehrfachbehinderung bei 37 bzw. 40 Prozent. Mehr Verständnis auf Seiten der Unternehmen fordern hingegen etwa 57 bzw. 54 Prozent der Personen mit körperlicher oder (schwerer) Mehrfachbehinderung. Bei Sehbehinderten liegt dieser Anteil mit ca. 36 Prozent etwas niedriger.

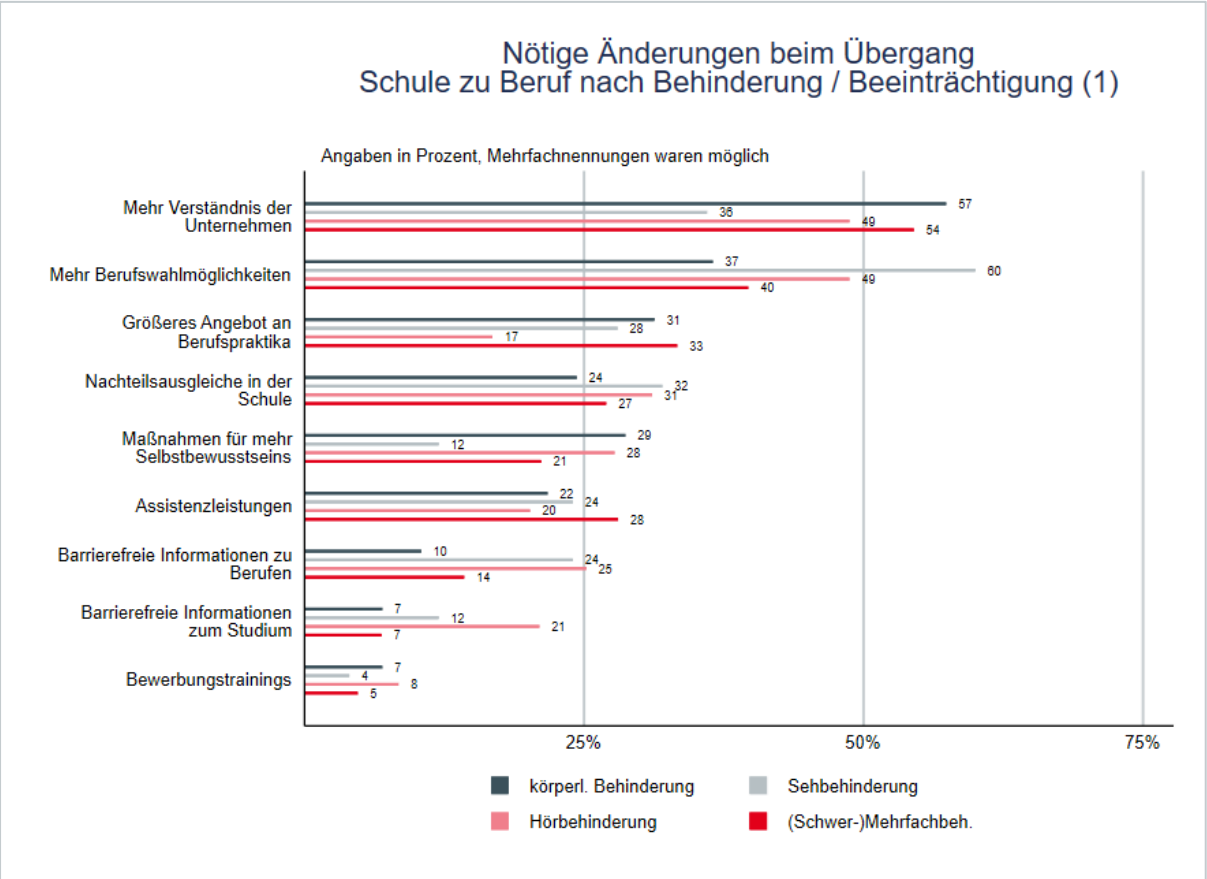

Abbildung 23

Menschen mit einer kognitiven Behinderung wünschen sich verhältnismäßig häufig ein größeres Angebot an Praktika (ca. 57%) und Berufswahlmöglichkeiten (ca. 65%) (Abbildung 24). In etwa jede*r Dritte dieser Untergruppe gab zudem an, ein besseres Angebot an Assistenzleistungen für den Übergang von Schule zu Beruf zu benötigen. Chronisch Erkrankte und Personen mit einer seelischen Behinderung wünschen sich vor allem mehr Verständnis der Arbeitgeber für Ihre Behinderung/Beeinträchtigung (ca. 61% bzw. 55%). Auch gaben diese zwei Untergruppen vergleichsweise häufig an, von Maßnahmen zur Stärkung des Selbstbewusstseins profitieren zu können (ca. 39% bzw. 32%). Bei Menschen mit Autismus gab in etwa jede*r Zweite an, dass geeignete Nachteilsausgleiche, ein größeres Angebot an Berufswahlmöglichkeiten und mehr Verständnis der Unternehmen beim Übergang von Schule zu Beruf hilfreich wären.

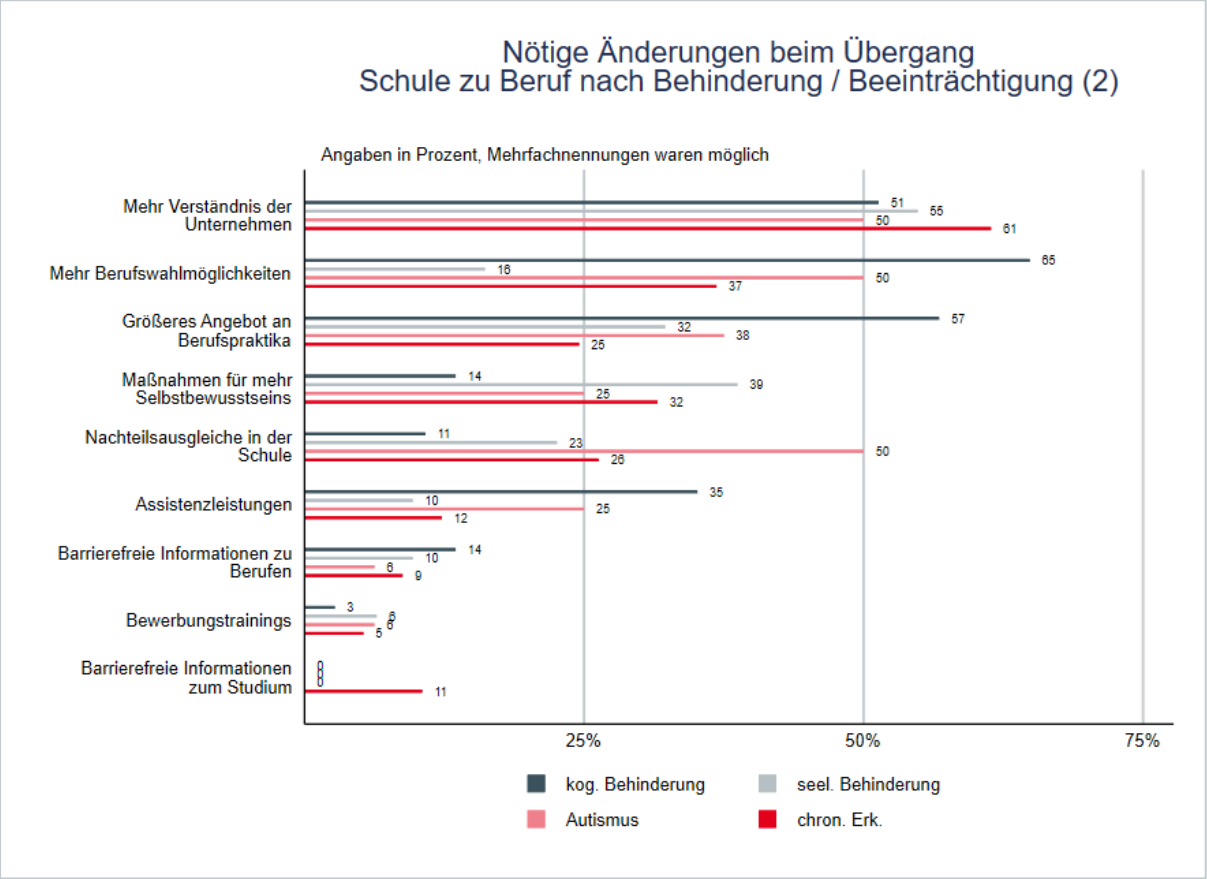

Abbildung 24

Abbildung 25 zeigt die Nennungen differenziert nach den vier am häufigsten genannten Kombinationen. Mehr Verständnis auf Seiten der Unternehmen ist für drei der hier gezeigten Untergruppen hoch relevant. Etwa 60 bis 64 Prozent wählte diese Antwortoption. Auffällig ist der hohe Anteil an Personen mit einer körperlichen und kognitiven Behinderung, die eine größeres Angebot an Praktika und Berufswahlmöglichkeit als besonders hilfreich beim Übergang von Schule zu Beruf nannten (ca. 53% bzw. 67%). Maßnahmen zur Stärkung des Selbstbewusstseins wünschen sich mit jeweils ca. 36 Prozent vor allem Menschen mit einer seelischen Behinderung / chronischen Erkrankung sowie Personen mit körperlicher/seelischer Behinderung.

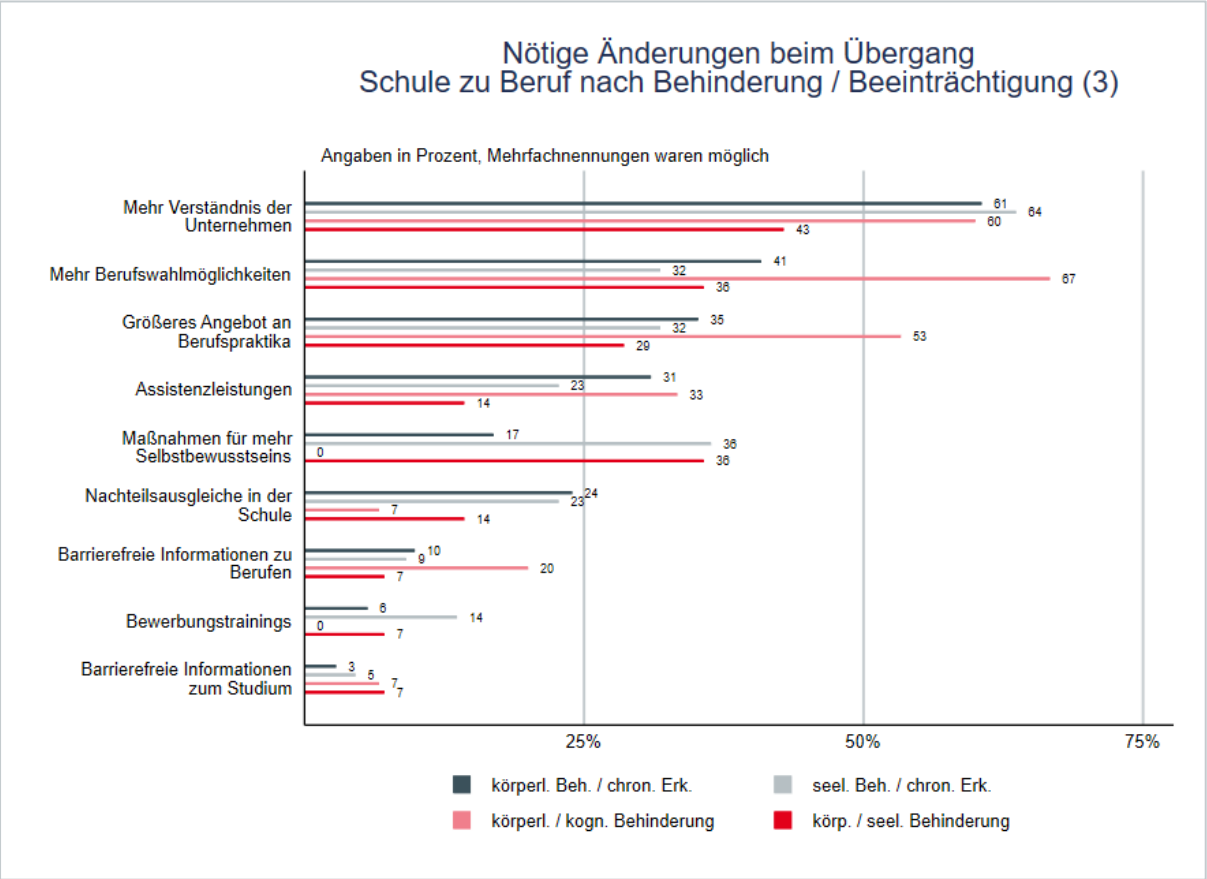

Abbildung 25

09 BERUF UND ARBEITSLEBEN

09.1 BESCHÄFTIGUNGSSTATUS

Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist mit ca. 61 Prozent in Voll- oder Teilzeit berufstätig. In etwa 16 Prozent gaben an, bereits in Rente oder Pension zu sein. 53 Personen (ca. 8%) arbeiten in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung, weitere ca. zwei Prozent befinden sich in Ausbildung oder Studium. In etwa fünf Prozent waren zum Zeitpunkt der Umfrage ohne Arbeit.

TABELLE 16 Beschäftigung/Beschäftigungsstatus

Welcher Beschäftigungsstatus trifft auf Sie zu?	N	%
Arbeit in Vollzeit	267	40
Arbeit in Teilzeit	139	21
Arbeit in Werkstatt für Menschen mit Behinderung	53	8
Arbeit in Tagesförderstätte	18	3
In Bildungsmaßnahme	21	3
FSJ/FÖJ/BUFDI	1	0
In Ausbildung	6	1
In Studium	10	1
In Mutternschutz/Elternzeit	2	0
Hausfrau/Hausmann	3	0
Rente/Pension	107	16
Ohne Arbeit	35	5
Keine Angabe	10	1
Gesamt	**672**	**100**

Anmerkung: Personen, die angaben, noch die Schule zu besuchen, wurden nicht nach ihrem Beschäftigungsstatus gefragt.

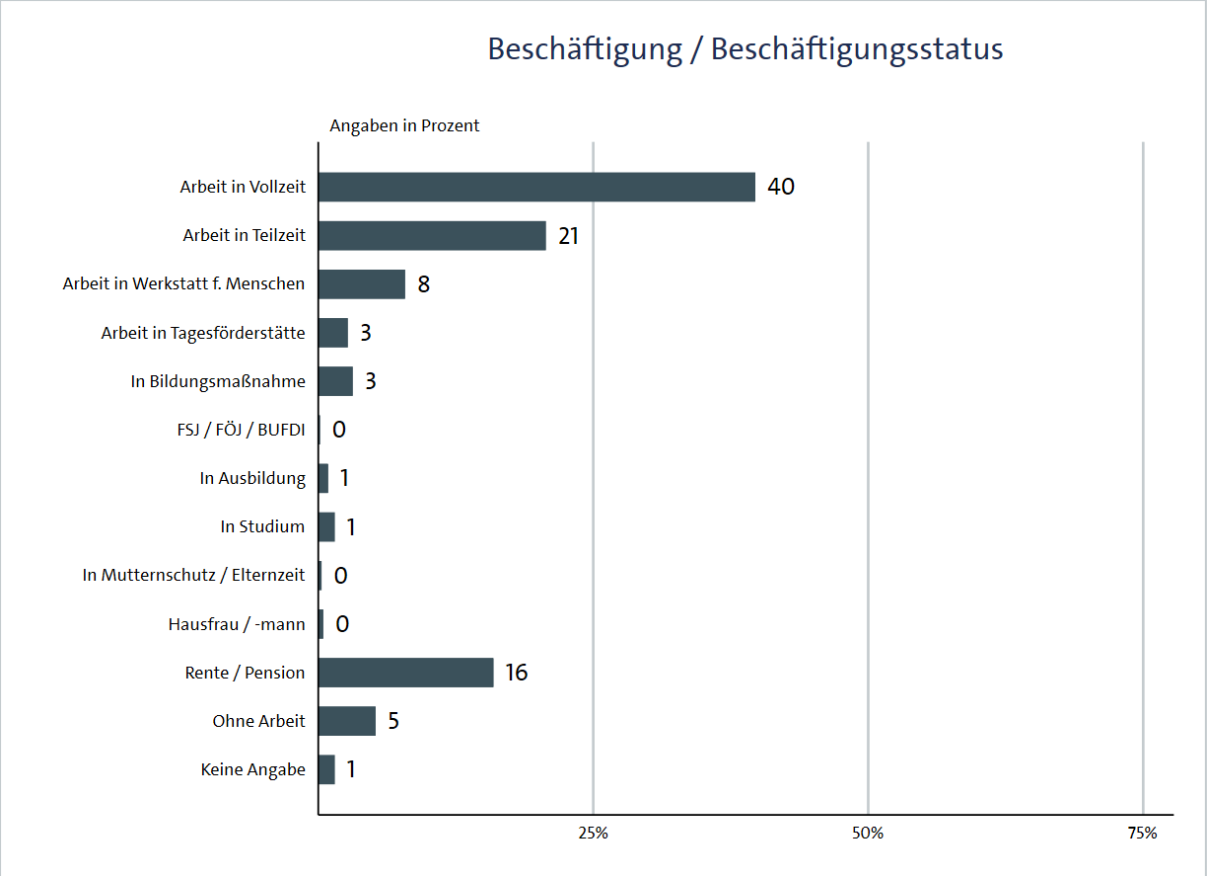

Abbildung 26

09.2 ERFAHRUNGEN IM ARBEITSLEBEN

In etwa jede dritte Person gab an, aufgrund ihrer Behinderung/Beeinträchtigung negative Erfahrungen mit Ihren Vorgesetzten und/oder mit Kolleg*innen gemacht zu haben (ca. 34% bzw. 31%). In etwa 18 Prozent benannte einen schweren Zugang zu Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben als Problem, ca. 16 Prozent wünschen sich einen besseren Zugang zu Assistenzleistungen. In etwa 32 Prozent konnten hingegen keine der genannten Probleme im Arbeitsleben bestätigen.

TABELLE 17 Erfahrungen im Arbeitsleben

Wenn Sie an Ihre bisherigen Erfahrungen im Arbeitsleben denken: Welche der folgenden Punkte trifft auf Sie zu?	N	%
Ich habe negative Erfahrungen mit Vorgesetzten aufgrund meiner Behinderung/Beeinträchtigung gemacht.	229	34
Ich habe negative Erfahrungen im Umgang mit Kolleg*innen aufgrund meiner Behinderung/ Beeinträchtigung gemacht.	207	31
Schwerer Zugang zu gesetzlichen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.	123	18
Ich habe nicht die Assistenzleistungen bekommen, die ich gebraucht hätte.	105	16
Sonstiges	70	10
Die Arbeit bzw. Ausbildung ist/war für mich überfordernd.	62	9
Die Arbeit bzw. Ausbildung entspricht nicht meinen Interessen.	61	9
Die Arbeit bzw. Ausbildung ist/war für mich unterfordernd.	59	9
Keiner der genannten Punkte	217	32
Gesamt	**670**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich. Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten. Personen, die angaben, noch die Schule zu besuchen, wurden nicht nach ihren Berufserfahrungen gefragt.

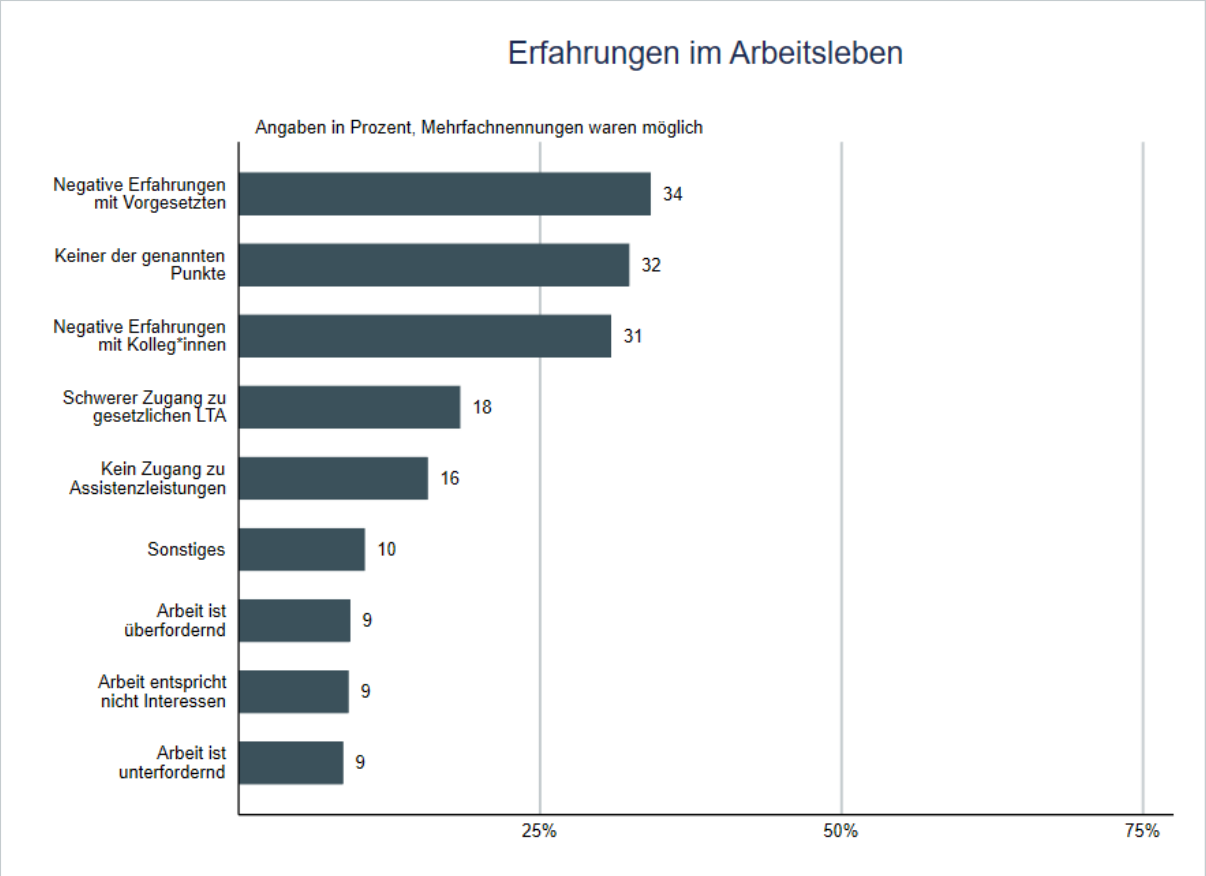

Abbildung 27

09.3 ERFAHRUNGEN IM ARBEITSLEBEN NACH GESCHLECHT

Abbildung 28 vergleicht die Erfahrungen im Arbeitsleben nach Geschlecht. Insgesamt lassen sich nur geringfügige Unterschiede erkennen. Weibliche Teilnehmende gaben im Vergleich zu männlichen Teilnehmenden etwas häufiger an, negative Erfahrungen mit Vorgesetzen (ca. 36% gegenüber 32%) sowie auch eher negative Erfahrungen mit Kolleg*innen (ca. 33% gegenüber 28%) gemacht zu haben. Männer gaben hingegen häufiger an, nicht die Assistenzleitungen zu erhalten, die sie benötigen (ca. 18% gegenüber 14%).

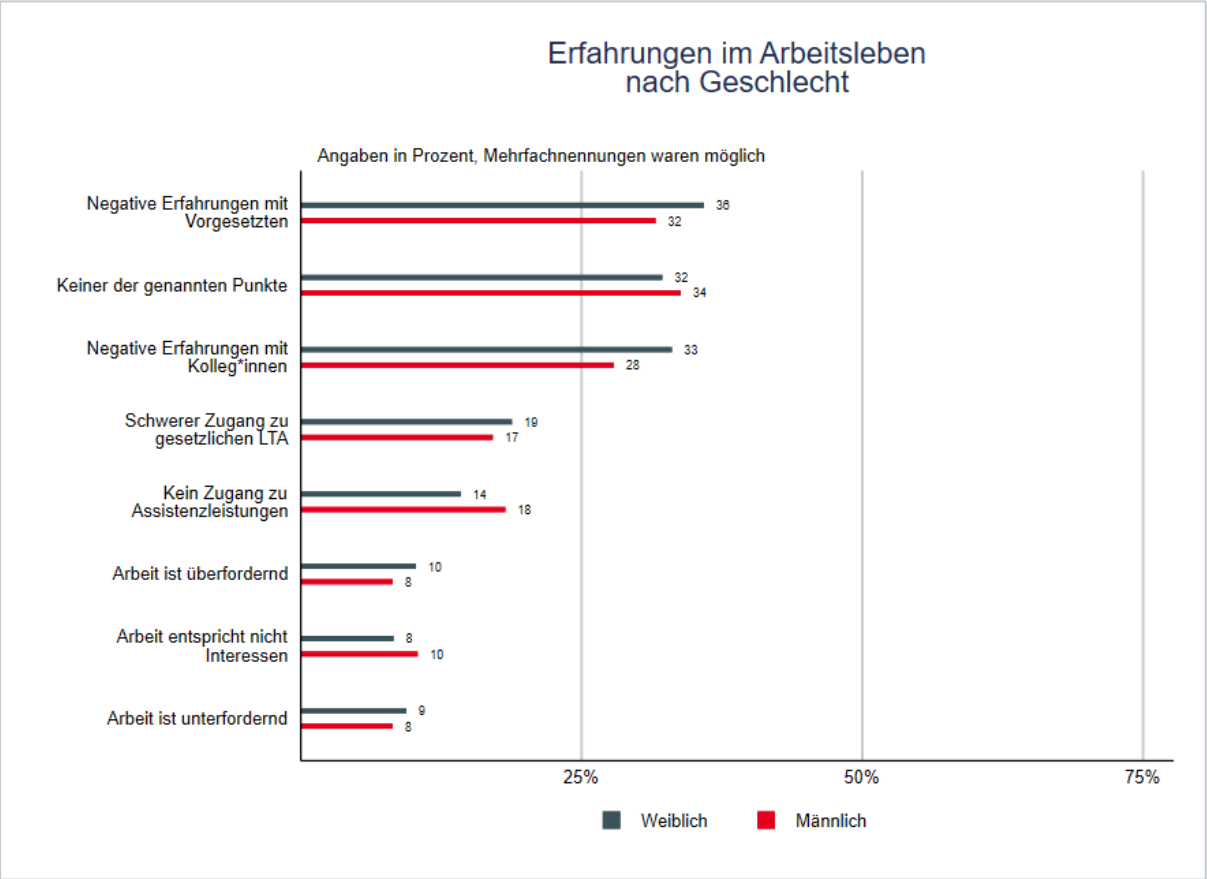

Abbildung 28

09.4 ERFAHRUNGEN IM ARBEITSLEBEN NACH ALTERSGRUPPE

In der Gruppe der 19- bis 39-Jährigen ist der Anteil an Personen, die das Fehlen notwendiger Assistenzleistungen benennen, mit ca. 20% etwas höher als in den höheren Altersgruppen (ca. 15% bzw. 14%). Die Gruppe der 49- bis 59-Jährigen beklagt hingegen etwas öfter den schweren Zugang zu gesetzlichen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (ca. 21% gegenüber jeweils 16%). Negative Erfahrungen mit Vorgesetzen und Kolleg*innen haben 22 bzw. 24 Prozent der 19- bis 39-Jährigen gemacht. Bei den höheren Altersgruppen liegt dieser Anteil mit 41 bzw. 35 Prozent bei den 40- bis 59-Jährigen und ca. 31 bzw. 30 Prozent bei über 59-Jährigen leicht höher.[2]

Die Altersgruppe der unter 18-Jährigen ist nicht in der Darstellung enthalten, da diese in der Regel noch über keine Erfahrungen im Arbeitsleben verfügen. Personen dieser Gruppe wählten daher ausschließlich die Antwortoption „*Keiner der genannten Punkte*“.

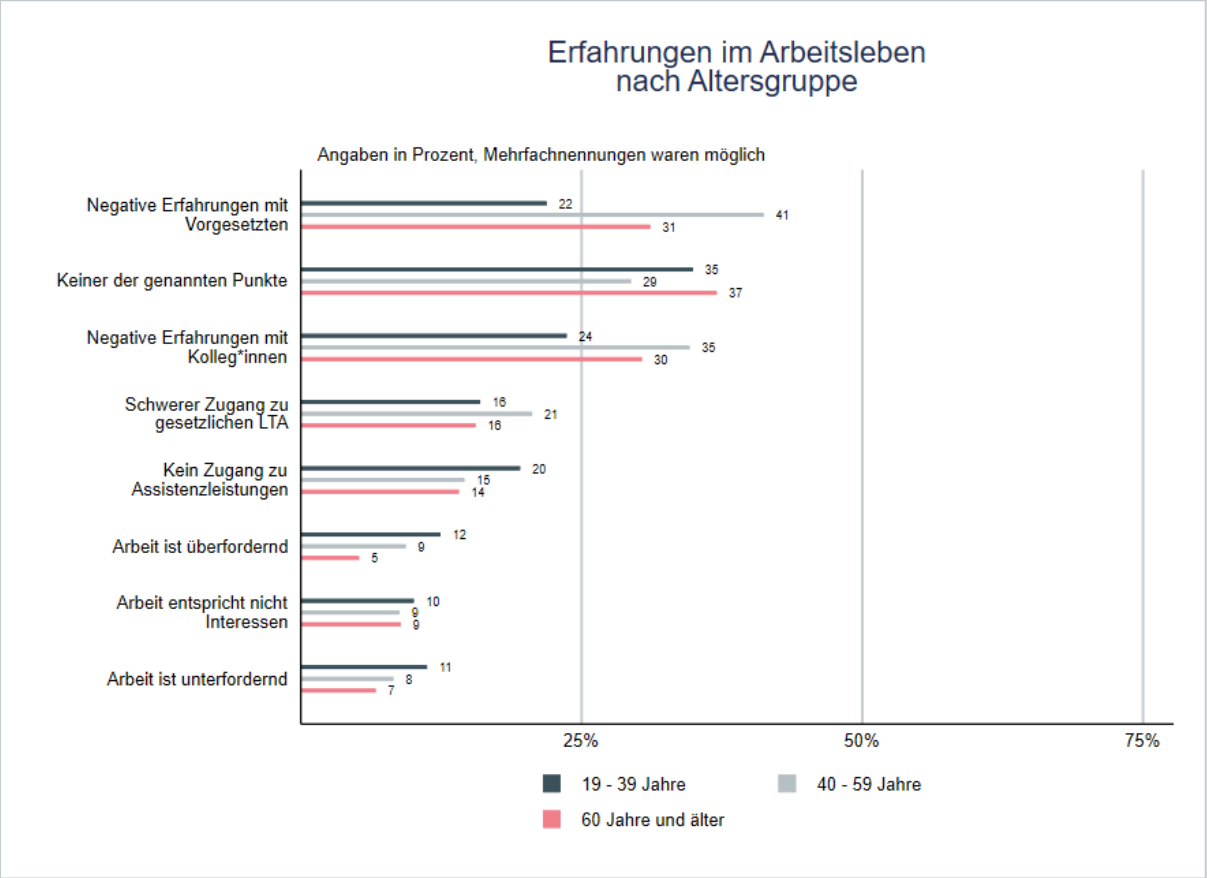

Abbildung 29

[2] Die Altersgruppe der unter 18-Jährigen ist nicht in der Darstellung enthalten, da diese in der Regel noch über keine Erfahrungen im Arbeitsleben verfügen.

09.5 ERFAHRUNGEN IM ARBEITSLEBEN NACH HÖCHSTEM BILDUNGSABSCHLUSS

Abbildung 30 differenziert die Erfahrungen im Arbeitsleben nach dem höchsten Bildungsabschluss der Befragten. Personen mit maximal Hauptschulabschluss nennen vergleichsweise seltener negative Erfahrungen mit Vorgesetzten und Kolleg*innen. Hier liegt der Anteil mit ca. 26 bzw. 23 Prozent in etwa neun bis zwölf Prozentpunkte unter dem der Personen mit höheren Abschlüssen. Personen mit maximal Hauptschulabschluss fühlen sich hingegen häufiger auf der Arbeit unterfordert (ca. 15%). Bei Personen mit Realschulabschluss liegt der Anteil bei ca. fünf Prozent, bei Personen mit mindestens Hochschulreife bei etwa neun Prozent.

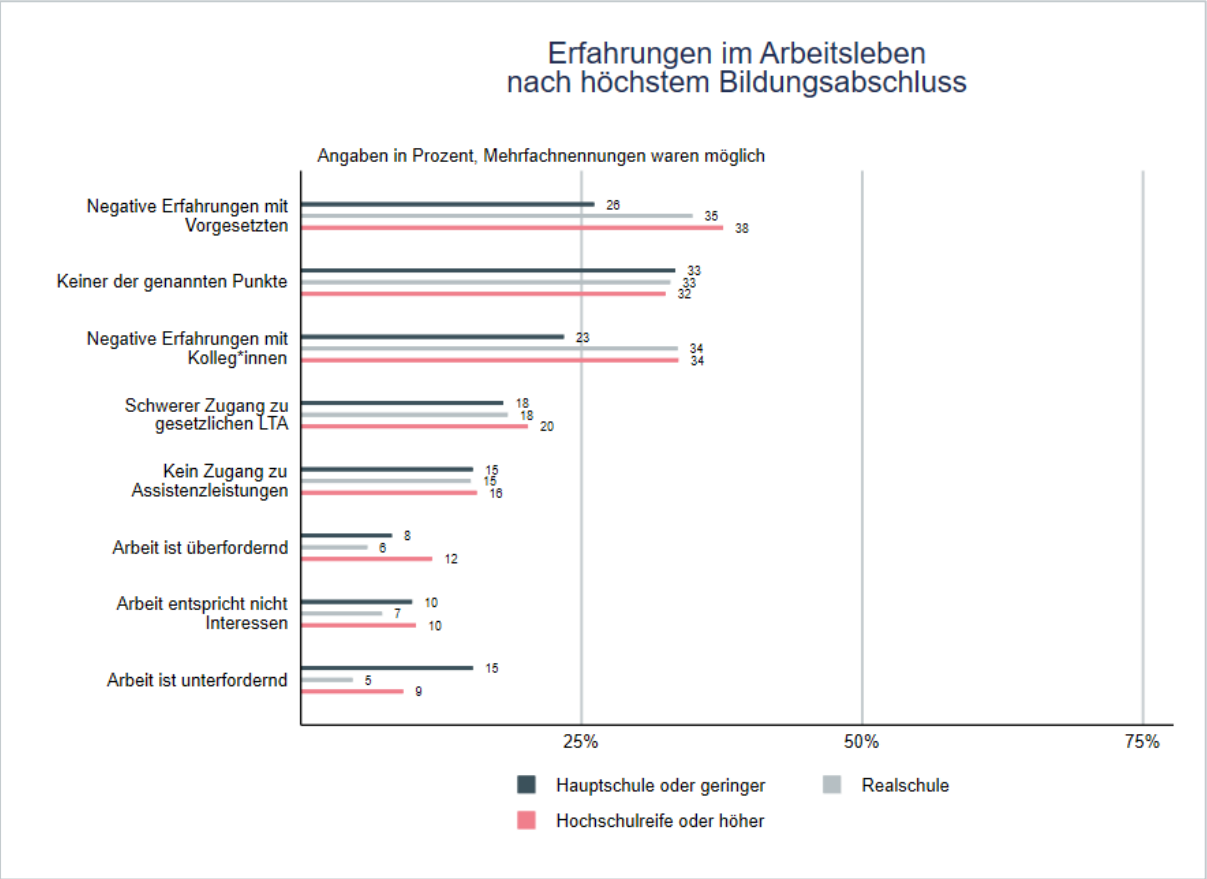

Abbildung 30

09.6 ERFAHRUNGEN IM ARBEITSLEBEN NACH BEHINDERUNG/ BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Abbildungen 31 bis 33 differenzieren die Erfahrungen im Arbeitsleben nach Behinderung/Beeinträchtigung. Etwa 44 bzw. 45 Prozent der Hörbehinderten gab an, negative Erfahrungen mit Vorgesetzten und Kolleg*innen gemacht zu haben (Abbildung 31). Etwas mehr als jede*r Vierte hatte zudem Probleme mit dem Zugang zu Assistenzleistungen oder gesetzlichen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Personen mit einer körperlichen Behinderung gaben überproportional häufig an, keinen der genannten Punkte bestätigen zu können (ca. 45%), jedoch waren auch 25 bzw. 21 Prozent von negativen Erfahrungen mit Vorgesetzten und Kolleg*innen betroffen. Menschen mit Sehbehinderung nannten am häufigsten Probleme mit Vorgesetzten (ca. 25%) sowie den fehlenden Zugang zu Assistenzleistungen (ca. 21%). Menschen mit einer (schweren) Mehrfachbehinderung gaben bei dieser Frage ebenfalls vermehrt soziale Probleme an (ca. 40% Probleme mit Vorgesetzen, ca. 36% mit Kolleg*innen).

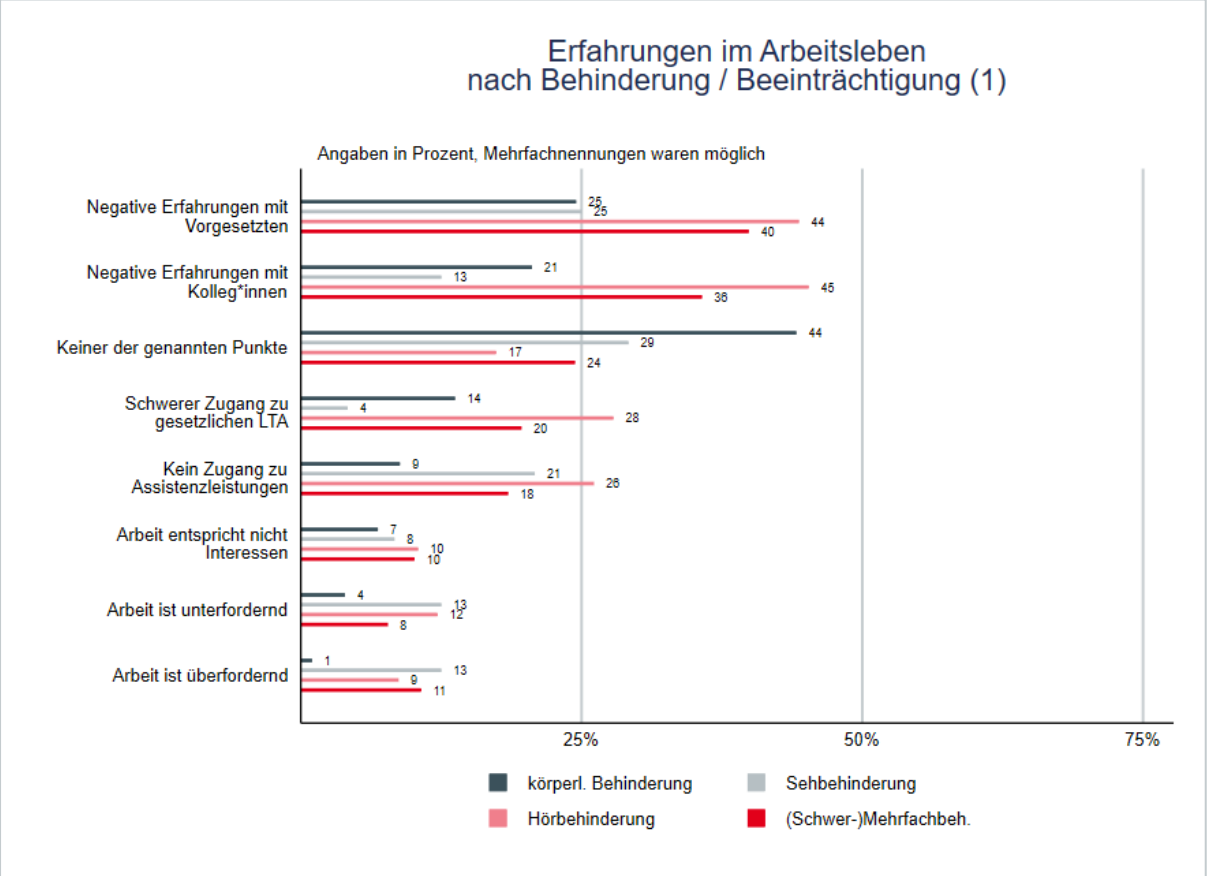

Abbildung 31

Die Mehrheit chronisch Erkankter (ca. 56%) gab an, dass keiner der genannten Punkte auf ihre Erfahrungen im Arbeitsleben zutreffen würde (Abbildung 32). Auch ca. 45 Prozent der Befragten mit einer kognitiven Behinderung konnte keine der aufgeführten Punkte bestätigen. Zwar trifft dies auch auf ca. jede*n dritte*n Befragten mit einer seelischen Behinderung zu, jedoch äußerte hier eine knappe Mehrheit (ca. 52%) ebenfalls Probleme am Arbeitsplatz. Dies trifft auch auf Menschen mit Autismus zu. Letzere gaben zudem vermehrt an, Probleme mit dem Zugang zu Assistenzleistungen zu haben (ca 33%).

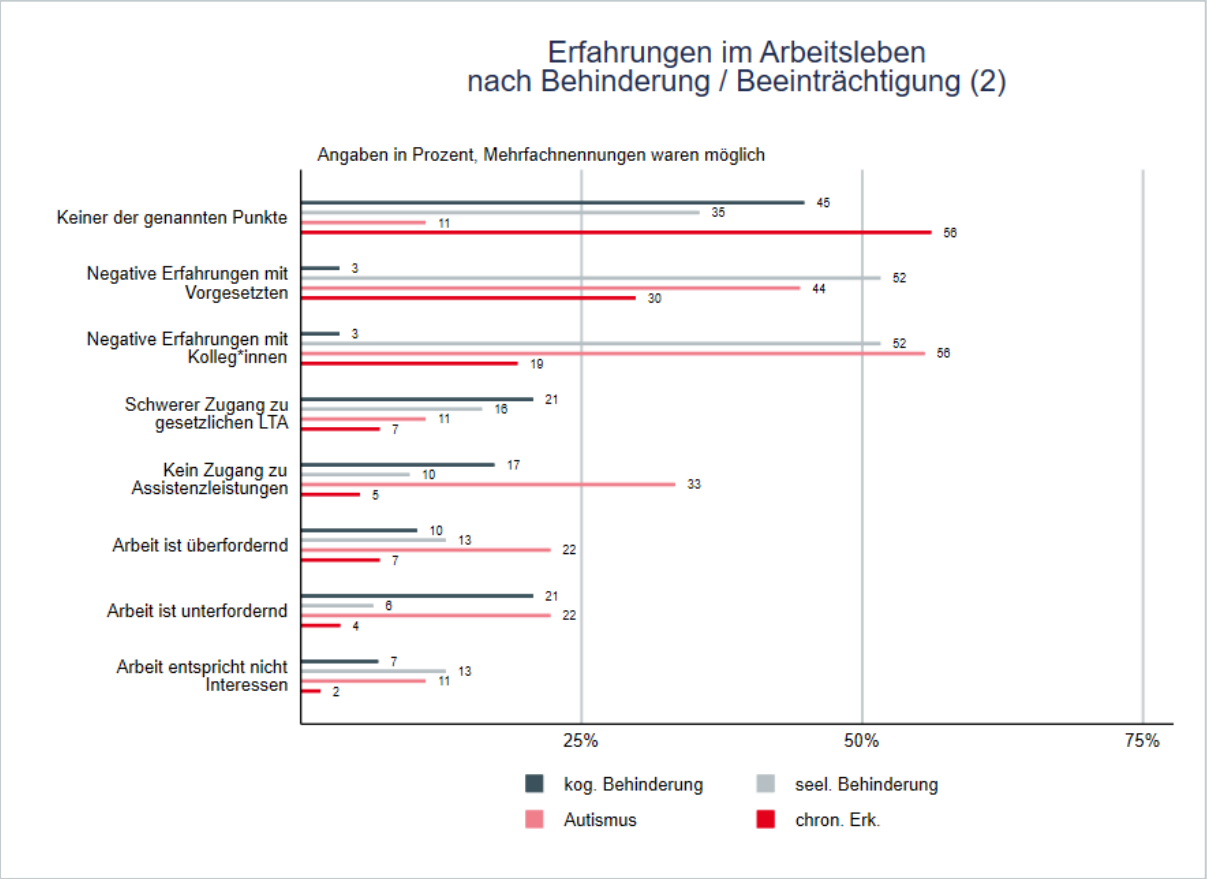

Abbildung 32

Zwei von drei Personen mit seelischer Behinderung / chronischer Erkrankung nannten ebenfalls vor allem soziale Probleme am Arbeitsplatz, sowie mit ca. 41 Prozent den erschwerten Zugang zu gesetzlichen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (Abbildung 33). Personen mit körperlicher/kognitiver Behinderung konnten zu etwa 55 Prozent keinen der Punkte bestätigen.

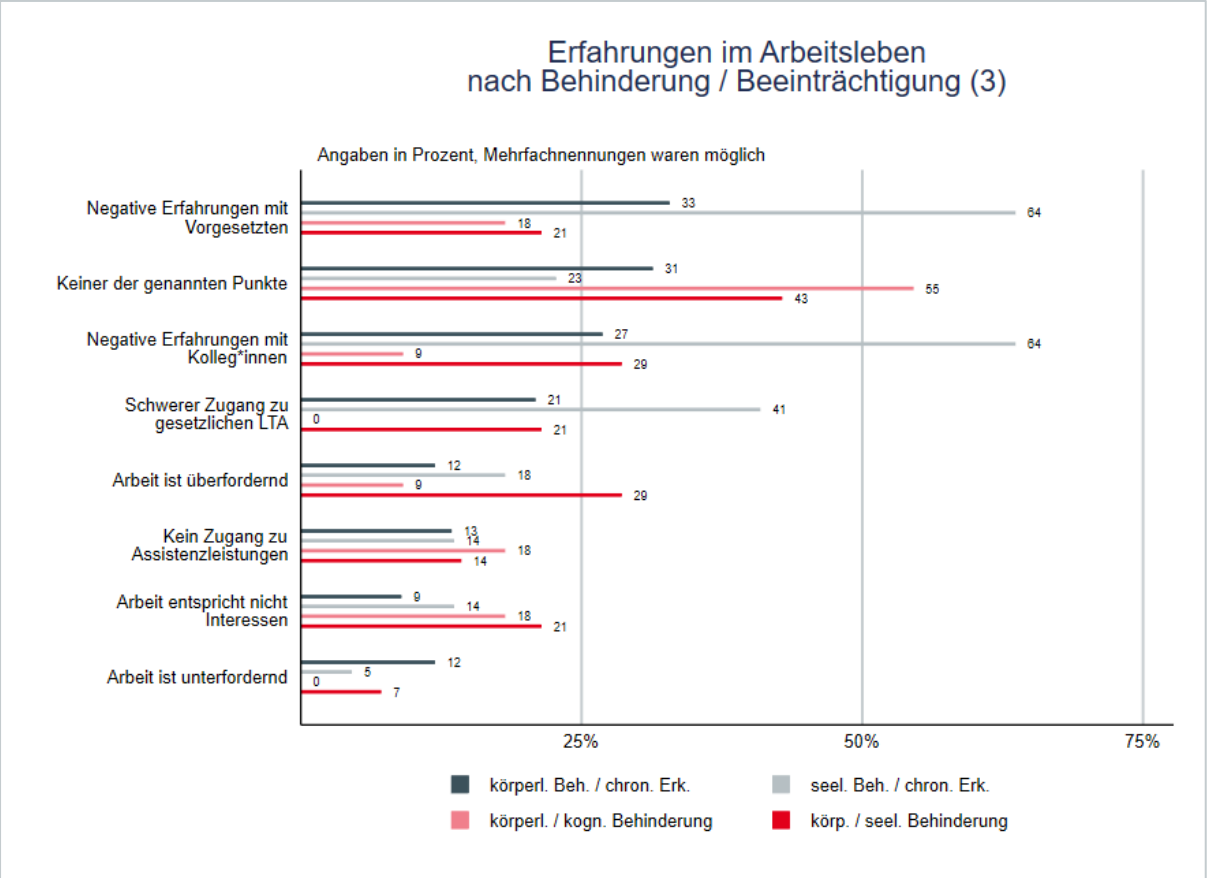

Abbildung 33

10 SPORT UND GESUNDHEIT

10.1 HÄUFIGKEIT SPORT

In etwa 38 Prozent der befragten Personen gibt an, mehr als einmal in der Woche Sport zu betreiben, ca. 27 Prozent tun dies ein bis vier Mal im Monat. Jede dritte Person betreibt hingegen selten (weniger als ein Mal im Monat) oder nie Sport.

TABELLE 18 Häufigkeit Sport

Wie häufig machen Sie Sport?	N	%
Häufig (mehr als einmal die Woche)	267	38
Gelegentlich (ein bis viermal im Monat)	192	27
Selten (weniger als einmal im Monat)	137	19
Nie	115	16
Gesamt	**711**	**100**

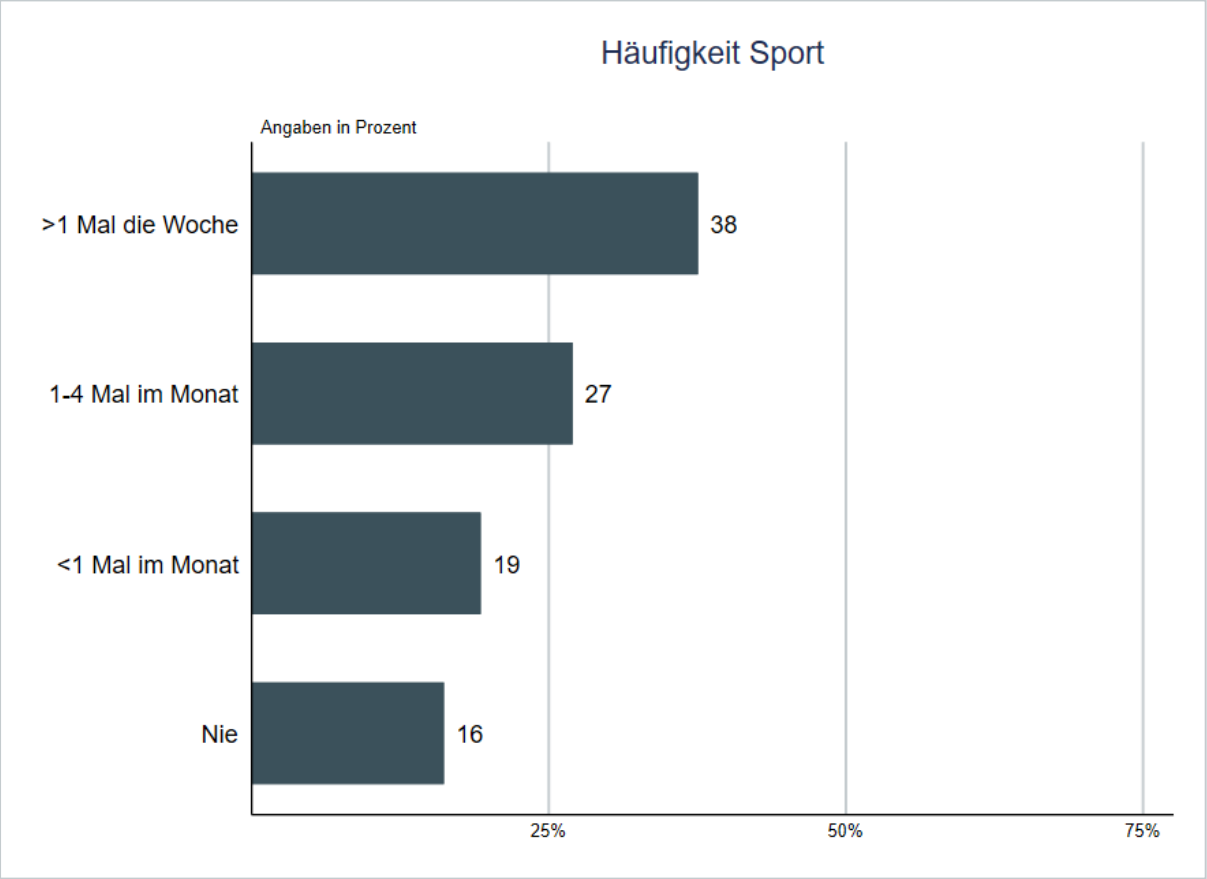

Abbildung 34

10.2 HÄUFIGKEIT SPORT NACH BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Abbildung 35 betrachtet die Häufigkeit von sportlichen Aktivitäten nach Behinderung/Beeinträchtigung. In etwa zwei von drei Personen mit einer Schwerstmehrfachbehinderung betreiben nie oder seltener als einmal im Monat Sport. Bei Personen mit Autismus liegt dieser Anteil bei etwa 61 Prozent, bei Personen mit körperlicher oder kognitiver Beeinträchtigung sowie Sehbehinderung bei um die 40 Prozent (Blinde bei ca. 34%). Gleichzeitig liegt der Anteil an sportlich sehr aktiven Personen bei Sehbehinderten bei ca. 41 Prozent und damit nur wenig hinter den Anteilen der Personen, die angaben, blind oder hörbehindert zu sein (ca. 46 bis 48% mehr als einmal die Woche).

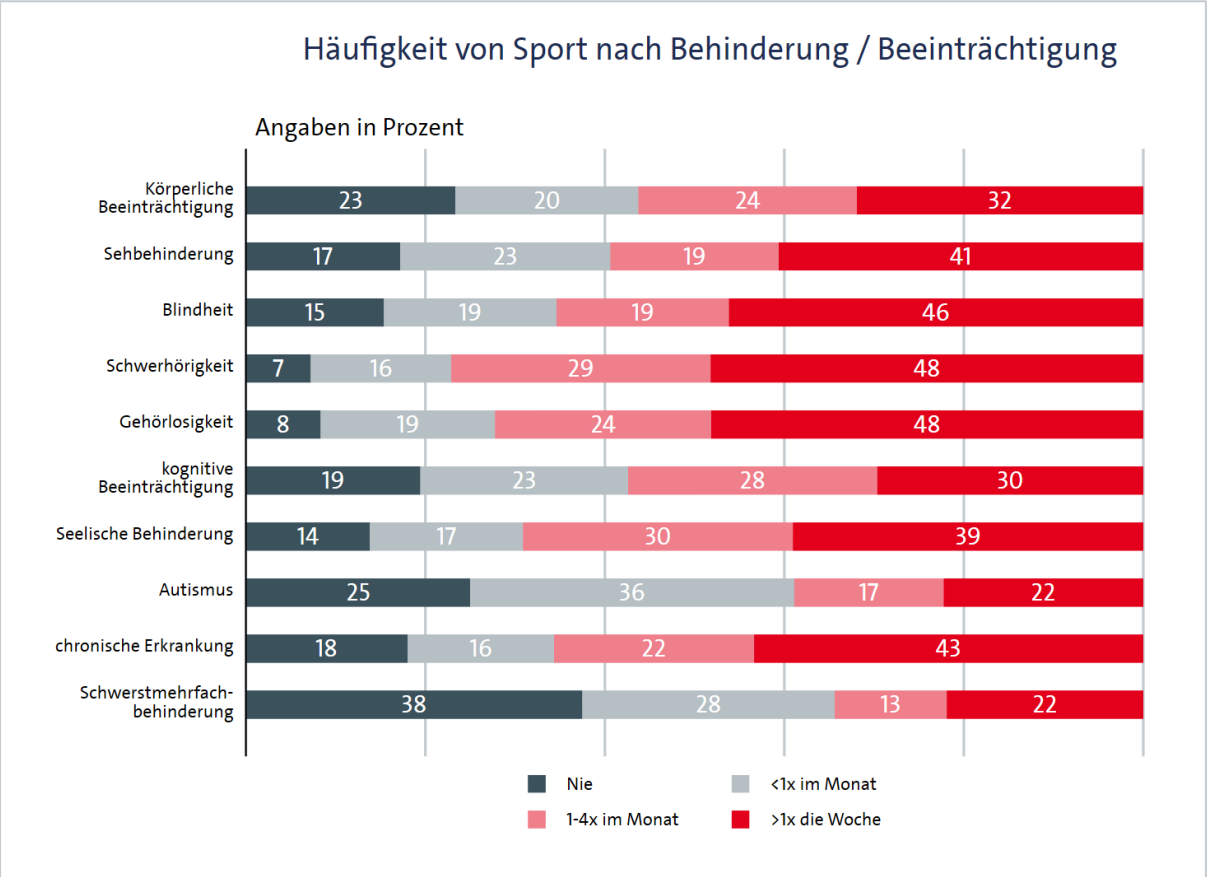

Abbildung 35

10.3 GRÜNDE FÜR KEINE ODER GERINGE SPORTLICHE BETÄTIGUNG

Personen, die angaben, selten oder nie Sport zu betreiben, wurden zusätzlich nach dem Hauptgrund für die geringe oder fehlende sportliche Betätigung befragt. In etwa 23 Prozent gaben an, dass Sport mit ihrer Behinderung/Beeinträchtigung nicht möglich sei. Bei ca. zehn Prozent fehle es im Umfeld an barrierefreien Angeboten, weitere zehn Prozent wünschen sich eine Person, die sie begleitet oder mit der sie zusammen Sport betreiben können. In etwa 16 Prozent interessieren sich hingegen nicht für Sport. 43 Personen (ca. 17%) nannten einen anderen, nicht aufgeführten Grund.

TABELLE 19 Gründe für keine oder geringe sportliche Betätigung

Was ist der **Hauptgrund** dafür, dass Sie nie oder selten Sport machen?	N	%
Ich interessiere mich nicht für Sport.	39	16
Ich habe keine Zeit.	21	8
Ich kann mir keine passenden Sportangebote leisten.	19	8
In meinem Umfeld gibt es keine barrierefreien Sportangebote.	25	10
Mir fehlen Informationen über barrierefreie Sportangebote in meinem Umfeld.	18	7
Ich weiß nicht, wie ich dorthin kommen soll (z.B. zum Sportplatz, Studio).	5	2
Ich habe niemanden, der mitkommt.	24	10
Anderer Grund	43	17
Mit meiner Behinderung/Beeinträchtigung kann ich keinen Sport machen.	57	23
Gesamt	**251**	**100**

Anmerkung: Diese Frage wurde ausschließlich Personen gestellt, die selten oder nie Sport betreiben (siehe 10.1).

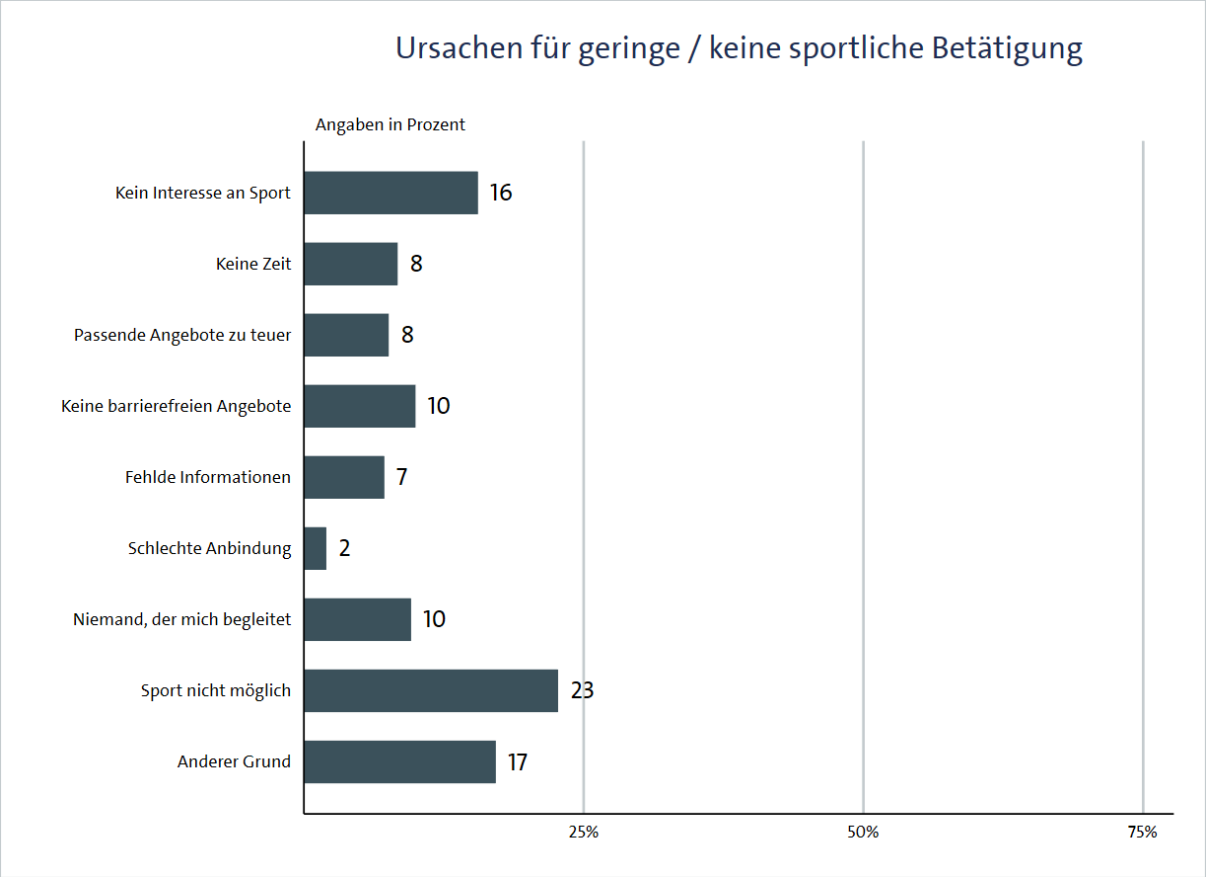

Abbildung 36

10.4 UMGANG MIT STRESS

Gefragt nach dem Zurechtkommen mit stressigen Situationen, gibt die Mehrheit der Befragten an, dass sie diese „*gut*“ oder „*eher gut*“ bewältigen können (ca. 57%). In etwa 33 Prozent kommen hingegen „*eher schlecht*“, ca. elf Prozent nur „*schlecht*“ mit stressigen Situationen zu recht.

TABELLE 20 Umgang mit stressigen Situationen

Wie gut gelingt es Ihnen, mit stressigen Situationen umzugehen?	N	%
Gut	125	18
Eher gut	280	39
Eher schlecht	232	33
Schlecht	76	11
Gesamt	**713**	**100**

Abbildung 37

10.5 UMGANG MIT STRESS NACH BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Menschen mit einer seelischen Behinderung sowie Menschen mit Autismus fällt es im Vergleich zu den anderen Untergruppen am schwersten, mit Stress umzugehen. Hier gaben in etwa nur fünf bzw. sechs Prozent an, Stress gut bewältigen zu können. Auch für Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung stellt Stress ein größeres Problem dar. Hier kommt nur etwa jede*r Zehnte gut mit Stress zurecht – ca. 30 Prozent hingegen nur sehr schlecht. Personen mit einer Hörbehinderung kommen im Vergleich zu anderen Gruppen eher gut mit stressigen Situationen zurecht. Hier gaben ca. 62 bzw. 70 Prozent an Situationen „*eher gut*“ oder „*gut*“ bewältigen zu können.

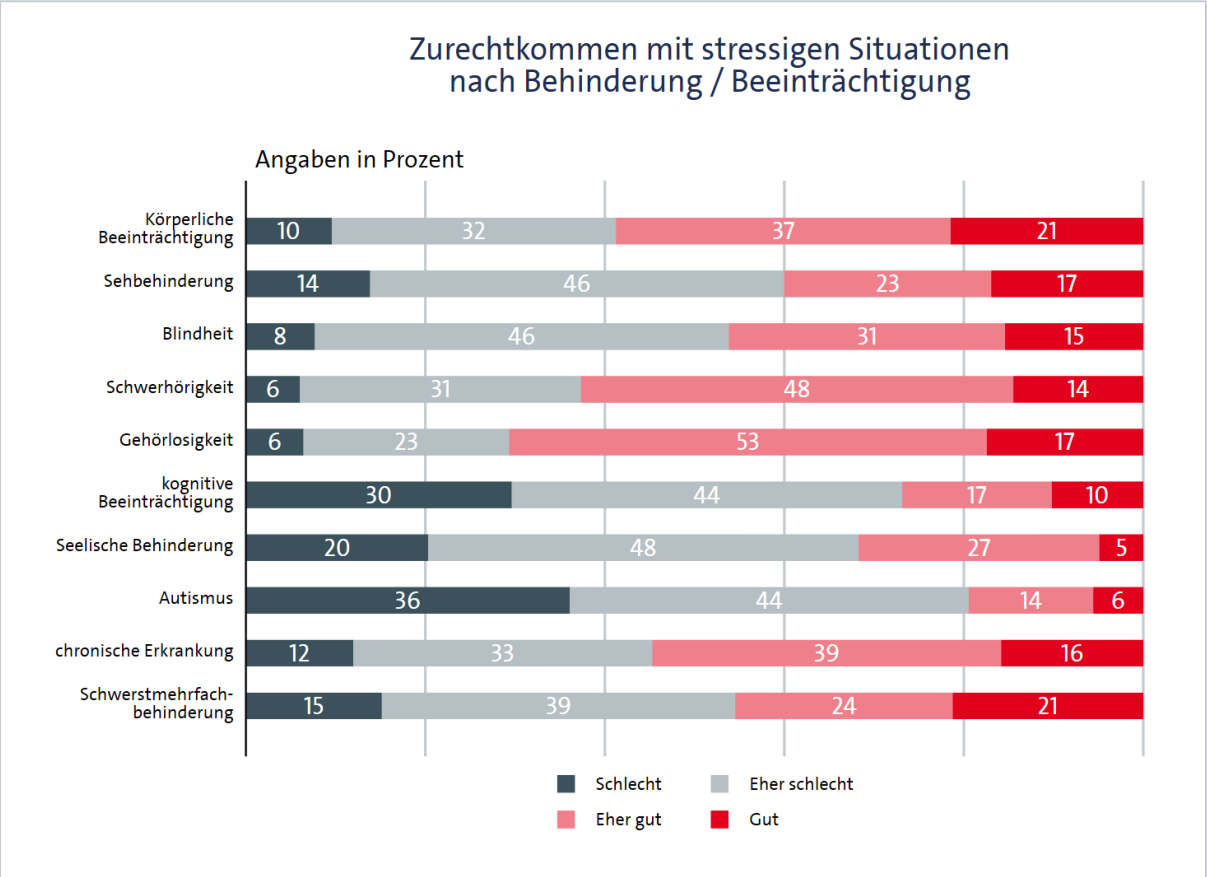

Abbildung 38

11 BARRIEREFREIHEIT IM ALLTAG

11.1 ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR

11.1.1 BARRIEREFREIHEIT IM ÖPNV

Über die Hälfte aller befragten Personen gibt an, sich in Hamburg bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs beeinträchtigt zu fühlen, ca. 22 Prozent davon in einem hohen Maße. Auf etwa 25 Prozent trifft dies „*eher nicht*“ sowie auf ca. 17 Prozent „*gar nicht*“ zu. 41 Personen (ca. 5%) konnten dies nicht beurteilen.

TABELLE 21 Barrierefreiheit im ÖPNV

Fühlen Sie sich aufgrund Ihrer Behinderung/ Beeinträchtigung beeinträchtigt, wenn Sie in Hamburg Busse und Bahnen nutzen möchten?	N	%
Ja, sehr	170	22
Eher ja	234	30
Eher nein	196	25
Nein, gar nicht	133	17
Kann ich nicht beurteilen.	41	5
Gesamt	**774**	**100**

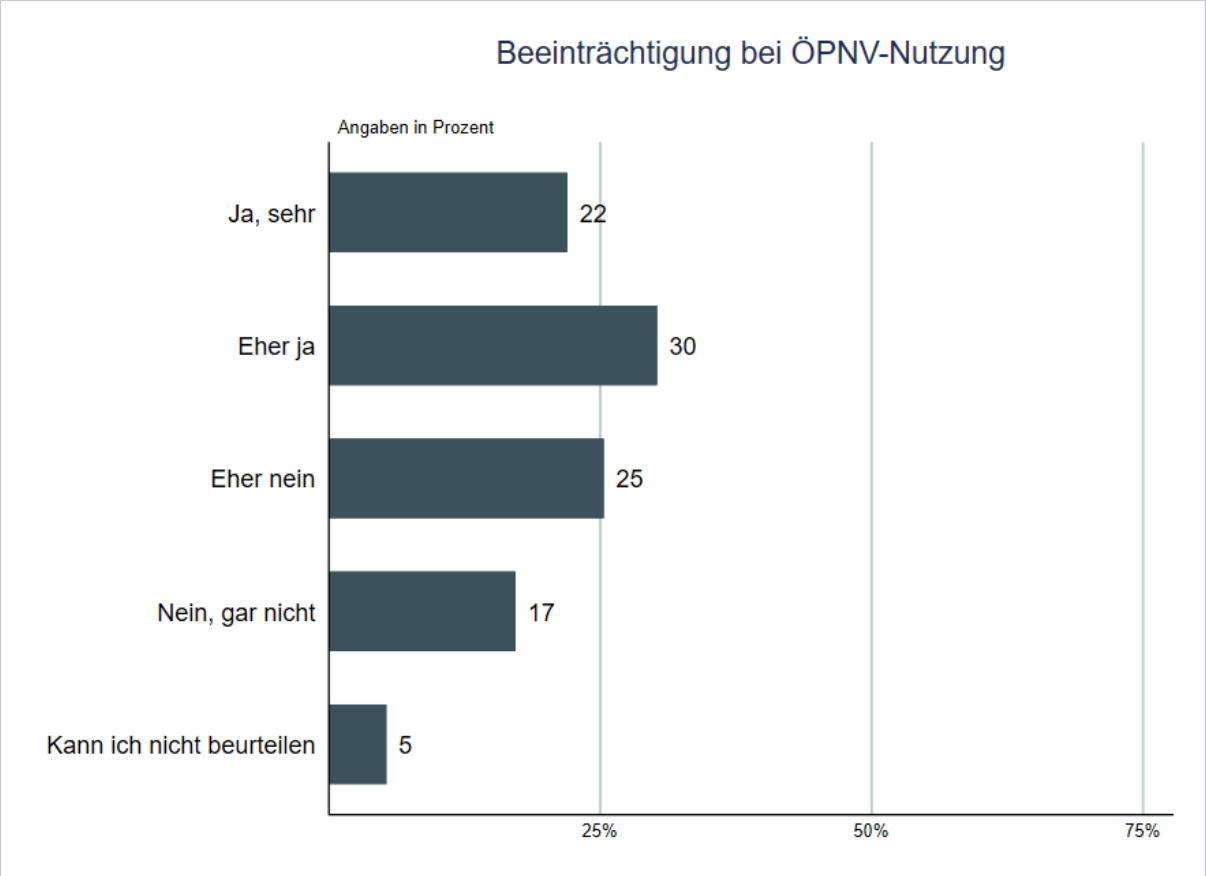

Abbildung 39

11.1.2 BARRIEREFREIHEIT IM ÖPNV NACH BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Unter blinden Personen ist der Anteil an Menschen, für die die Nutzung von Bussen und Bahnen „*eher*“ oder „*sehr*“ problematisch ist, mit ca. 85 Prozent am höchsten. Ein ebenfalls vergleichsweise hoher Anteil mit ca. 73% lässt sich bei Personen mit einer Schwerstmehrfachbehinderung bemessen. Jedoch haben auch alle übrigen Vergleichsgruppen gesamtheitlich betrachtet größere Probleme mit dem ÖPNV. So liegt der Anteil hier bei Menschen mit Hörbehinderung bei ca. 62 bzw. 60 Prozent, bei Menschen mit körperlicher Behinderung bei ca. 56 Prozent und bei Personen mit kognitiver Beeinträchtigung bei ca. 58 Prozent.

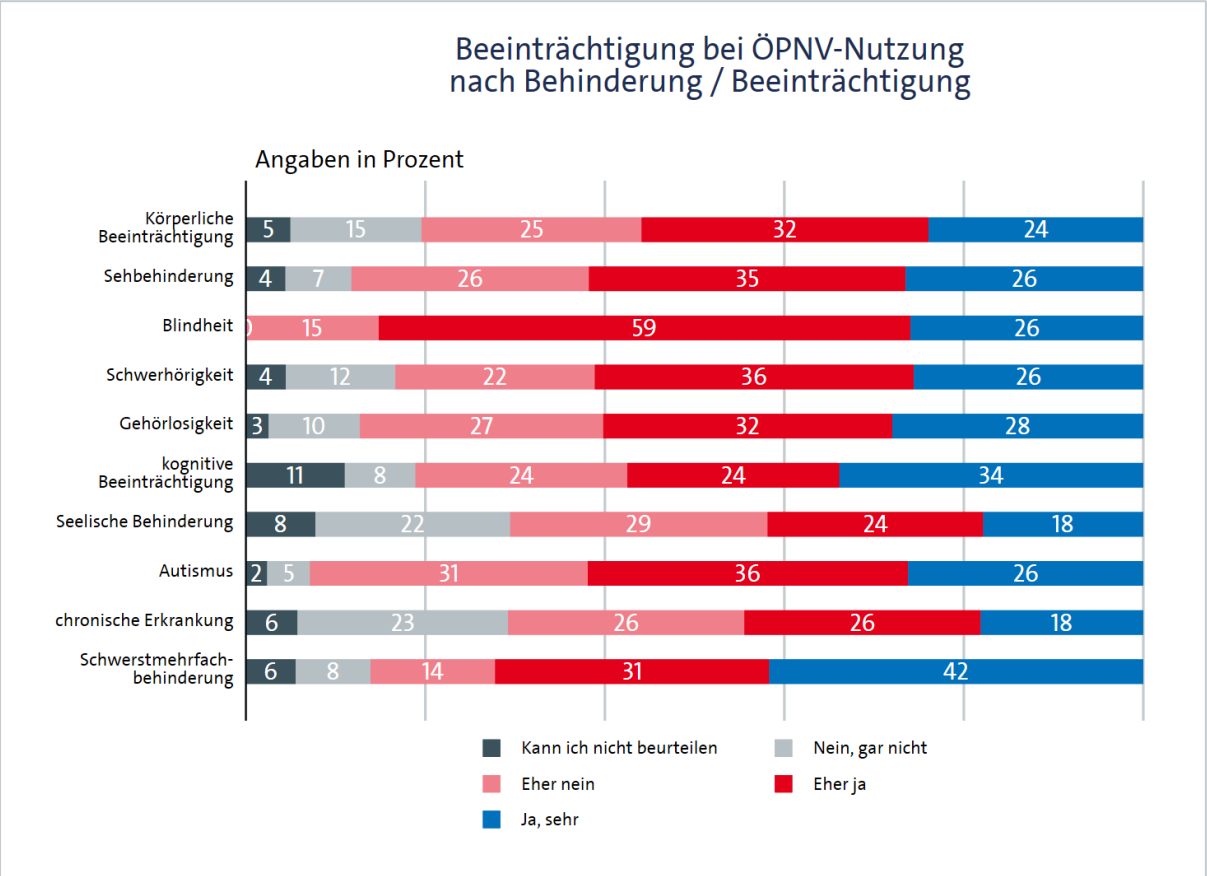

Abbildung 40

11.1.3 ÄNDERUNGSWÜNSCHE FÜR ÖPNV

In etwa jede zweite befragte Person wünscht sich für den ÖPNV in Hamburg bessere Orientierungsmöglichkeiten in Form von z.B. besser wahrnehmbaren Anzeigen oder Durchsagen sowie eine bessere Erreichbarkeit durch beispielsweise mehr Aufzüge oder bessere Wege. Ca. 44 Prozent nannten zudem bessere Informationsmöglichkeiten als wichtige Veränderung, in etwa 28 Prozent wünschen sich mehr Unterstützung durch das ÖPNV Personal. Mehr Sicherheit war für etwa jede*n Vierte*n ein relevantes Kriterium. Keinen Änderungsbedarf sahen hingegen nur 54 der befragten Personen (ca. 7%).

TABELLE 22 Änderungswünsche für den ÖPNV

Welche der folgenden Punkte würden Sie in Hamburg bei Bussen und Bahnen, an Haltestellen oder Bahnhöfen am liebsten verändern?	N	%
Bessere Orientierungsmöglichkeiten (z.B. durch besser wahrnehmbare Anzeigen und Durchsagen)	368	50
Bessere Erreichbarkeit (z.B. durch mehr Aufzüge, Rolltreppen oder ebene Wege)	353	48
Bessere Informationsmöglichkeiten (z.B. mithilfe von barrierefreien Informationsmöglichkeiten)	322	44
Mehr Unterstützung durch das Personal (z.B. von Busfahrer*innen)	206	28
Mehr Sicherheit (z.B. durch mehr Sicherheitspersonal oder mehr Notrufsäulen)	177	24
Sonstiges	145	20
Kein Änderungsbedarf	54	7
Gesamt	729	100

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich. Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten. Diese Frage wurde Personen nicht gestellt, wenn diese angaben, die Barrierefreiheit des ÖPNV nicht beurteilen zu können (siehe 11.1.1).

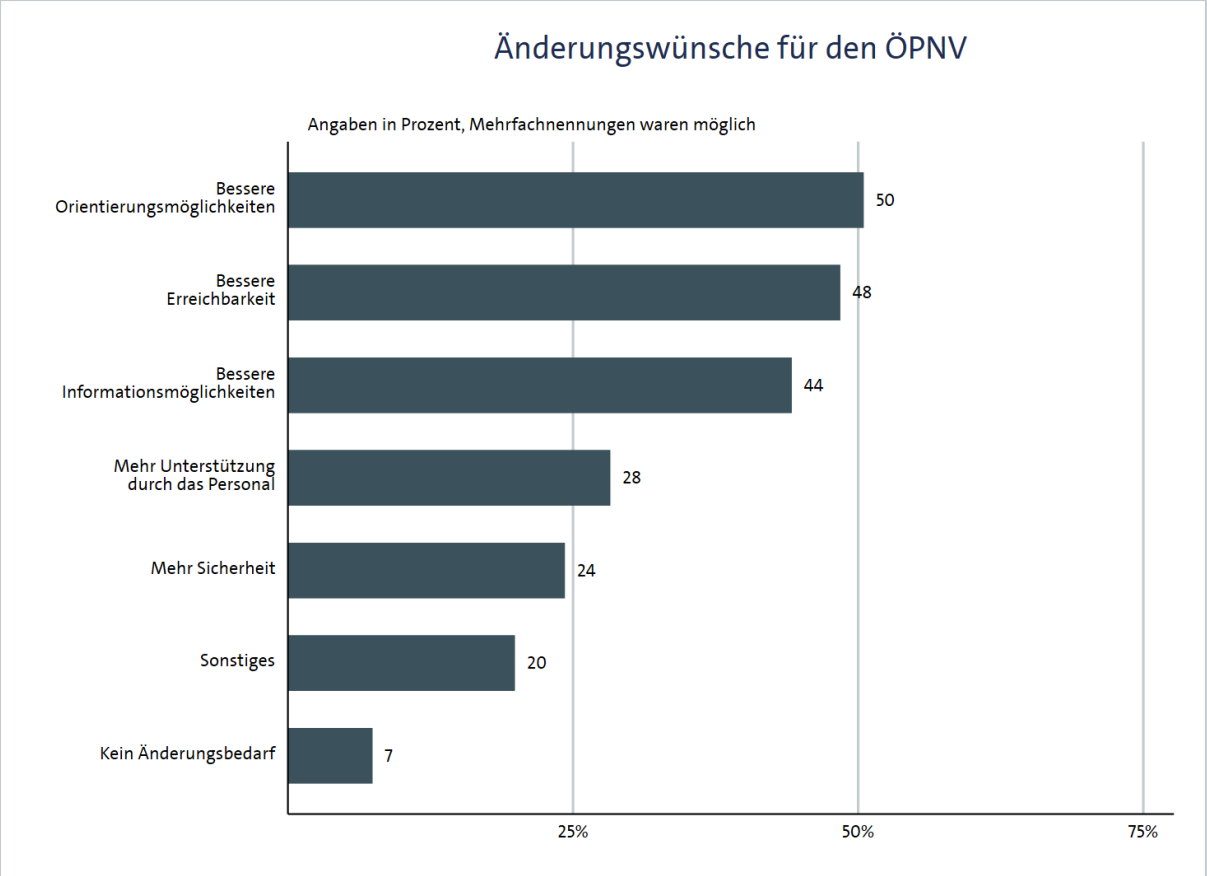

Abbildung 41

11.1.4 ÄNDERUNGSWÜNSCHE FÜR DEN ÖPNV NACH BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Abbildungen 42 bis 44 differenzieren die genannten Änderungswünsche für den öffentlichen Personennahverkehr nach Behinderung/Beeinträchtigung. Menschen mit Sehbehinderung wünschen sich in großer Mehrheit vor allem bessere Orientierungs- (ca. 91%) und Informationsmöglichkeiten (ca. 70%) (Abbildung 42). Auch mehr Unterstützung durch das Personal ist unter Sehbehinderten eine häufig genannte Antwort (ca. 43%). Für Befragte mit Hörbehinderung ist ebenfalls eine Verbesserung der Orientierung und eine Verbesserung des Informationsangebotes von hoher Relevanz (ca. 73% bzw. 76%), für Personen mit einer körperlichen Behinderung vor allem die bessere Erreichbarkeit der Stationen und Haltestellen (ca. 78%). Personen mit einer (schweren) Mehrfachbehinderung äußerten bei nahezu allen möglichen Antwortoptionen eine vergleichsweise hohe Zustimmung. So gaben in etwa 60 Prozent an, bessere Orientierungsmöglichkeiten zu benötigen, 51 Prozent bessere Informationsmöglichkeiten und 55 Prozent eine bessere Erreichbarkeit.

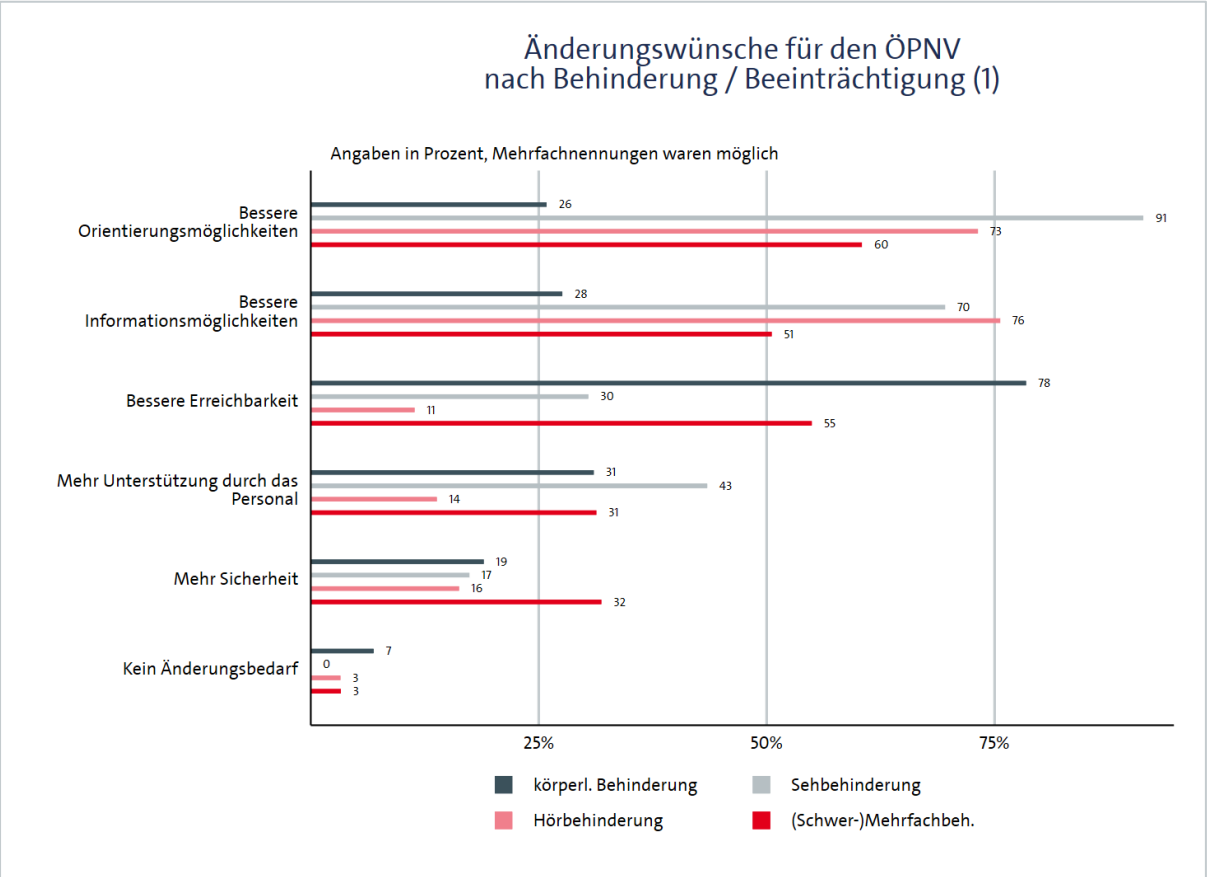

Abbildung 42

Personen mit einer kognitiven oder seelischen Beeinträchtigung wünschen sich vor allem bessere Orientierungsmöglichkeiten (56% bzw. 52%) (Abbildung 43). Dies gaben auch Personen mit chronischer Erkrankung mit ca. 40 Prozent vermehrt an. Für Letztere sind außerdem eine bessere Erreichbarkeit (ca. 53%) sowie mehr Sicherheit (ca. 40%) relevant.

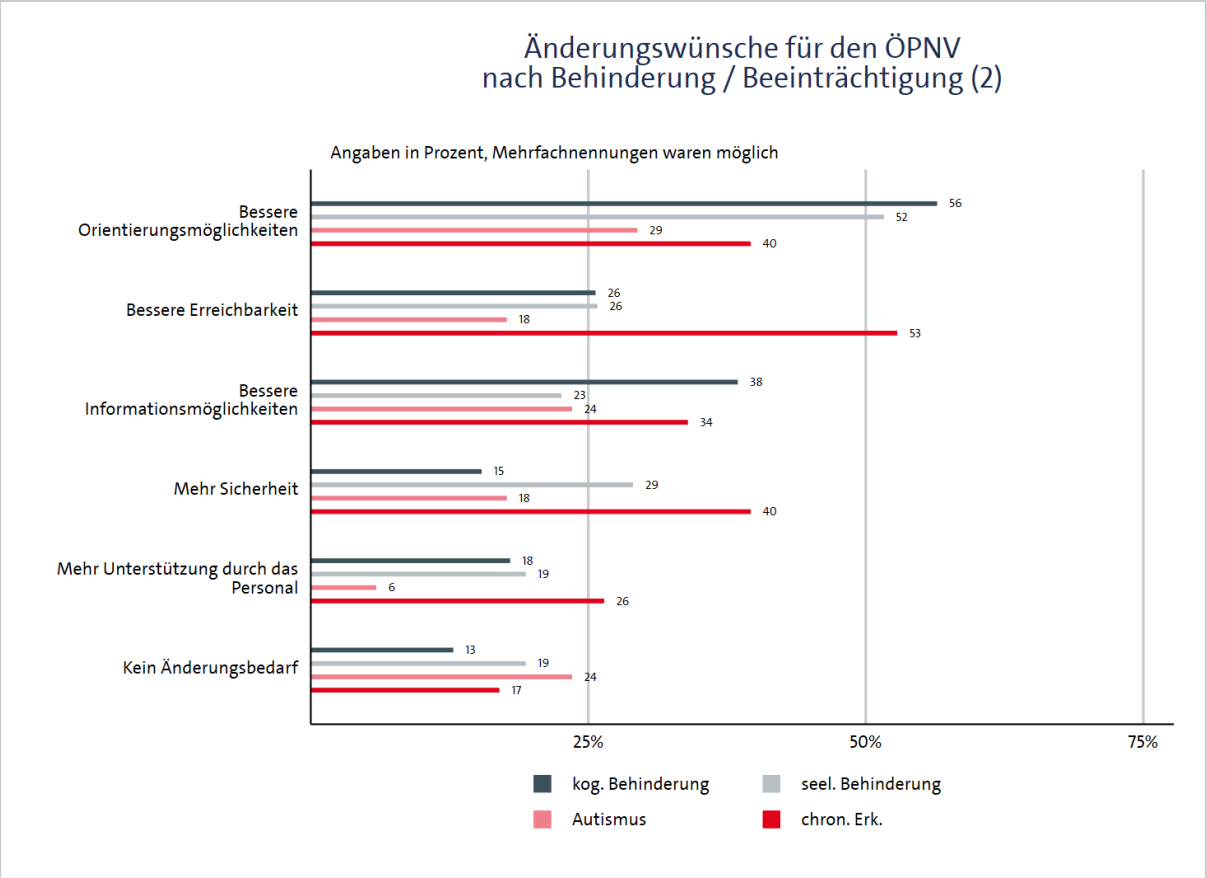

Abbildung 43

Abbildung 44 stellt die vier am häufigsten genannten Kombinationen gegenüber. Eine bessere Erreichbarkeit wünschen sich mit etwa 81 Prozent vor allem Personen mit einer körperlichen Behinderung / chronischen Erkrankung. Mit ca. 60 bzw. 73 Prozent ist dies ebenfalls für Menschen mit einer körperlichen und kognitiven bzw. körperlichen und seelischen Behinderung hoch relevant. Personen mit einer seelischen Beeinträchtigung / chronischen Erkrankung gaben bei der Frage vor allem eine bessere Orientierungsmöglichkeit an (ca. 55%).

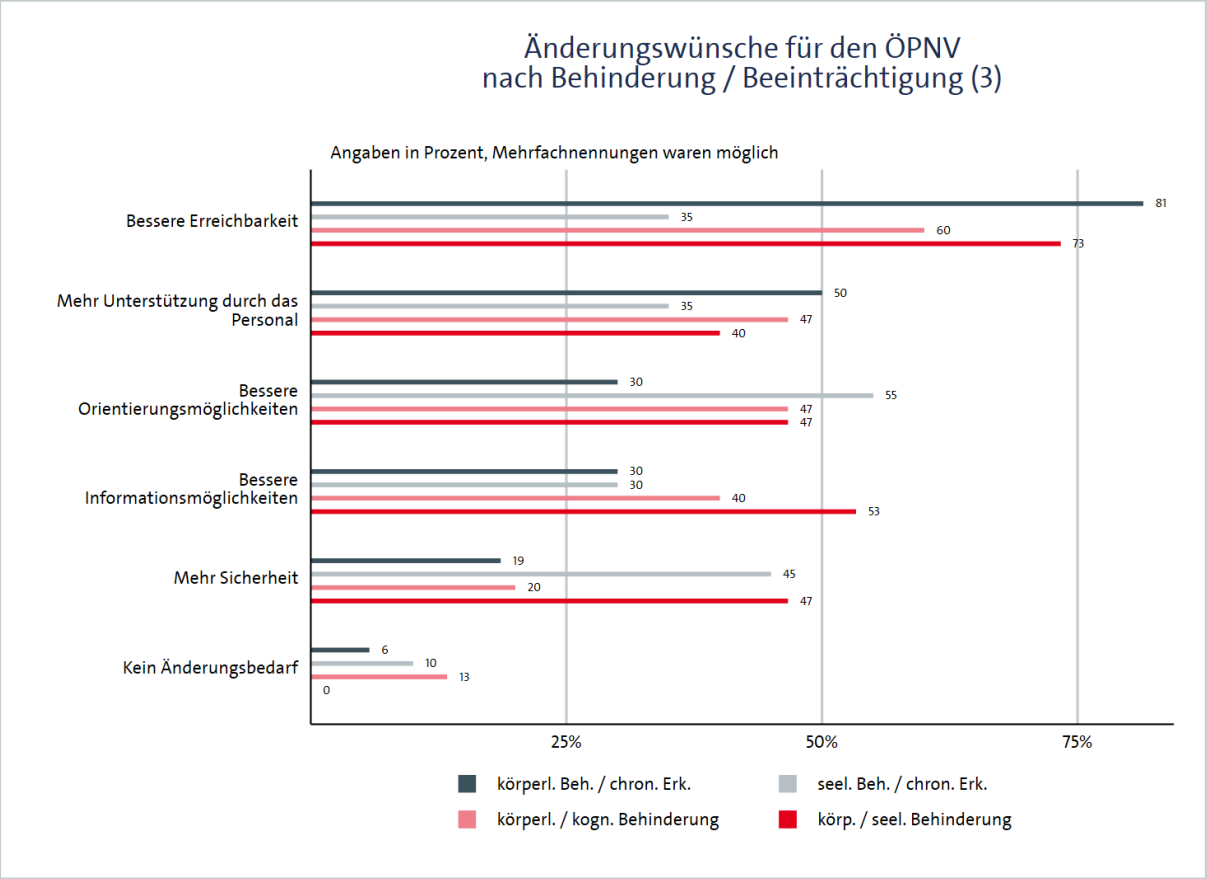

Abbildung 44

11.2 BARRIEREFREIHEIT IM ÖFFENTLICHEN BEREICH

Gefragt nach den drei Bereichen, in denen Hamburg den größten Nachholbedarf bei der Barrierefreiheit hat, nannten Befragte mit ca. 45 Prozent am häufigsten den öffentlichen Nahverkehr. Für etwa 41 Prozent ist die Kommunikation und Informationsgestaltung der öffentlichen Verwaltung relevant, für weitere ca. 36 Prozent die öffentliche Infrastruktur. In etwa jede vierte Person wünscht sich mehr Barrierefreiheit bei Kultureinrichtungen, ca. jede fünfte bei öffentlichen Toiletten, Gebäuden der öffentlichen Verwaltung sowie Geschäften oder Einkaufszentren.

TABELLE 23 Barrierefreiheit im öffentlichen Bereich

In welchem öffentlichen Bereich hat Hamburg aus Ihrer Sicht den größten Nachholbedarf bei der Barrierefreiheit?	N	%
Öffentlicher Nahverkehr (z.B. Busse, U-Bahn, S-Bahn)	316	45
Kommunikation und Information der öffentlichen Verwaltung (z.B. bezüglich Antragsverfahren oder Leistungssicherung)	289	41
Öffentliche Infrastruktur	255	36
Kultureinrichtungen (z.B. Museen, Theater, Kino)	183	26
Öffentliche Toiletten	159	22
Gebäude der öffentlichen Verwaltung (z.B. Ämter)	148	21
Geschäfte, Einkaufszentren und Passagen	126	18
Öffentliche Schwimmbäder	78	11
Parkplätze	62	9
Spiel- und Sportplätze	49	7
Sonstiges	37	5
Kein Änderungsbedarf	39	5
Gesamt	**710**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich (max. drei Angaben). Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten.

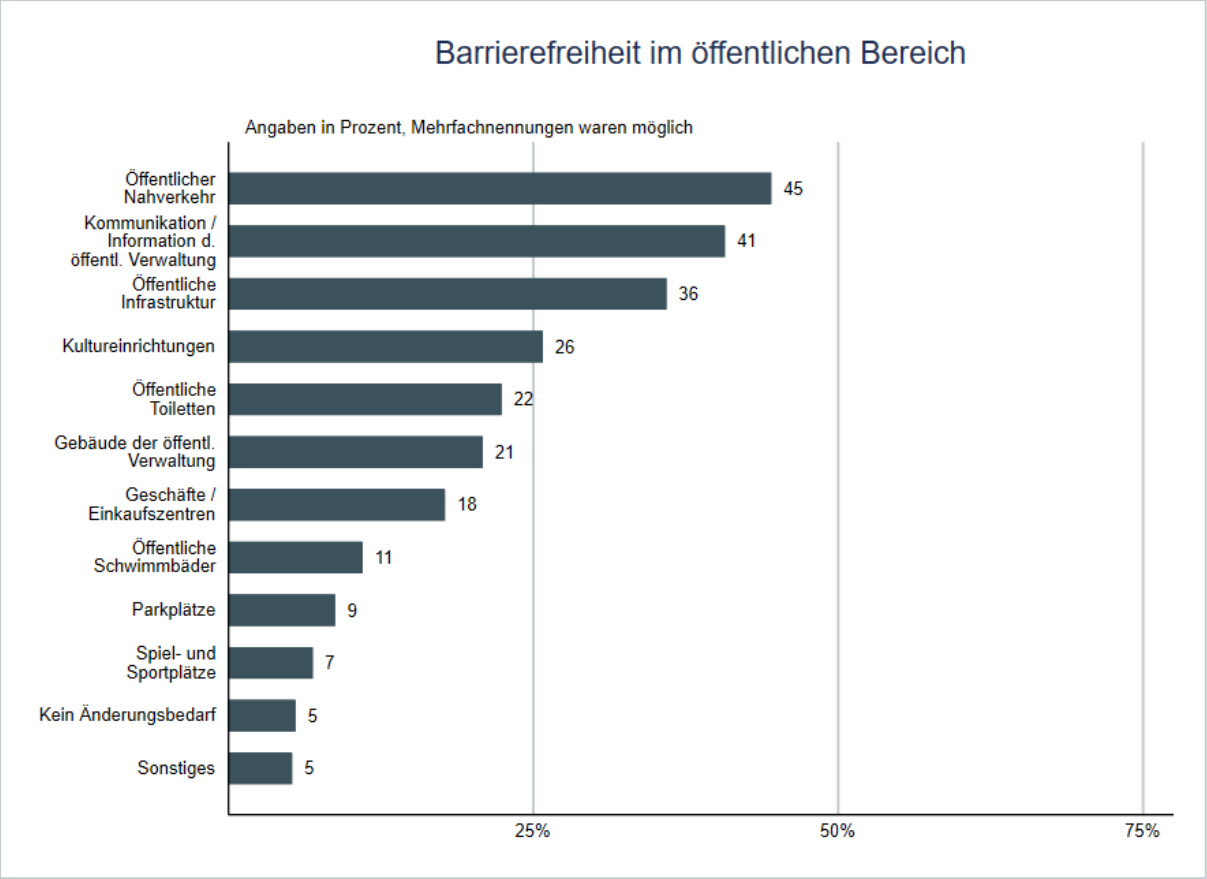

Abbildung 45

11.3 BARRIEREFREIHEIT IM ÖFFENTLICHEN BEREICH NACH BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Abbildung 46 bis 48 zeigen die genannten öffentlichen Bereiche mit dem höchsten Nachholbedarf bei der Barrierefreiheit in Hamburg differenziert nach Behinderung/Beeinträchtigung. Personen mit einer körperlichen Behinderung nannten hier vorrangig den öffentlichen Nahverkehr (ca. 47%) sowie die öffentliche Infrastruktur (ca. 45%) (Abbildung 46). Sehbehinderte Befragte nannten mit ca. 48 bzw. 64 Prozent ebenfalls häufig diese zwei Bereiche, jedoch ebenfalls vermehrt die Gebäude der öffentlichen Verwaltung (ca. 40%), sowie Geschäfte, Einkaufszentren und Passagen (ca. 36%). Für Menschen mit Hörbehinderung ist neben dem öffentlichen Nahverkehr (ca. 58%), vor allem die Kommunikation und Informationsgestaltung der öffentlichen Verwaltung problematisch (ca. 68%). Ebenfalls häufig nannten Hörbehinderte mit ca. 40 Prozent Kultureinrichtungen und mit ca. 35 Prozent Gebäude der öffentlichen Verwaltung. Für Personen mit einer (schweren) Mehrfachbehinderung gibt es vor allem in den Bereichen öffentlicher Nahverkehr (ca. 41%), Kommunikation der öffentlichen Verwaltung (ca. 44%) sowie in der öffentlichen Infrastruktur (ca. 40%) Nachholbedarf.

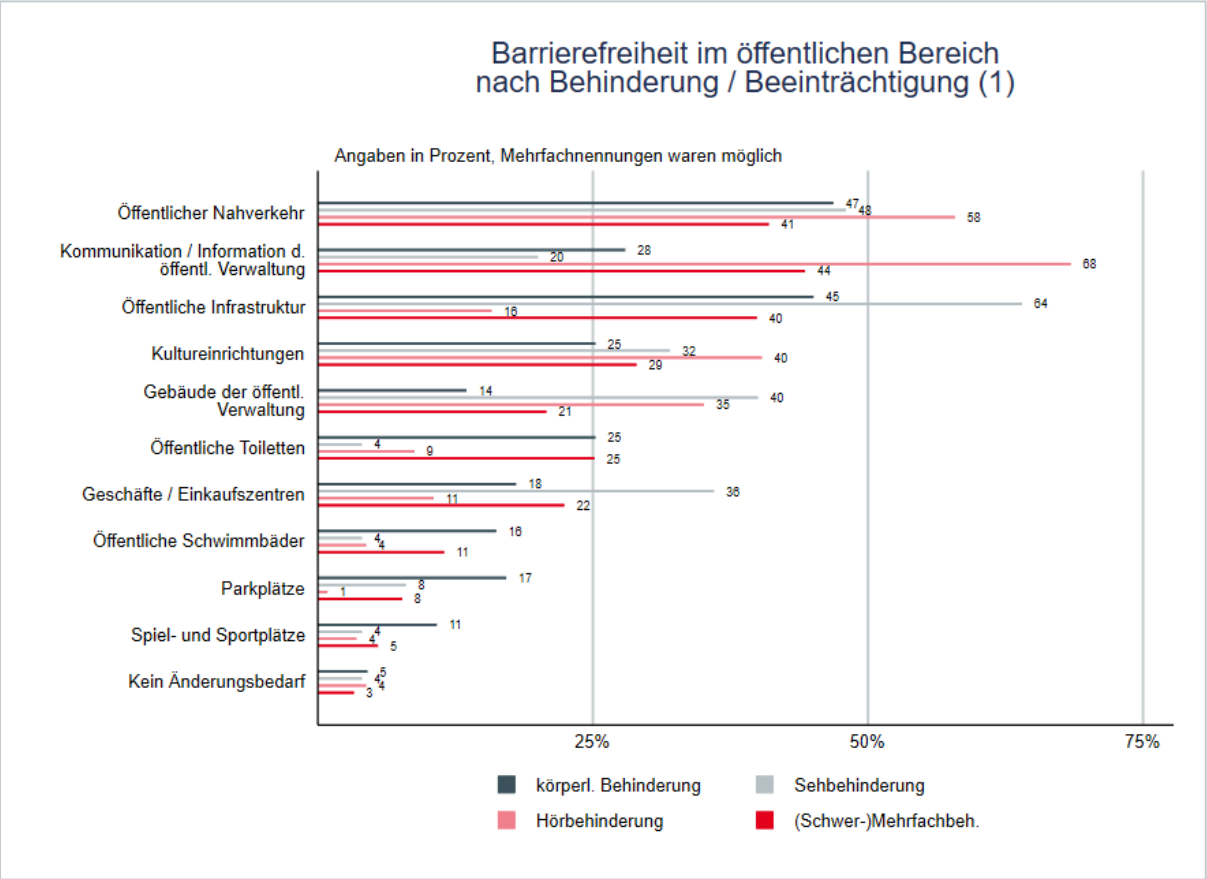

Abbildung 46

Die zweite Darstellung (Abbildung 47) zeigt, dass Personen mit einer kognitiven Behinderung mit ca. 49 Prozent ebenfalls sehr häufig die Bereiche *„öffentlicher Nahverkehr“* und mit ca. 46 Prozent *„Kommunikation und Information der öffentlichen Verwaltung“* nennen. Personen mit Autismus sehen neben dem öffentlichen Nahverkehr (ca. 50%) vor allem bei Kultureinrichtungen Nachholbedarf (ca. 36%).

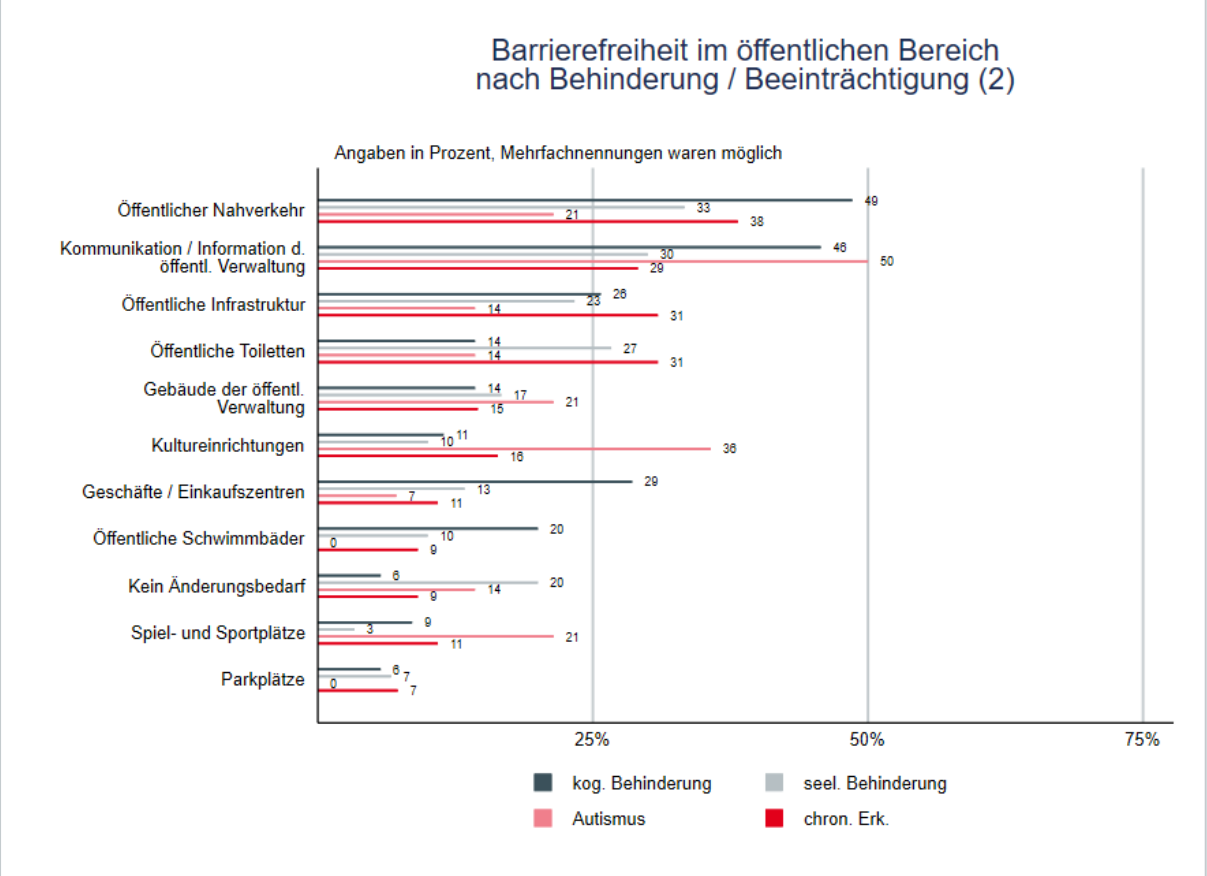

Abbildung 47

Die öffentliche Infrastruktur wird von Personen mit einer körperlichen Behinderung und einer chronischen Erkrankung sowie von Personen mit einer körperlichen Behinderung und einer kognitiven Behinderung mit ca. 52 bzw. 53 Prozent verhältnismäßig häufig genannt (Abbildung 48). Personen mit einer körperlichen und seelischen Behinderung nennen mit ca. 50 Prozent überproportional häufig den Bereich *„öffentliche Toiletten“*.

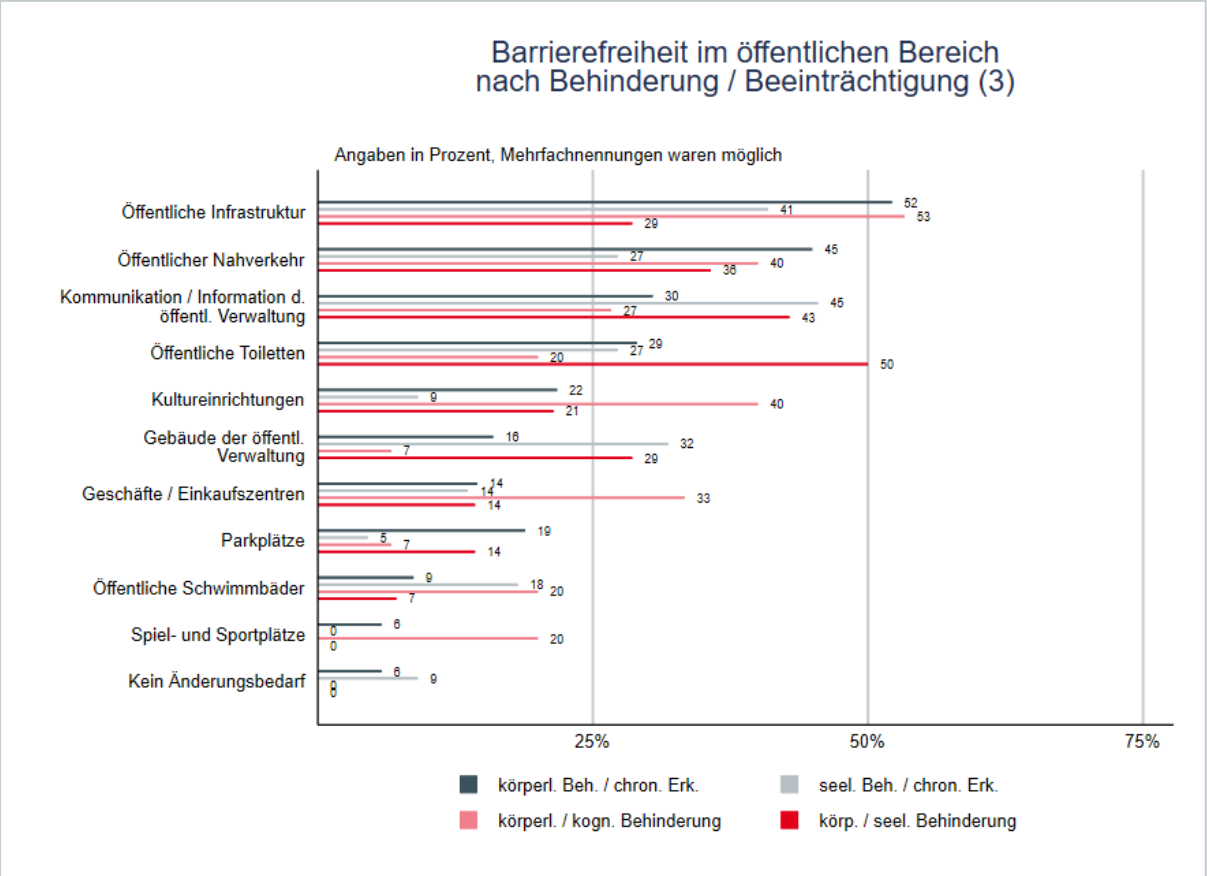

Abbildung 48

11.4 BARRIEREFREIHEIT IM FREIZEITBEREICH

Etwa 28 Prozent aller befragten Personen würde am ehesten an mehr Kultur- und Freizeitaktivitäten teilnehmen, wenn die Anzahl an barrierefreien Angeboten steigen würde. Für etwa 24 Prozent müssten die bestehenden und zukünftigen Angebote günstiger sein, weitere ca. 20 Prozent würden an mehr Angeboten teilnehmen, wenn sie eine Person hätten, die sie begleitet. Für etwa neun Prozent ist bei dieser Frage eine bessere Anbindung zu den Kultur- und Freizeitstätten notwendig. Ca. 14 Prozent wählten die Antwortoption „*Keines davon*".

TABELLE 24 Barrierefreiheit im Freizeitbereich

Welcher der folgenden Punkte würden Sie am ehesten dazu bringen an mehr Kultur- und Freizeitaktivitäten teilzunehmen?	N	%
Günstigere Kultur-, und Freizeitangebote	162	24
Mehr barrierefreie Kultur- und Freizeitangebote	193	28
Bessere Verkehrsanbindungen zu den Kultur- und Freizeitstätten	59	9
Ich hätte gerne jemanden, der mich begleitet (z.B. Freunde, Assistenzkraft).	137	20
Sonstiges	42	6
Keines davon	95	14
Gesamt	**688**	**100**

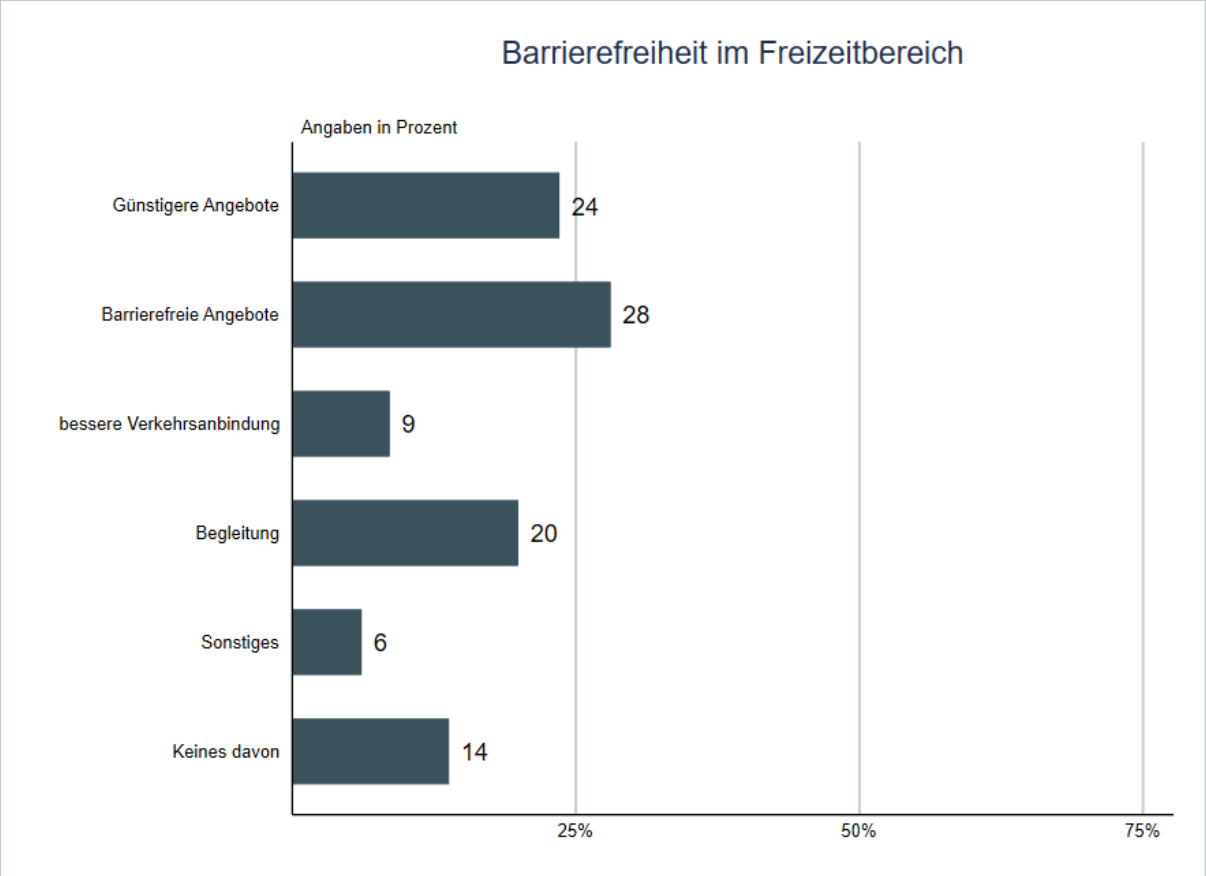

Abbildung 49

11.5 BARRIEREFREIHEIT IM FREIZEITBEREICH NACH BEHINDERUNG/ BEEINTRÄCHTIGUNG

Für Personen mit einer Hörbehinderung würde vor allem ein größeres Angebot an barrierefreien Veranstaltungen zu einer höheren Teilnahme an Kultur- und Freizeitveranstaltungen führen. Diese Antwortoption wählen ca. 45 Prozent der schwerhörigen und ca. 68 Prozent der gehörlosen Befragten. Für sehbehinderte Personen, Personen mit einer kognitiven Behinderung, Autismus oder Personen mit einer Schwerstmehrfachbehinderung würde vor allem die Begleitung durch eine weitere Person wie z.B. eine Assistenzkraft oder auch ein/eine Freund*in die Teilnahmebereitschaft erhöhen. Menschen mit einer seelischen Behinderung nannten verhältnismäßig oft, dass sie von günstigeren Angeboten profitieren würden (ca. 43%).

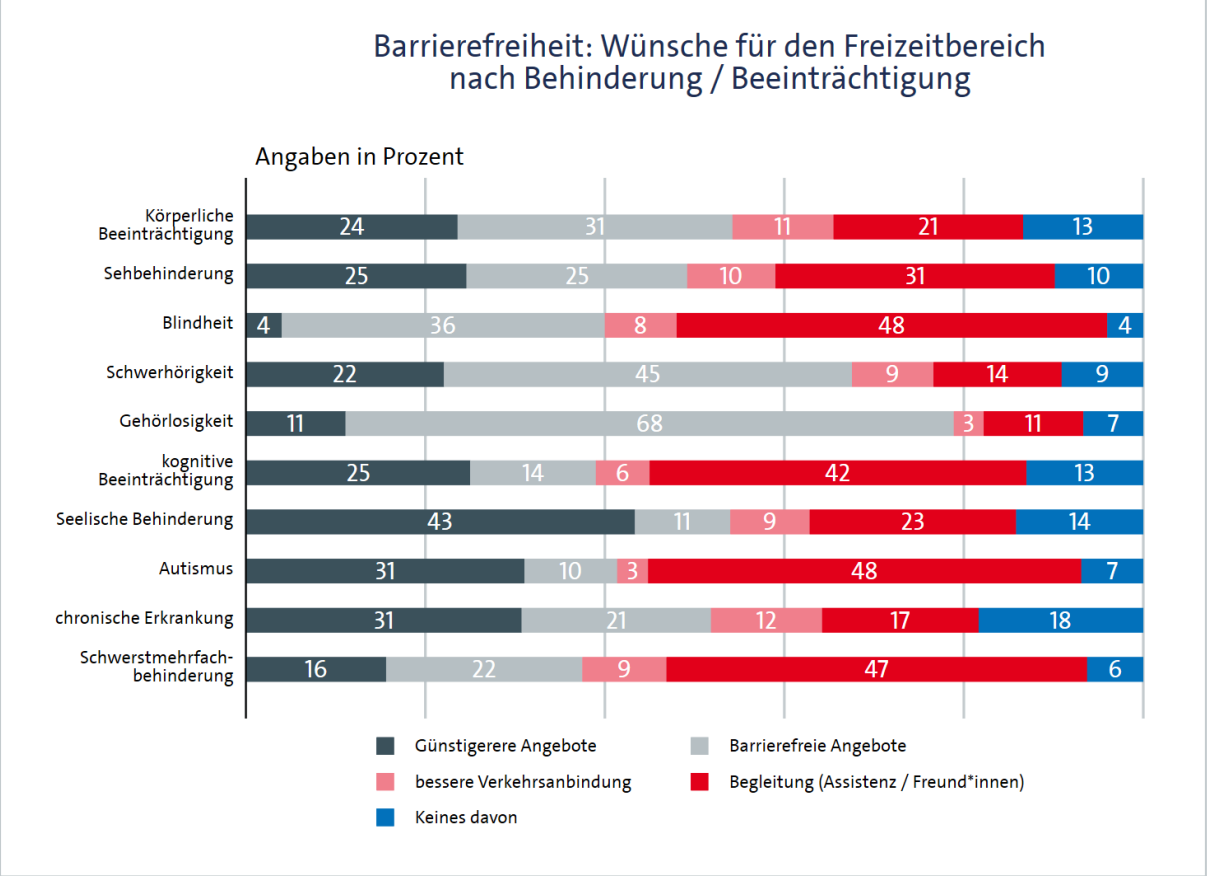

Abbildung 50

11.6 BARRIEREFREIHEIT IM GESUNDHEITSSYSTEM

In Bezug auf die drei Verbesserungen im Gesundheitssystem mit der größten Notwendigkeit nannten die Befragten zu etwa gleichen Teilen am häufigsten bürokratische Probleme. So fordert ca. jede*r Zweite einen schnelleren und unbürokratischeren Zugang zu geeigneten Hilfen und Leistungen sowie eine schnellere und unbürokratischere Übernahme der Kosten. Ca. 41 Prozent wünschen sich mehr Fachwissen über Behinderungen beim medizinischen Personal, etwa 37 Prozent mehr Kommunikation auf Augenhöhe. Ca. 30 Prozent nannten eine barrierefreie Gestaltung von Arztpraxen als wichtige notwendige Veränderung, in etwa jede*r Vierte eine adressatengerechtere Kommunikation des medizinischen Personals. Nur 25 Personen (ca. 4%) sahen hingegen kein Änderungsbedarf.

TABELLE 25 Barrierefreiheit im Gesundheitssystem

Welche der folgenden Punkte würden Sie am liebsten am Gesundheits- und Pflegesystem ändern?	N	%
Der Zugang zu geeigneten Hilfen und Gesundheitsangeboten soll schneller und unbürokratischer sein.	367	51
Kosten für passgenaue Hilfsmittel sollen schneller und unbürokratischer übernommen werden.	362	51
Ärzt*innen und medizinisches/pflegerisches Personal sollen mehr Fachwissen über Behinderungen haben.	291	41
Ärzt*innen und medizinisches/pflegerisches Personal sollen Menschen mit Behinderung mehr auf Augenhöhe begegnen.	267	37
Arztpraxen sollen so gebaut und ausgestattet sein, dass ich das Haus und alle Räume gut erreichen und mich in ihnen bewegen kann.	214	30
Ärzt*innen und medizinisches/pflegerisches Personal sollen Menschen mit Behinderung Dinge so erklären, dass sie leicht zu verstehen sind.	179	25
Sonstiges	55	8
Kein Änderungsbedarf	25	4
Gesamt	**714**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich (max. drei Nennungen). Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten.

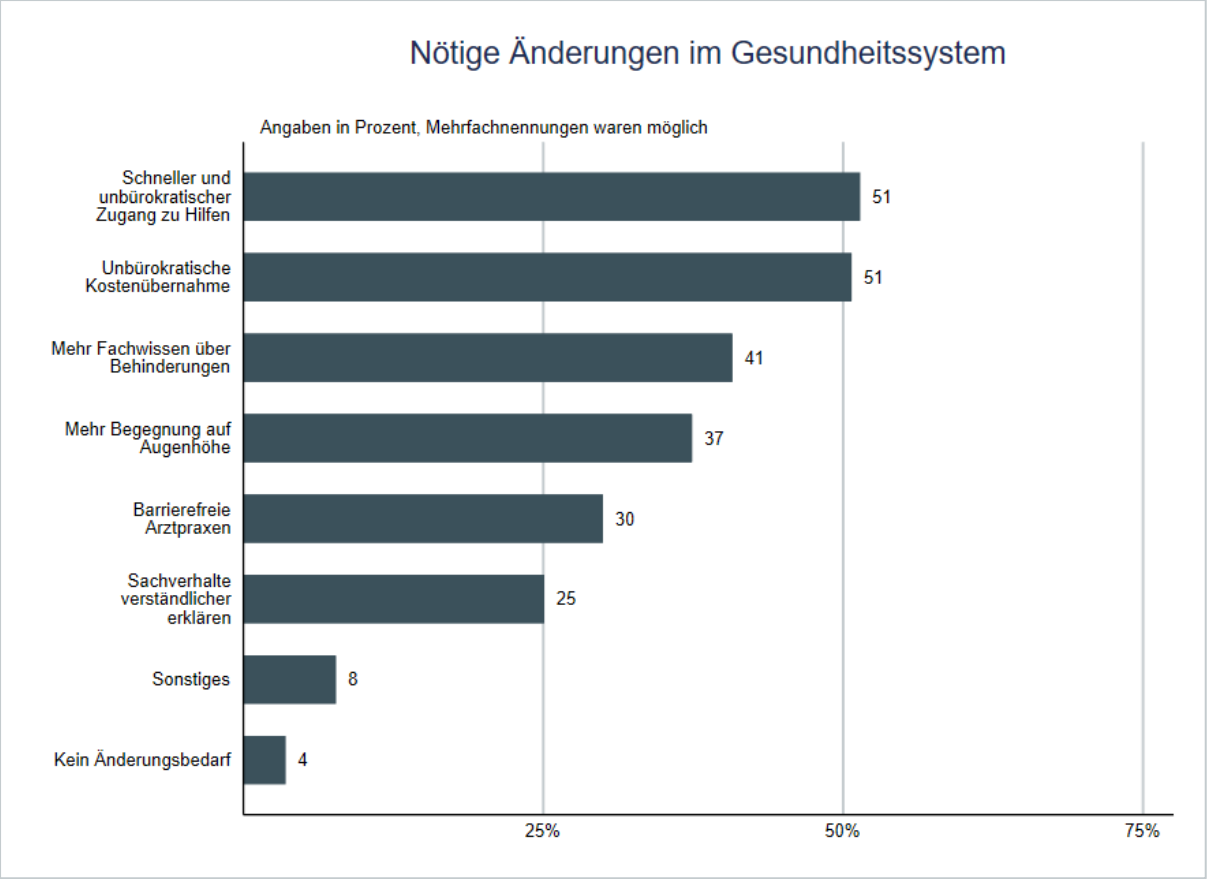

Abbildung 51

11.7 BARRIEREFREIHEIT IM GESUNDHEITSSYSTEM NACH ALTERSGRUPPE

Beim Vergleich der Altersgruppen lassen sich bei einigen Antworten Unterschiede feststellen. So fordern jüngere Teilnehmende in einer etwas höherer Häufigkeit einen schnelleren und unbürokratischeren Zugang zu Hilfen (ca. 63%) sowie deren Kostenübernahme (ca. 59%). Aber auch bei den anderen Altersgruppen erhalten diese Punkte hohe Zustimmungswerte. Die beiden jüngeren Altersgruppen *„18 Jahre und jünger“* sowie *„19 bis 39 Jahre“* wünschen sich mit ca. 48 bzw. 52 Prozent häufiger mehr Fachwissen über Behinderungen auf Seiten des medizinischen Personals als die zwei älteren Altersgruppen (ca. 32% bzw. 40%). Der Wunsch nach barrierefreien Arztpraxen nimmt hingegen mit steigendem Alter zu. So war dies für nur ca. 19 Prozent der unter 18-Jährigen von größerer Relevanz, jedoch für ca. 36 Prozent der über 60-Jährigen.

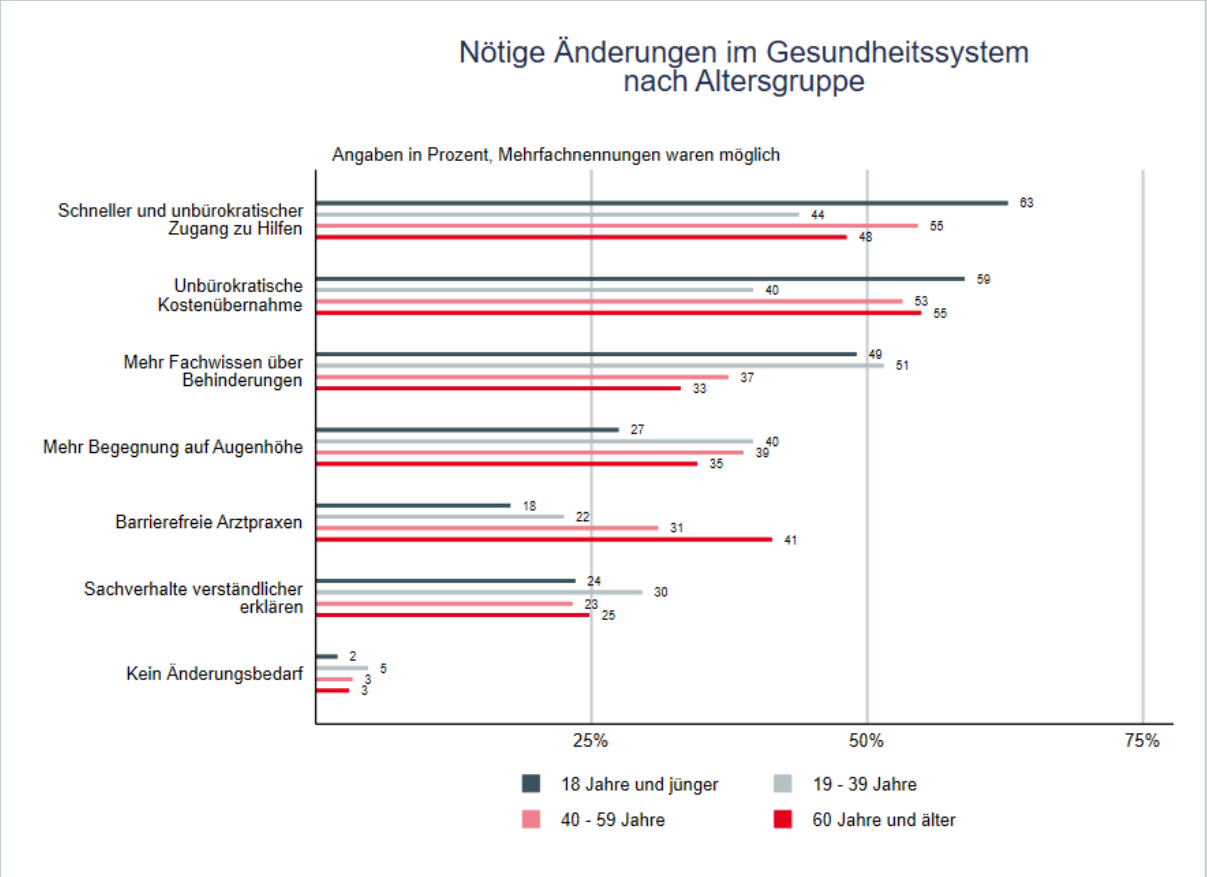

Abbildung 52

11.8 BARRIEREFREIHEIT IM GESUNDHEITSSYSTEM NACH HÖCHSTEM BILDUNGSABSCHLUSS

Abbildung 53 vergleicht die Wünsche nach Veränderungen im Gesundheitssystem nach höchstem Bildungsabschluss bzw. Schüler*innenstatus. Den Ergebnissen des Vergleiches nach Altersgruppen folgend (siehe 11.7), wünschen sich vor allem Schüler*innen einen schnelleren und unbürokratischeren Zugang zu Hilfen sowie eine unbürokratischere Kostenübernahme (ca. 63 bzw. 60%). Diese Forderung wird ebenfalls von den übrigen drei Untergruppen unterstützt, wobei jedoch auffällt, dass Personen mit maximal Hauptschulabschluss dies vergleichsweise seltener tun. Demgegenüber fordert diese Gruppe häufiger eine Begegnung auf Augenhöhe (ca. 45%), mehr Fachwissen über Behinderungen beim medizinischen Personal (ca. 52%), sowie eine adressatengerechtere Kommunikation (ca. 51%).

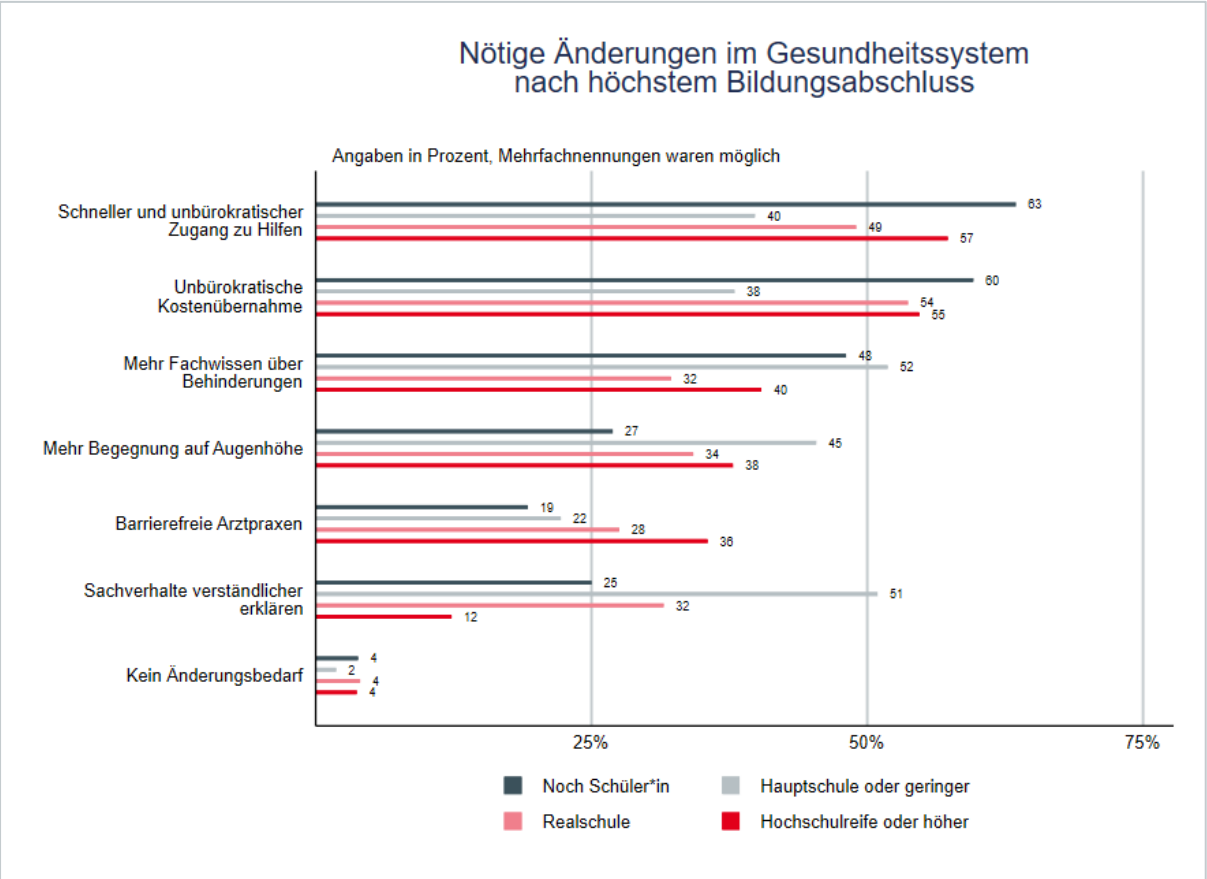

Abbildung 53

11.9 BARRIEREFREIHEIT IM GESUNDHEITSSYSTEM NACH BEHINDERUNG/ BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Abbildungen 54 bis 56 vergleichen die Wünsche nach Veränderungen im Gesundheitssystem zwischen den definierten Gruppen von Behinderungen/Beeinträchtigungen. In Abbildung 54 wird deutlich, dass sich die hier aufgeführten Untergruppen in einem ähnlichen Maße eine unbürokratischere Kostenübernahme wünschen (ca. 54% bis 60%). Ein schnellerer und unbürokratischerer Zugang zu Hilfen wird von Personen mit einer körperlichen Behinderung sowie Personen mit einer (schweren) Mehrfachbehinderung im Vergleich zu Personen mit einer Seh- oder Hörbehinderung etwas häufiger genannt (ca. 51 bzw. 54% gegenüber ca. 38% bzw. 40%). Hörbehinderte wünschen sich überproportional häufig mehr Begegnung auf Augenhöhe (ca. 55%), sowie eine verständlichere Erklärung von Sachverhalten (ca. 41%). Barrierefreie Arztpraxen wurden häufig von Personen mit körperlicher Behinderung (ca. 53%), sowie von sehbehinderten Befragten genannt (ca. 44%).

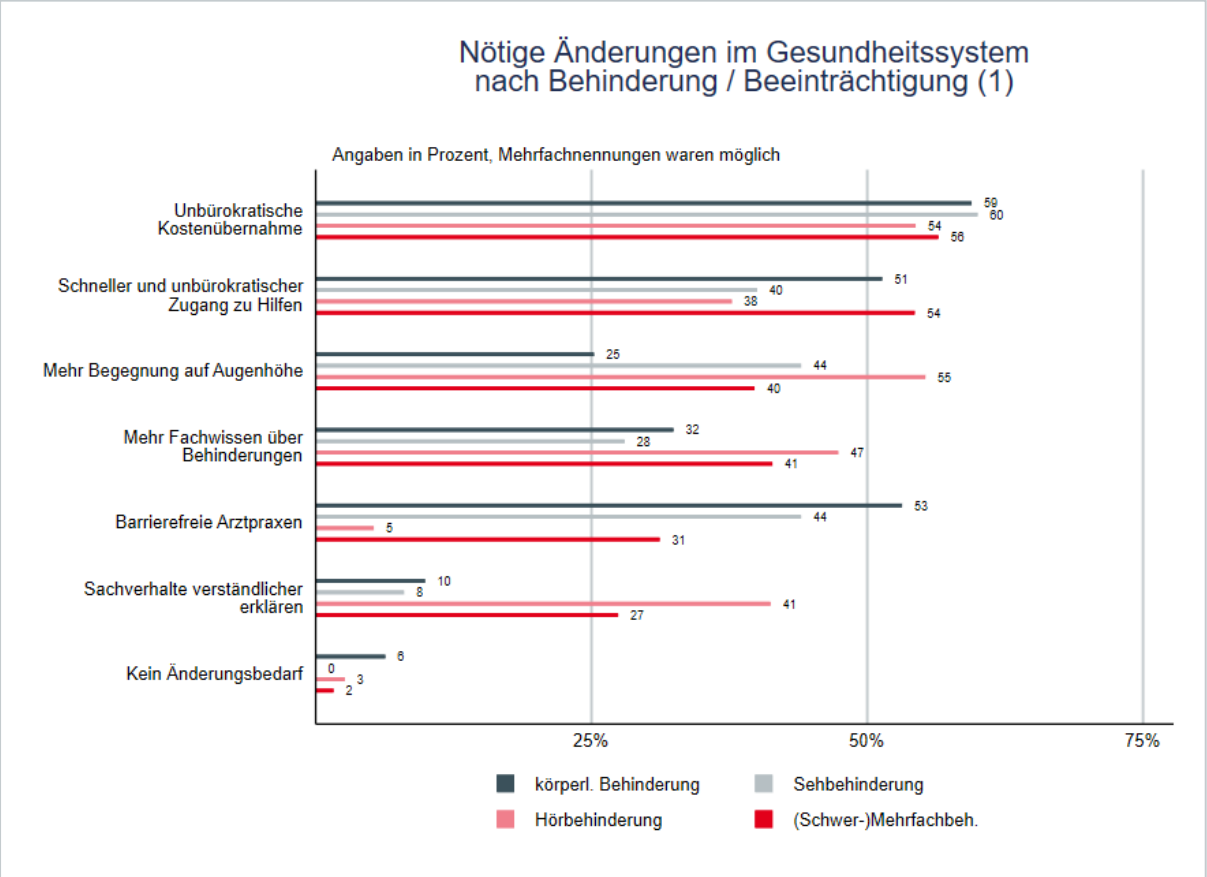

Abbildung 54

Menschen mit einer kognitiven Behinderung nannten verhältnismäßig häufig den Wunsch nach mehr Fachwissen über Behinderungen auf Seiten des medizinischen Personals (ca. 69%), mehr Begegnung auf Augenhöhe (ca. 54%) sowie eine adressatengerechtere Kommunikation (ca. 69%) (Abbildung 55). Befragte mit einer seelischen Behinderung fordern vor allem schnellere und unbürokratischere Hilfen (ca. 68%), gefolgt von mehr Fachwissen und mehr Begegnung auf Augenhöhe (ca. 42% bzw. 45%). Für Menschen mit Autismus ist vor allem der schnellere und unbürokratischere Zugang (ca. 68%), sowie mehr Fachwissen über Behinderungen (ca. 57%) relevant. Letzteres nannten zu etwa 42 Prozent ebenfalls chronisch kranke Befragte. Für diese Untergruppe ist neben der unbürokratischen Kostenübernahme (ca. 44%) der schnelle Zugang zu Hilfen eine wichtige und notwendige Veränderung im Gesundheitssystem (ca. 60%).

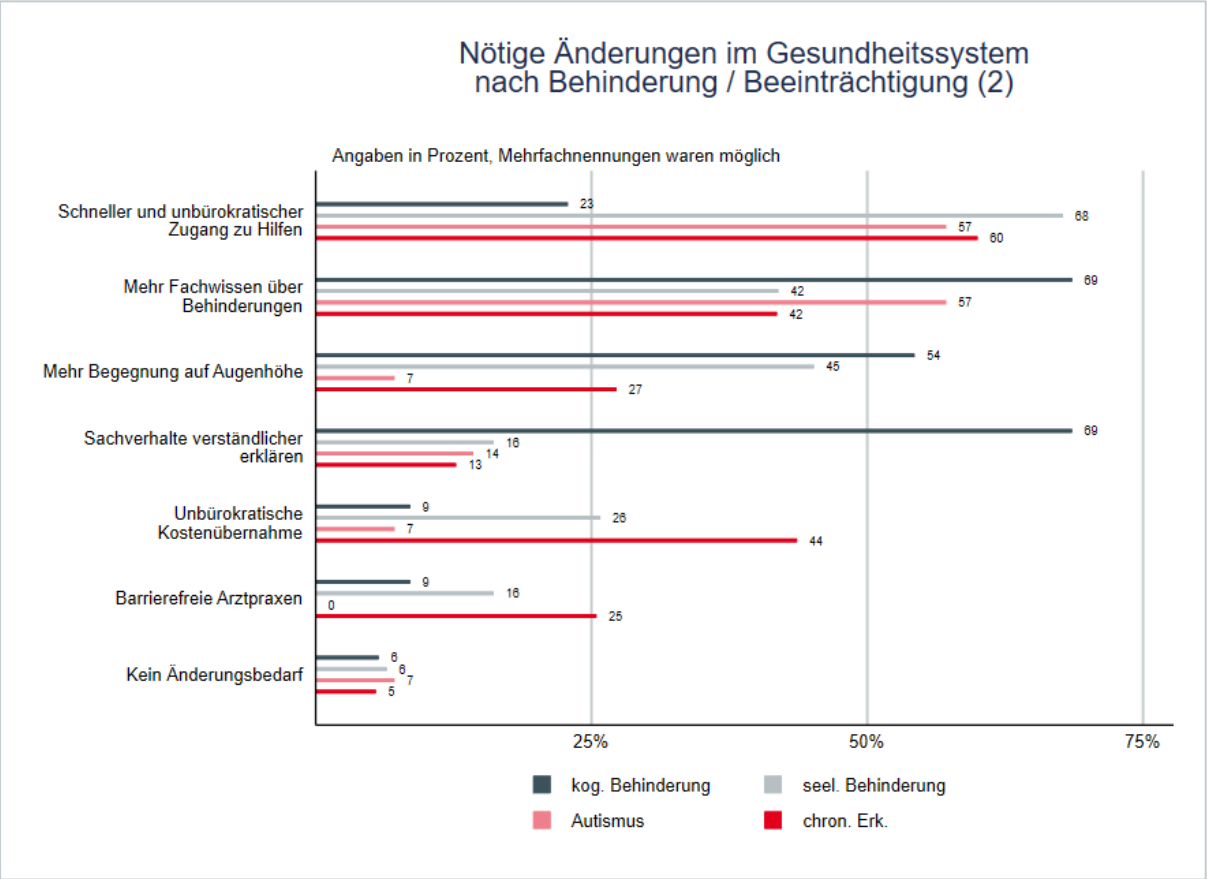

Abbildung 55

In Abbildung 56 werden die vier am häufigsten genannten Kombinationen gegenübergestellt. Befragte mit einer körperlichen und kognitiven Behinderung wünschten sich am häufigsten eine unbürokratische Kostenübernahme (ca. 71%), sowie eine verständlichere Erklärung komplexere Sachverhalte (ca. 67%). Für Personen mit einer seelischen Behinderung / chronischen Erkrankung sind neben dem schnellen und unbürokratischen Zugang zu Hilfen (ca. 68%), vor allem mehr Fachwissen über Behinderungen (ca. 59%) sowie eine Begegnung auf Augenhöhe (ca. 55%) wichtige Änderungswünsche. Die zwei übrigen Untergruppen nannten ebenfalls vor allem den schnellen und unbürokratischen Zugang zu Hilfen und eine unbürokratische Kostenübernahme als notwendige Veränderung im Gesundheitssystem, aber auch mehr Barrierefreiheit bei Arztpraxen (ca. 54 bzw. 57%).

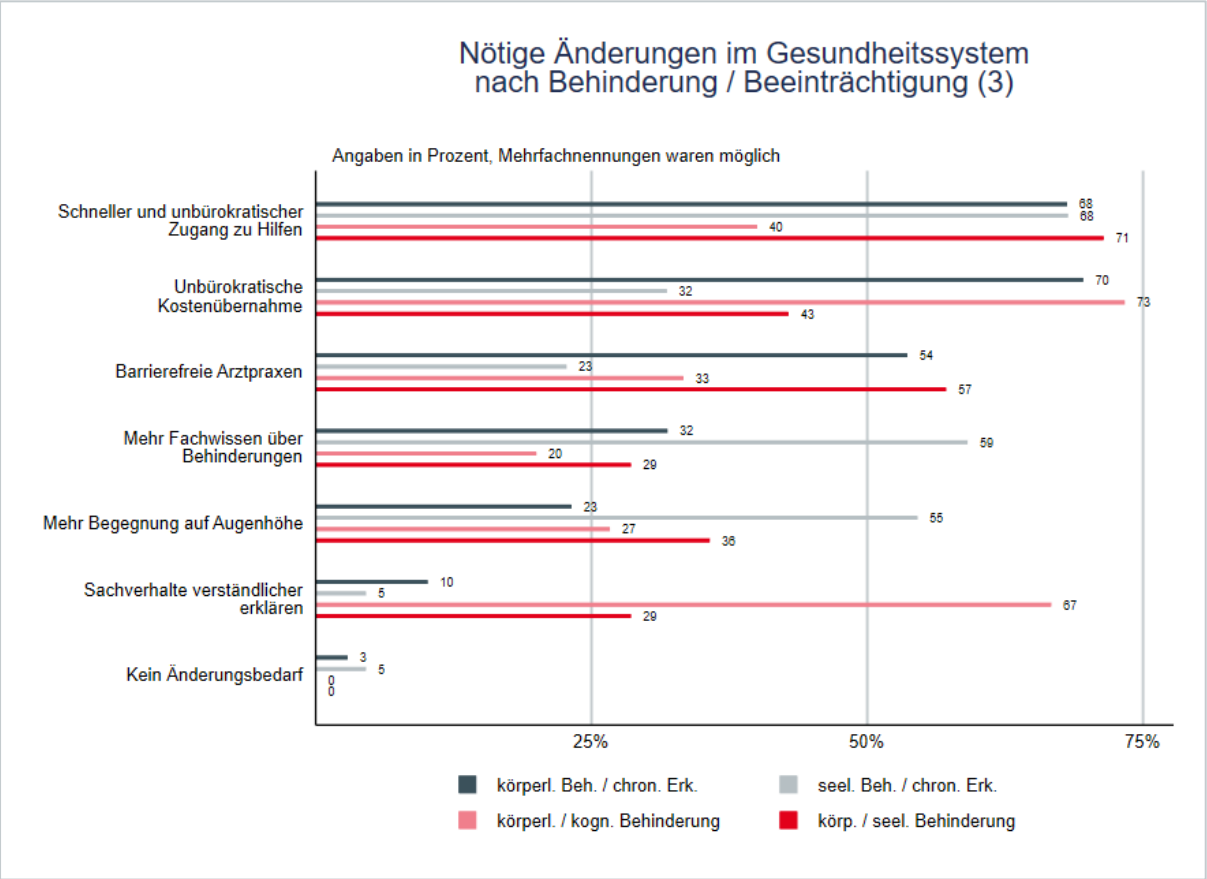

Abbildung 56

12 POLITISCHES INTERESSE & BETEILIGUNG

12.1 POLITISCHE BETEILIGUNG

Gefragt nach ihrer politischen Beteiligung, nannten die Befragten mit großem Abstand am häufigsten die Beteiligung an Wahlen sowie das Informieren über das politische Geschehen über z.B. Zeitungen, Fernsehen, Radio oder Internet. Drei von vier Personen gaben an, an Landtags- oder Bundestagswahlen teilzunehmen, ca. jede*r Dritte informiert sich über Politik. Die übrigen genannten Formen waren weitaus seltener vertreten. So engagieren sich beispielsweise etwa 21 Prozent in Selbsthilfegruppen für Menschen mit Behinderung, ca. 19 Prozent gaben an, an politischen Veranstaltungen teilzunehmen. Weitere ca. acht Prozent sind Mitglied in einer Partei. In etwa 14 Prozent der befragten Personen beteiligt sich hingegen nicht politisch.

TABELLE 26 Formen der politischen Beteiligung

Inwiefern beteiligen Sie sich politisch?	N	%
Ich gehe wählen (z.B. Landtags- oder Bundestagswahl).	526	75
Ich informiere mich über Politik (z.B. über Zeitungen, Internet, Radio, Fernsehen).	480	68
Ich engagiere mich in der Selbsthilfe für Menschen mit Behinderung.	148	21
Ich besuche politische Veranstaltungen (z.B. Demonstrationen oder politische Sitzungen).	134	19
Sonstiges	69	10
Ich bin Mitglied einer politischen Partei, Bürgerinitiative oder ähnlichem.	58	8
Ich nutze die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung (z.B. Stadtwerkstatt).	55	8
Ich beteilige mich nicht politisch.	99	14
Gesamt	706	100

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich. Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten.

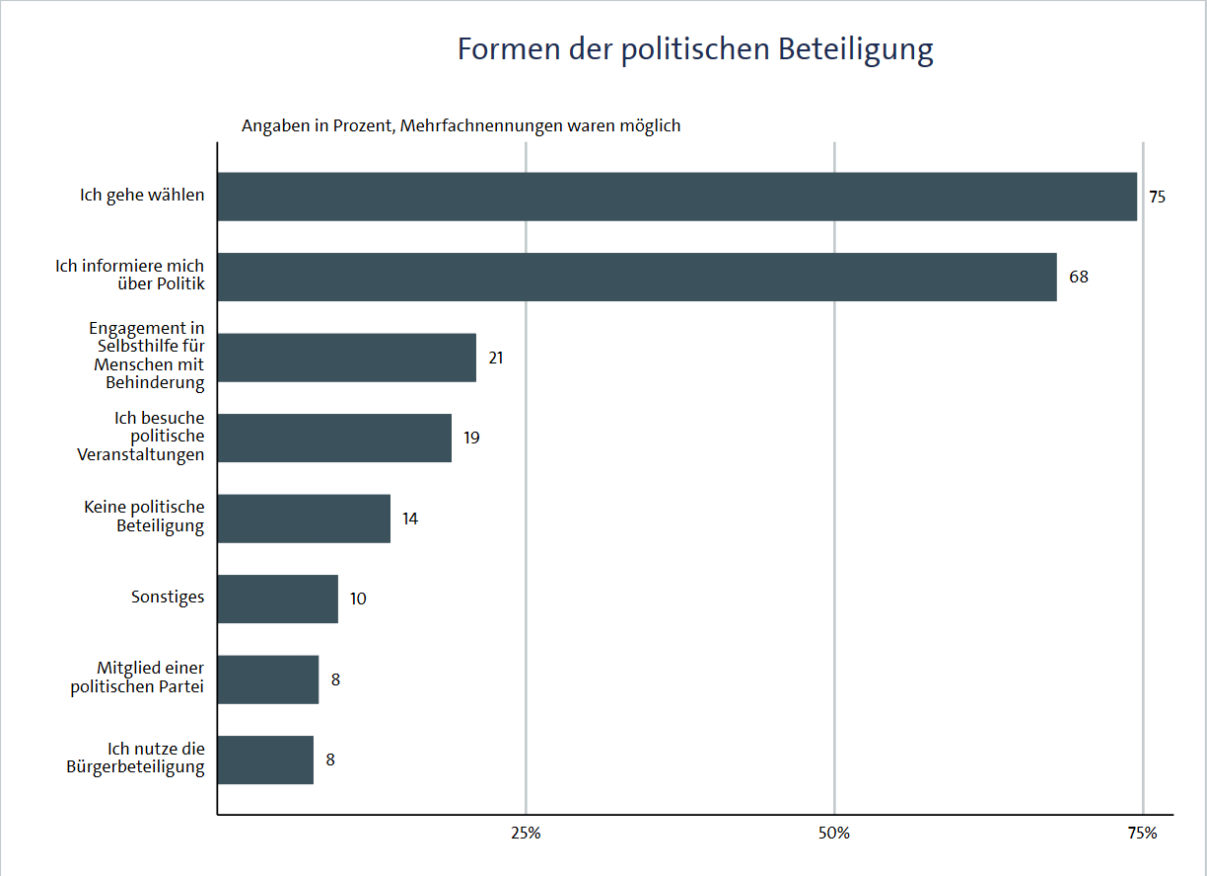

Abbildung 57

12.2 POLITISCHE BETEILIGUNG NACH GESCHLECHT

Abbildung 58 vergleicht die Formen der politischen Beteiligung nach Geschlecht. An dieser Stelle lassen sich keine nennenswerten Unterschiede feststellen.

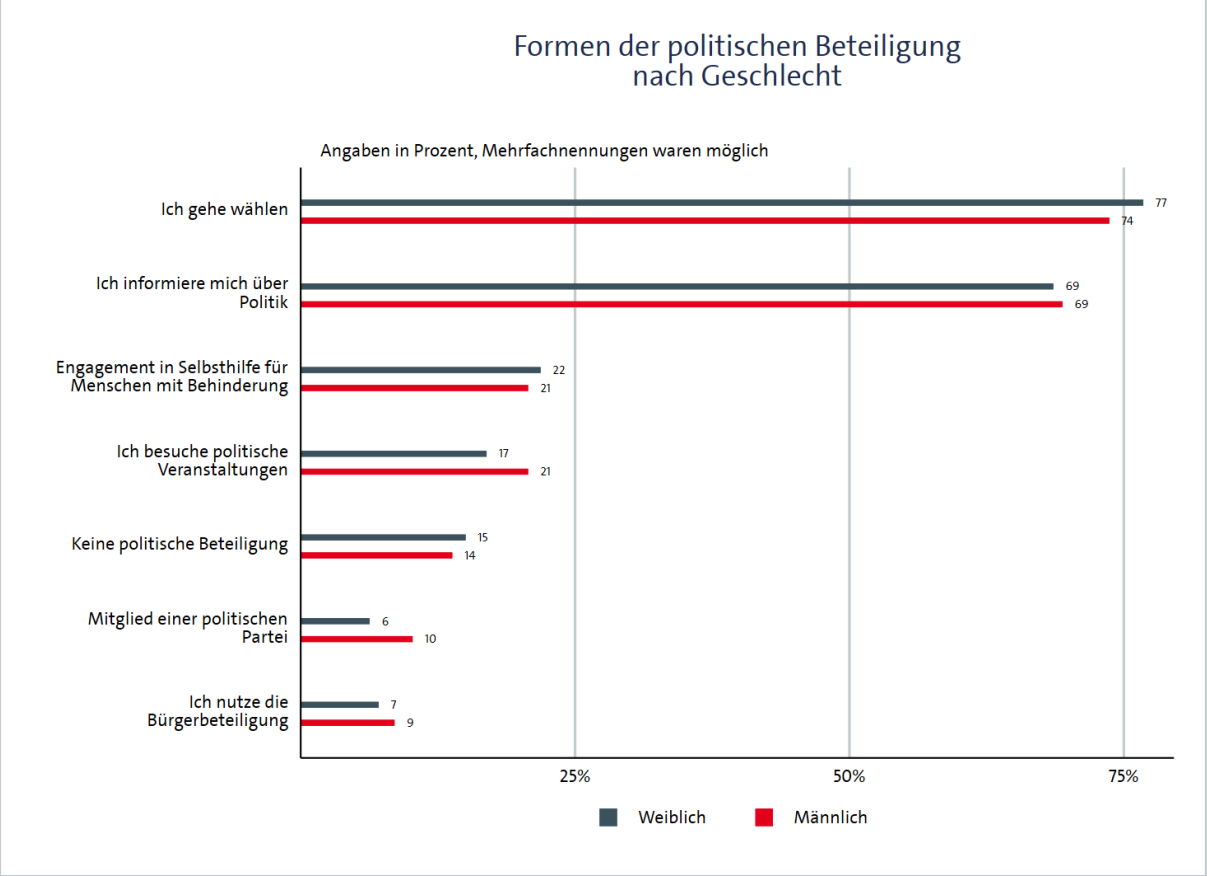

Abbildung 58

12.3 POLITISCHE BETEILIGUNG NACH HÖCHSTEM BILDUNGSABSCHLUSS

Abbildung 59 zeigt, dass die politische Beteiligung der Teilnehmenden mit steigendem Bildungslevel zunimmt. So informieren sich ca. 47 Prozent der Personen mit maximal Hauptschulabschluss über das politische Geschehen, bei Personen mit mindestens Hochschulberechtigung liegt der Anteil bei ca. 86 Prozent. Auf der anderen Seite gaben etwa 24 Prozent der Personen mit maximal Hauptschulabschluss an, sich nicht politisch zu beteiligen, bei Personen mit mindestens Hochschulreife liegt dieser Anteil bei nur ca. drei Prozent. Auffällig ist zudem, dass in etwa jede*r zweite Schüler*in angab, sich nicht politisch zu beteiligen. Hier muss jedoch berücksichtigt werden, dass ein Teil der jüngeren Befragten noch nicht wahlberechtigt ist.

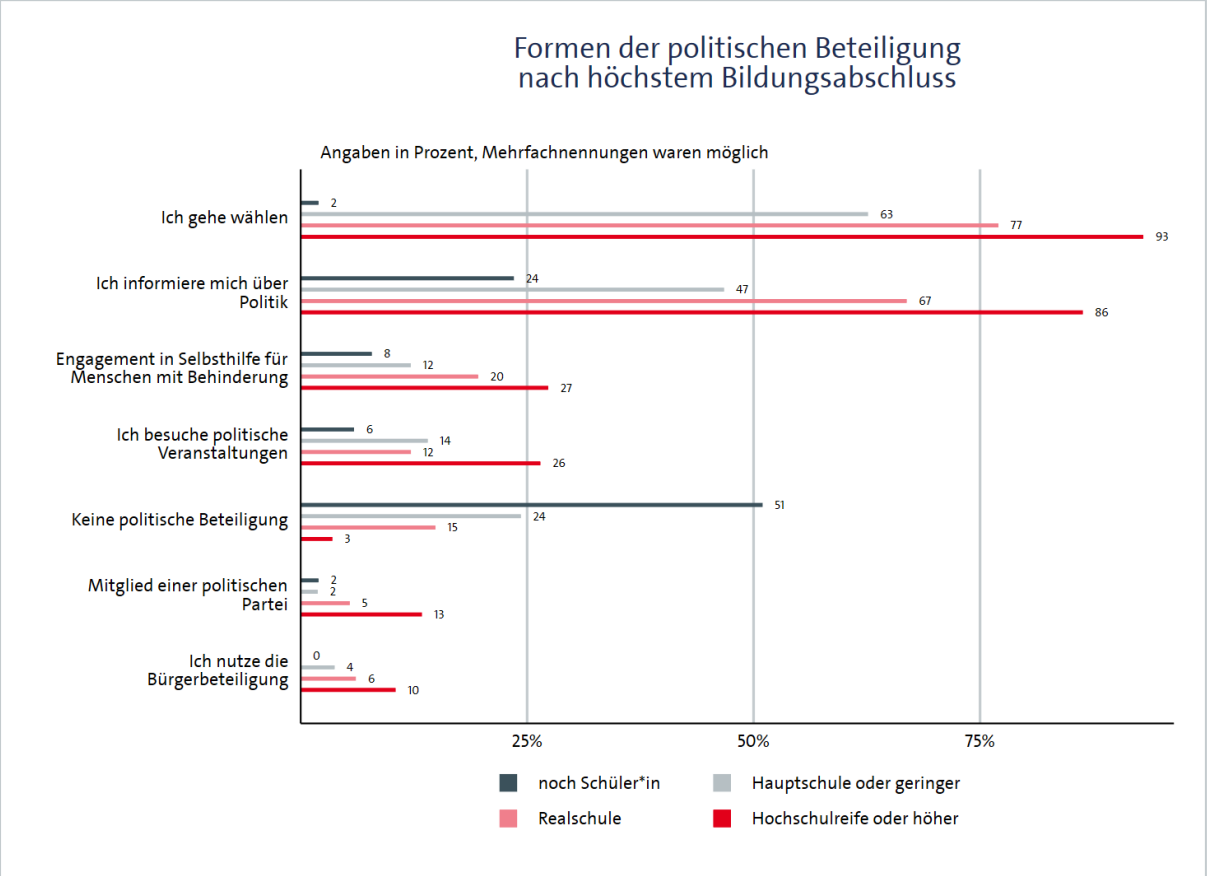

Abbildung 59

12.4 POLITISCHE BETEILIGUNG NACH BEHINDERUNG / BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Abbildungen 60 bis 62 differenzieren die Art und Häufigkeit der politischen Beteiligung nach Behinderung/Beeinträchtigung. Insgesamt lassen sich nur wenige Unterschiede beobachten. Unter Personen mit einer körperlichen oder einer Sehbehinderung ist der Anteil der Wählenden mit ca. 85 bzw. 88 Prozent etwas höher als bei Personen mit Hör- oder (schweren) Mehrfachbehinderung (ca. 70% bzw. 73%) (Abbildung 60). Personen mit Sehbehinderung gaben zudem überproportional häufig an, an politischen Veranstaltungen teilzunehmen oder sich in Selbsthilfegruppen zu beteiligen (jeweils ca. 40%).

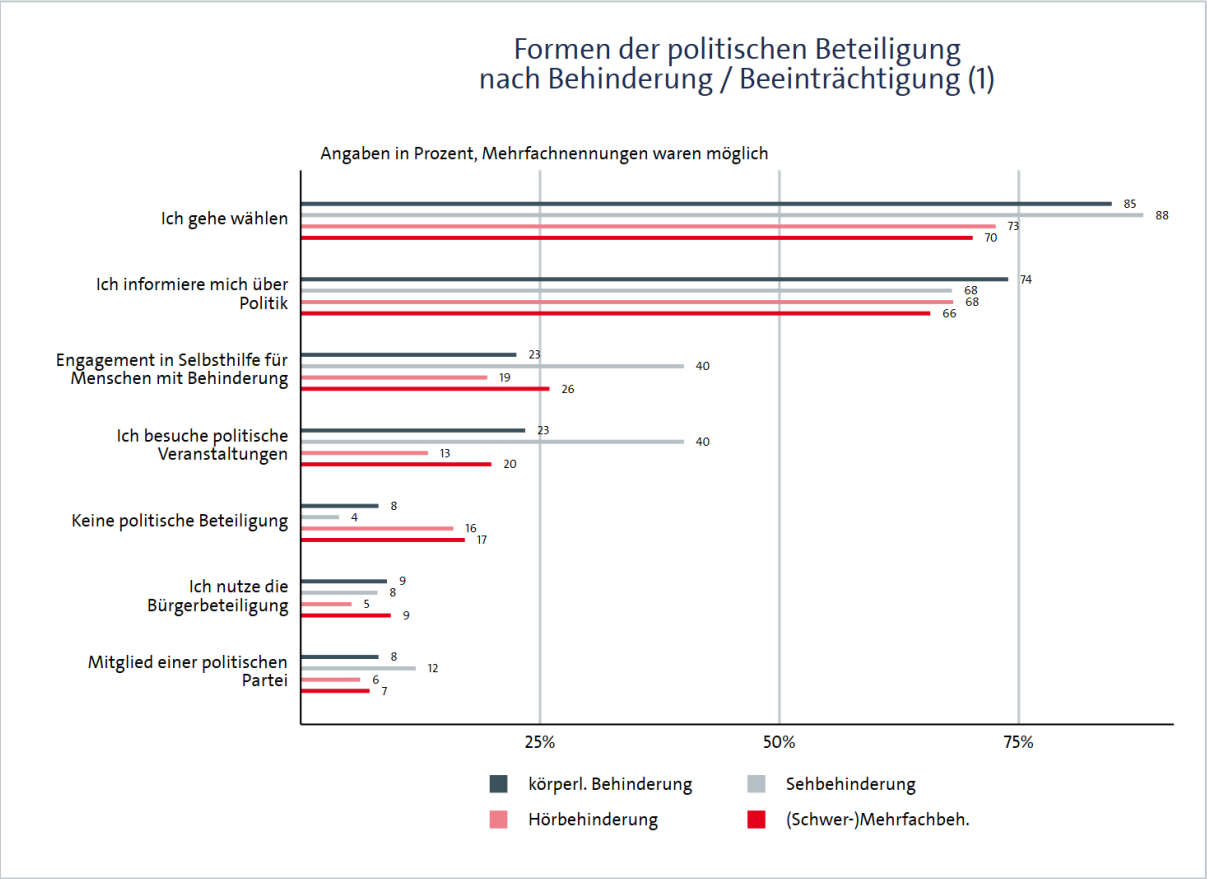

Abbildung 60

Personen mit einer kognitiven Behinderung beteiligen sich verhältnismäßig häufig in keiner Form politisch (ca. 49%) (Abbildung 61). Nur etwa 29 Prozent der Teilnehmenden dieser Untergruppe nimmt an Wahlen teil. Bei Personen mit einer seelischen Behinderung oder chronischen Erkrankung liegt dieser Anteil hingegen bei 83 bzw. 91 Prozent. In etwa jede vierte Person mit seelischer Behinderung ist zudem in einer Partei organisiert. Personen mit Autismus gaben weiterhin zu etwa 21 Prozent an, sich nicht politisch zu beteiligen, ca. zwei von drei informieren sich jedoch über das politische Geschehen, ca. jede*r Zweite nimmt an Wahlen teil.

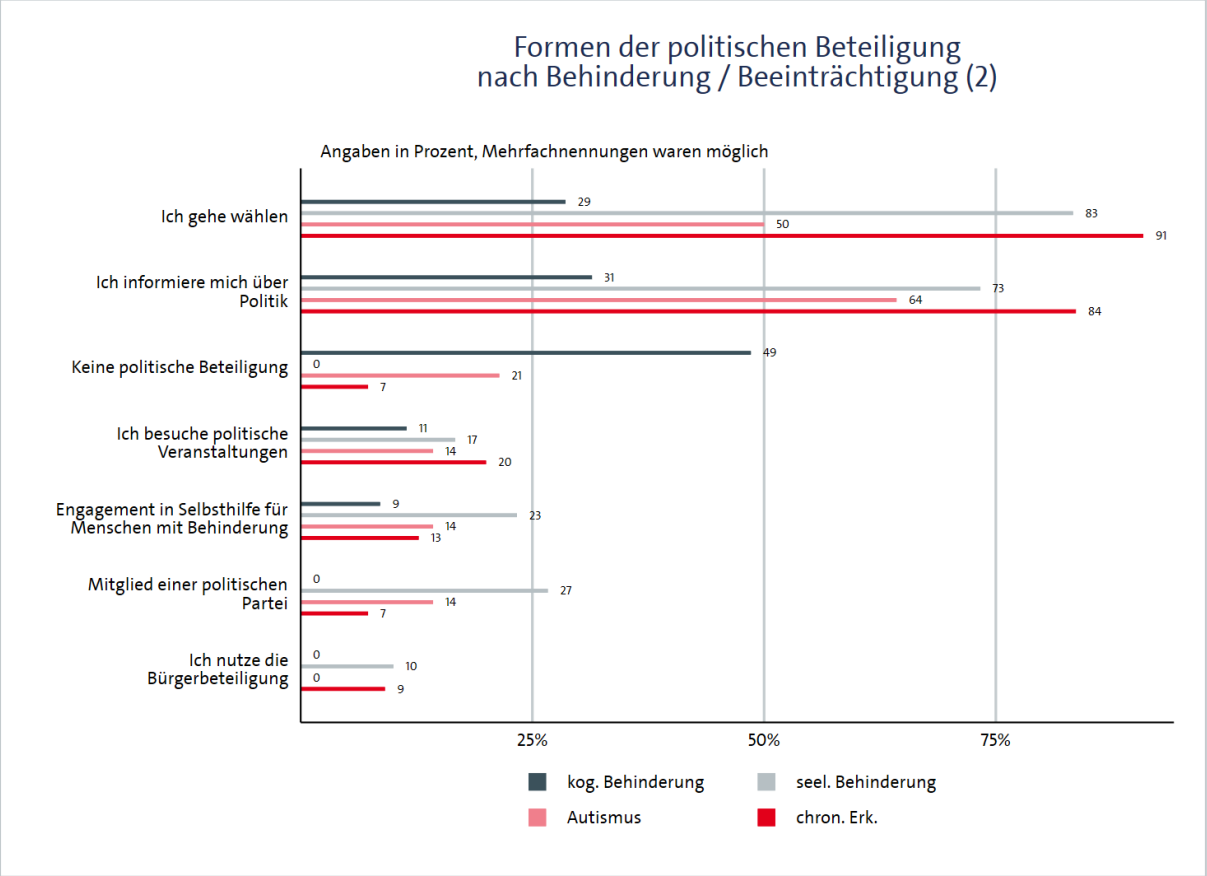

Abbildung 61

Abbildung 62 differenziert nach den vier am häufigsten genannten Doppelnennungen. Auch hier nimmt der Großteil der Befragten an Wahlen teil, wobei der Anteil bei der Gruppe der Personen mit körperlicher / kognitiver Behinderung mit ca. 67% leicht niedriger liegt. Personen mit einer körperlichen Behinderung / chronischen Erkrankung sowie Personen mit einer körperlichen und seelischen Behinderung sind mit ca. 25 bzw. 29 Prozent verhältnismäßig oft in Selbsthilfegruppen engagiert.

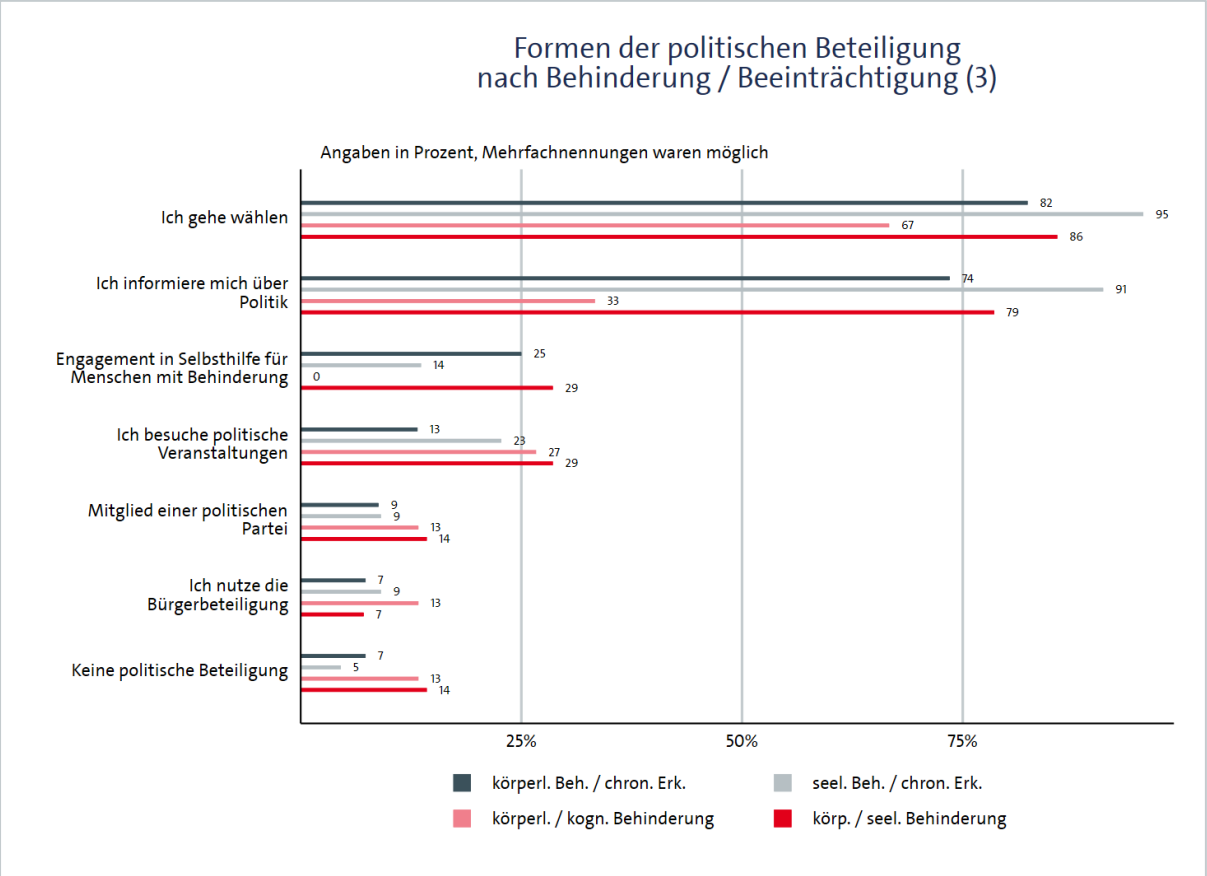

Abbildung 62

12.5 MAßNAHMEN ZUR STEIGERUNG DER POLITISCHEN BETEILIGUNG

Neben der Frage nach der aktuellen politischen Beteiligung (siehe 12.1) wurden Personen ergänzend gefragt, welche Maßnahmen ihre politische Beteiligung fördern würde. Über die Hälfte der Befragten gab an, dass sie sich in dem Kontext mehr Menschen mit Behinderungen in politischen Ämtern wünschen. Für ca. 37 Prozent könnten mehr Möglichkeiten bei digitalen Beteiligungsverfahren ihre politische Aktivität steigern. Etwa jede*r Vierte wählte die Antwortmöglichkeit „*verständliche bzw. barrierefreie Informationen*“, „*mehr Beteiligungsmöglichkeiten im eigenen Stadtteil*“ sowie „*barrierefreie Wahllokale*“. 118 Personen bzw. ca. 17 Prozent gaben an, dass mehr Möglichkeiten für Assistenzleitungen in diesem Kontext hilfreich wären.

TABELLE 27 Maßnahmen zur Steigerung der politischen Beteiligung

Welche der folgenden Punkte würde Ihre politische Teilhabe am ehesten fördern?	N	%
Mehr Menschen mit Behinderung in politischen Ämtern	376	53
Mehr digitale Beteiligungsmöglichkeiten	261	37
Verständliche/barrierefreie Informationen	186	26
Mehr Beteiligungsmöglichkeiten im eigenen Stadtteil	173	25
Barrierefreie Wahllokale	159	23
Assistenzleistungen, um an politischen Veranstaltungen teilnehmen zu können	118	17
Sonstiges	48	7
Gesamt	**704**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich. Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten.

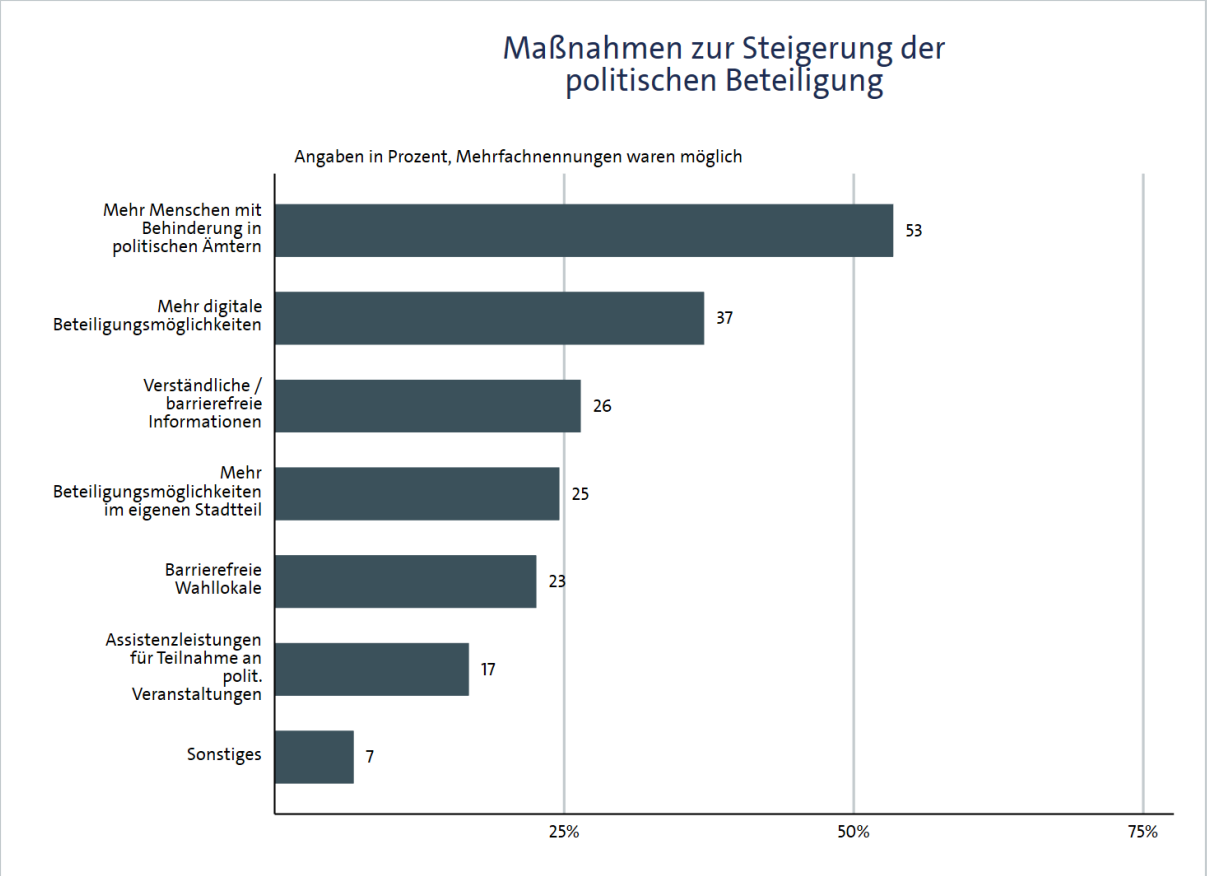

Abbildung 63

12.6 FÖRDERUNG DER POLITISCHEN BETEILIGUNG NACH GESCHLECHT

Der Vergleich zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmenden im Hinblick auf mögliche Maßnahmen zur Steigerung der politischen Beteiligung zeigt keine großen Unterschiede. Beide Gruppen gaben zu in etwa gleichen Teilen am häufigsten an, sich mehr Menschen mit Behinderung in politischen Ämtern zu wünschen (ca. 53% bzw. 56%).

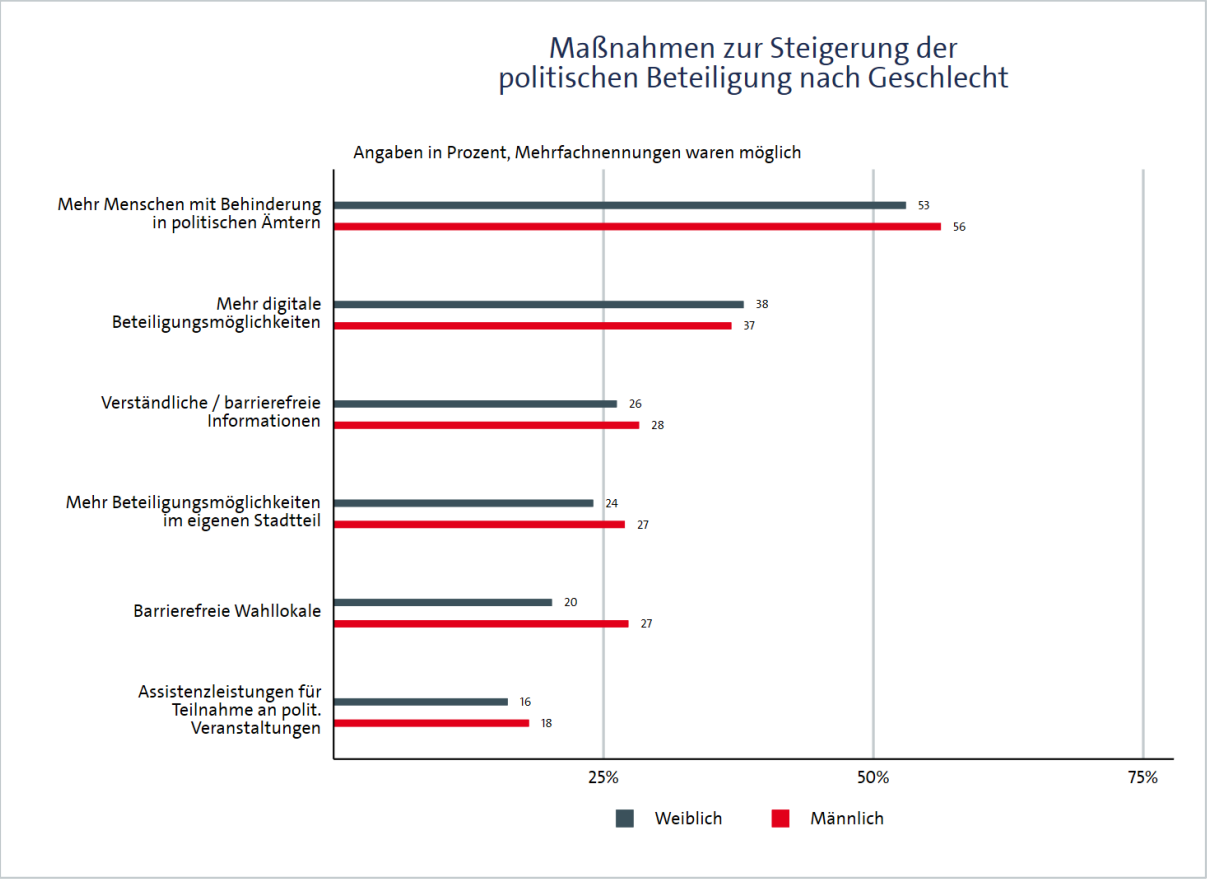

Abbildung 64

12.7 FÖRDERUNG DER POLITISCHEN BETEILIGUNG NACH HÖCHSTEM BILDUNGSABSCHLUSS

Auch im Vergleich der höchsten Bildungsabschlüsse lassen sich nur wenige Unterschiede feststellen. So gaben ca. 20 Prozent der Personen mit mindestens Hochschulreife an, dass mehr verständliche bzw. barrierefreie Informationen ihre politische Beteiligung steigern würden, bei den übrigen drei Untergruppen liegt der Anteil bei ca. 31 bis 35 Prozent. Personen mit maximal Hauptschulabschluss wünschen sich hingegen nur zu etwa 20 Prozent mehr digitale Beteiligungsmöglichkeiten, bei Personen mit mindestens Abitur findet sich hier mit ca. 44 Prozent ein deutlich höherer Anteil.

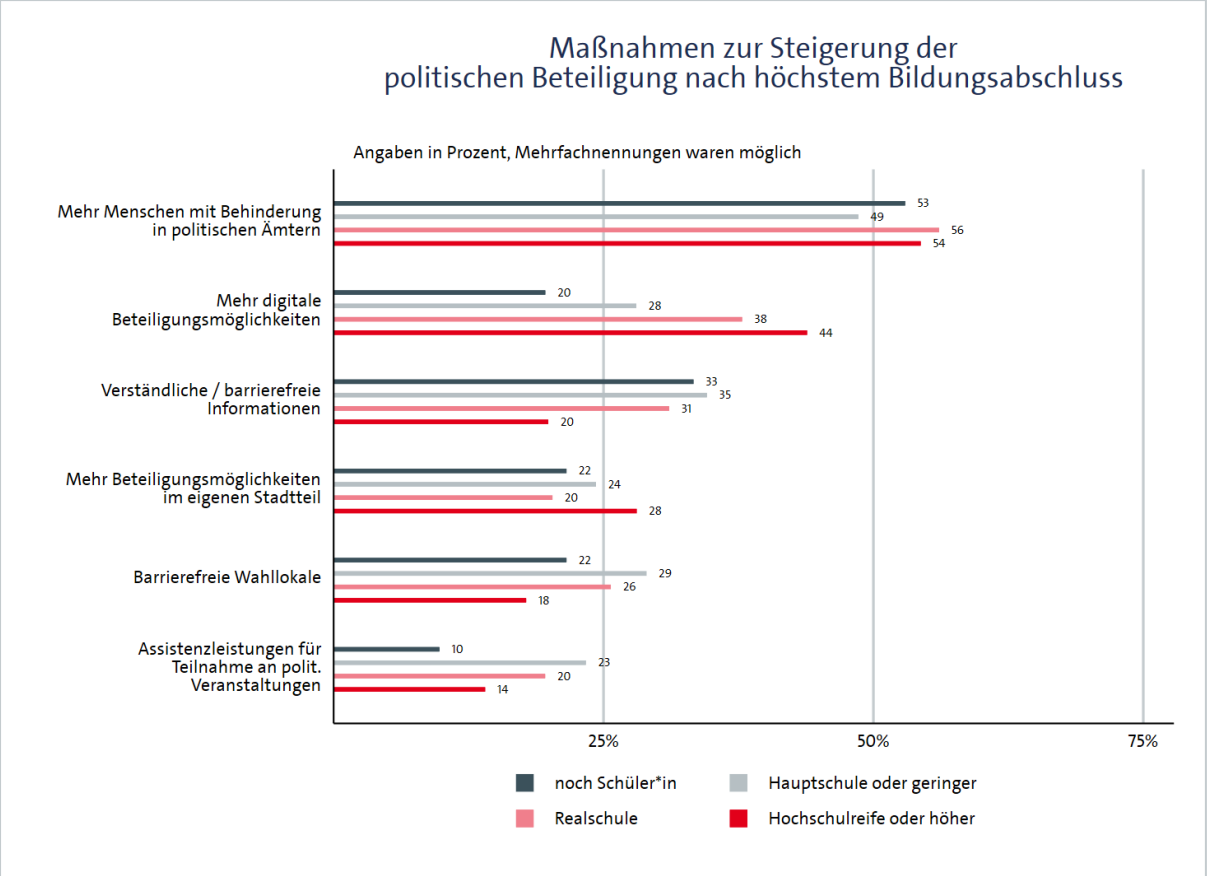

Abbildung 65

12.8 FÖRDERUNG DER POLITISCHEN BETEILIGUNG NACH BEHINDERUNG/ BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Abbildungen 66 bis 68 differenzieren gewünschte Maßnahmen zur Steigerung der politischen Beteiligung nach Behinderung/Beeinträchtigung. Für alle der vier ersten Untergruppen wären mehr Menschen mit Behinderung in politischen Ämtern ein wichtiger Schritt für mehr politische Beteiligung (ca. 52 bis 59%). Auffällig ist, dass jede zweite Person mit Hörbehinderung angibt, dass mehr barrierefreie Informationen ihre politische Beteiligung fördern würden (Abbildung 66). Auch wünscht sich diese Untergruppe überproportional häufig mehr Assistenzleistungen für die Teilnahme an politischen Veranstaltungen (ca. 35%). Bei Personen mit Sehbehinderung liegt der Anteil bei etwa 28 Prozent, bei Personen mit (schwerer) Mehrfachbehinderung bei ca. 22 Prozent sowie bei Personen mit einer körperlichen Behinderung bei ca. sechs Prozent.

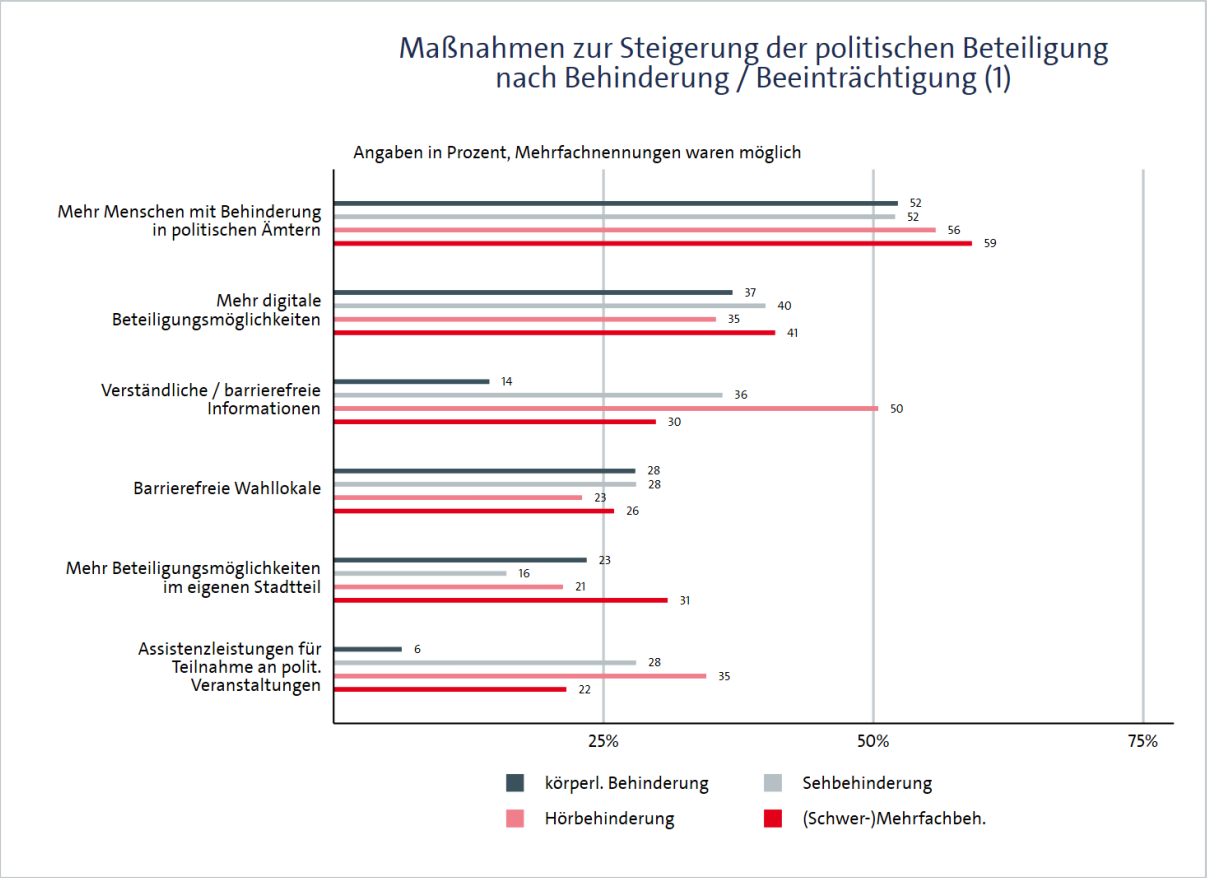

Abbildung 66

Verständlichere und barrierefreie Informationen sind auch für Personen mit kognitiver Behinderung verhältnismäßig häufig relevant (ca. 40%) (Abbildung 67). Mehr digitale Beteiligungsmöglichkeiten wünschen sich hingegen nur ca. 14 Prozent dieser Untergruppe – bei Personen mit seelischer Behinderung liegt dieser Anteil bei etwa 30 Prozent. Für Personen mit Autismus und Personen mit einer chronischen Erkrankung ist dieser Punkt für etwa jede*n Zweiten sehr relevant.

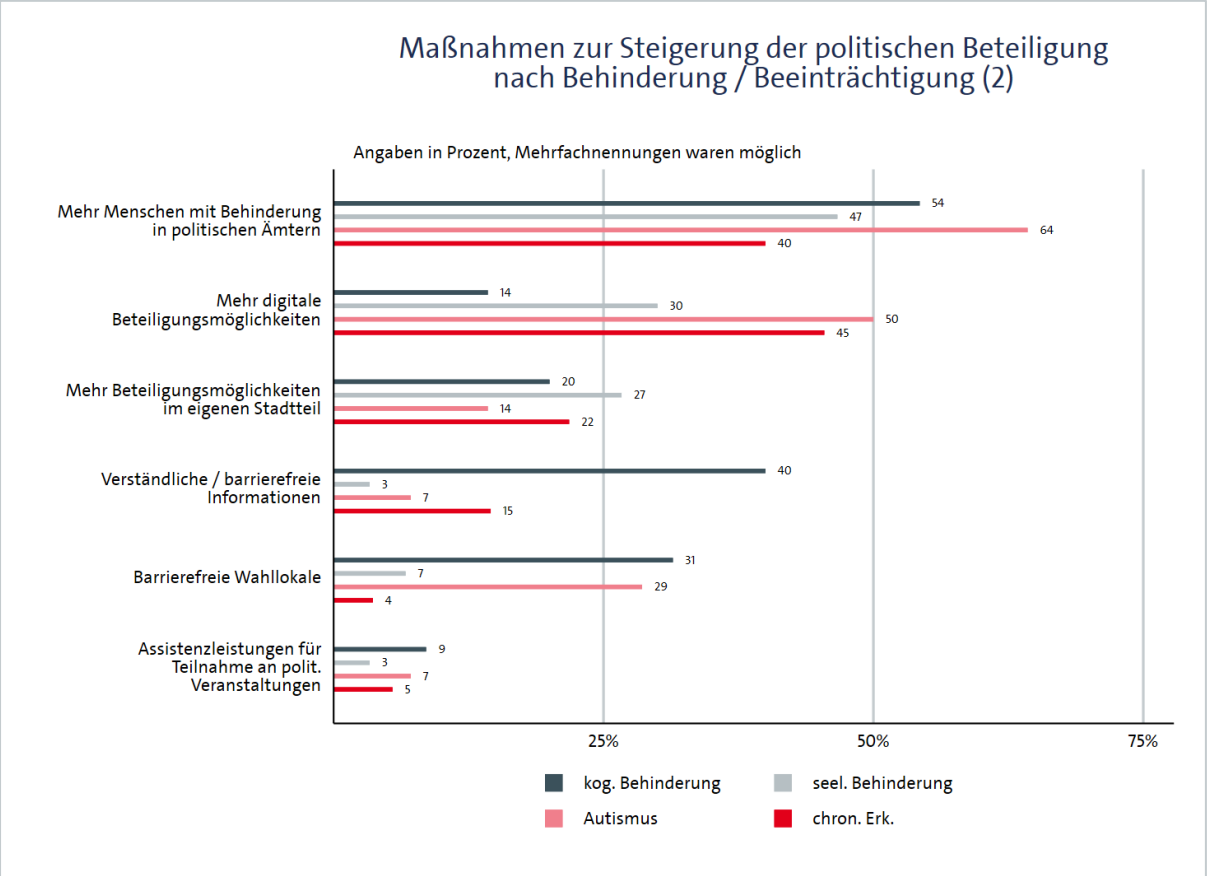

Abbildung 67

Abbildung 68 vergleicht die vier am häufigsten genannten Kombinationen. Hier fällt auf, dass sich Personen mit körperlicher/kognitiver Behinderung überproportional häufig verständlichere und barrierefreie Informationen (ca. 60%), jede*r Dritte dieser Untergruppe zudem mehr Assistenzleistungen für die Teilnahme an politischen Veranstaltungen wünschen. Personen mit körperlicher Behinderung / chronischer Erkrankung sowie Personen mit seelischer Behinderung / chronischer Erkrankung gaben im Vergleich zu den hier gezeigten Untergruppen überproportional häufig an, dass mehr digitale Beteiligungsmöglichkeiten ihre politische Aktivität fördern würde.

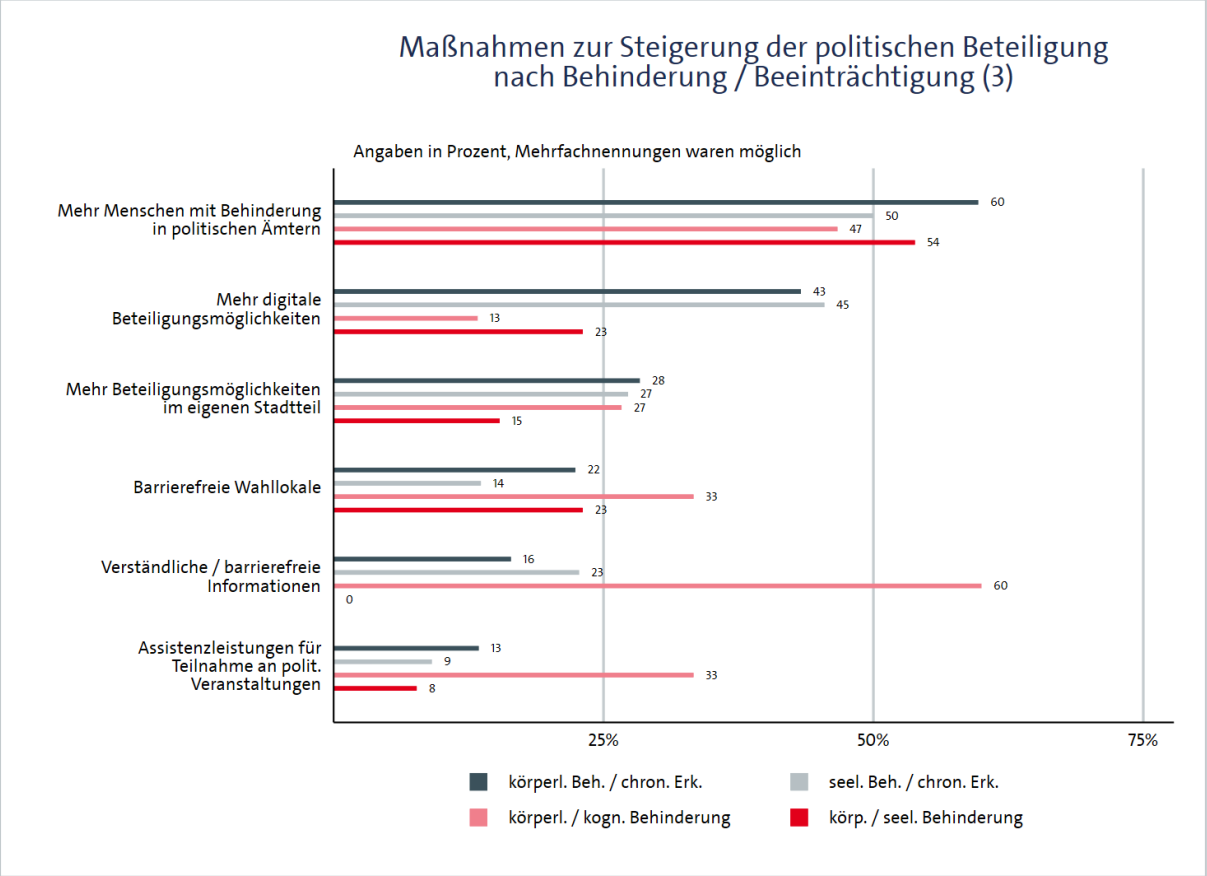

Abbildung 68

12.9 POLITISCHE INTERESSENSTHEMEN

Alle Befragten wurden gebeten, die Themen zu nennen, die für sie im Kontext von Barrierefreiheit von größtem Interesse sind. Hierbei konnten die Teilnehmenden maximal fünf Antwortmöglichkeiten auswählen. Mit ca. 54 Prozent ist das Thema „*Arbeit und Beschäftigung*“ die am häufigsten gewählte Kategorie, gefolgt von „*Gesundheitliche Versorgung*“ mit ca. 53 Prozent. Jeweils etwa 43 Prozent nannten „*Wohnen*“ und „*Verkehr*“, ca. 37 Prozent das Themengebiet „*Schule und Bildung*“. Häufig genannt wurden auch die Themen „*Kultur- und Freizeitangebote*“ mit ca. 33 Prozent sowie „*Schutz meiner Rechte*“ mit ca. 31 Prozent. Die Themen „*Ehrenamt*“ und „*Sexualität*“ wurden mit ca. zehn bzw. acht Prozent am seltensten von den Befragten gewählt.

TABELLE 28 Politische Interessensthemen

Wenn Sie an Barrierefreiheit denken: Welche der folgenden Bereiche sind für Sie persönlich von größtem Interesse?	N	%
Arbeit und Beschäftigung	451	64
Gesundheitliche Versorgung	372	53
Wohnen	301	43
Verkehr	300	43
Schule und Bildung	261	37
Kultur- und Freizeitangebote	233	33
Schutz meiner Rechte	217	31
Assistenz und Selbstbestimmung	182	26
Zugang zu Information	153	22
Digitalisierung	120	17
Sportangebote	118	17
Freundschaft und Partnerschaft	105	15
Politische Partizipation	77	11
Ehrenamt	68	10
Sexualität	54	8
Sonstiges	19	3
Gesamt	**700**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich (max. fünf Nennungen). Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten.

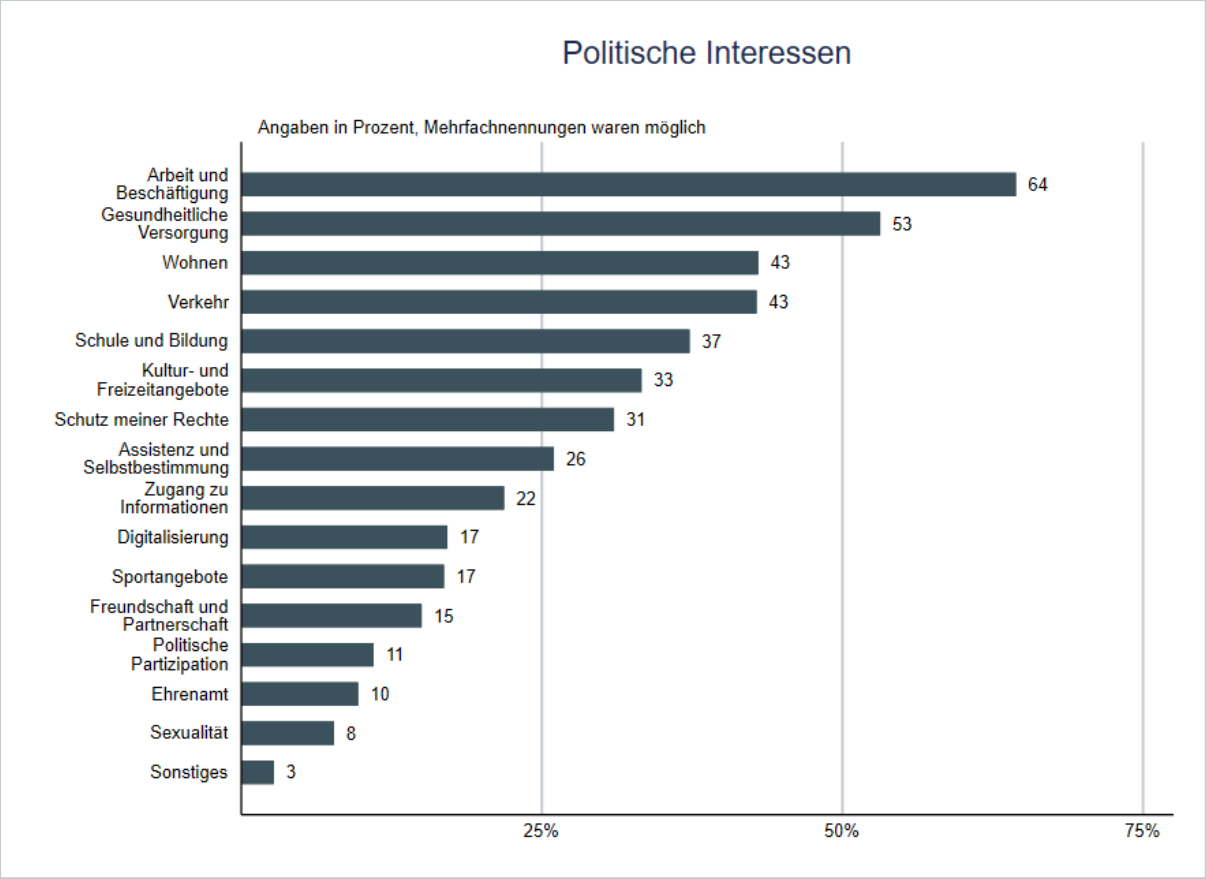

Abbildung 69

12.10 POLITISCHE INTERESSENSTHEMEN NACH GESCHLECHT

Im Vergleich der politischen Interessen von männlichen und weiblichen Befragten sind nur bei wenigen Themen kleine Unterschiede zu beobachten (Abbildung 70 – 72).[3] Frauen wählten u.a. etwas häufiger die Themen „*Assistenz und Selbstbestimmung*“ (ca. 30% gegenüber 22%), „*Arbeit und Beschäftigung*“ (ca. 69% gegenüber 61%) sowie „*Gesundheitliche Versorgung*“ (ca. 60% gegenüber 46%). Männliche Befragte gaben im Vergleich zu Frauen hingegen etwas häufiger die Themen „*Sexualität*“ und „*Sportangebote*“ an.

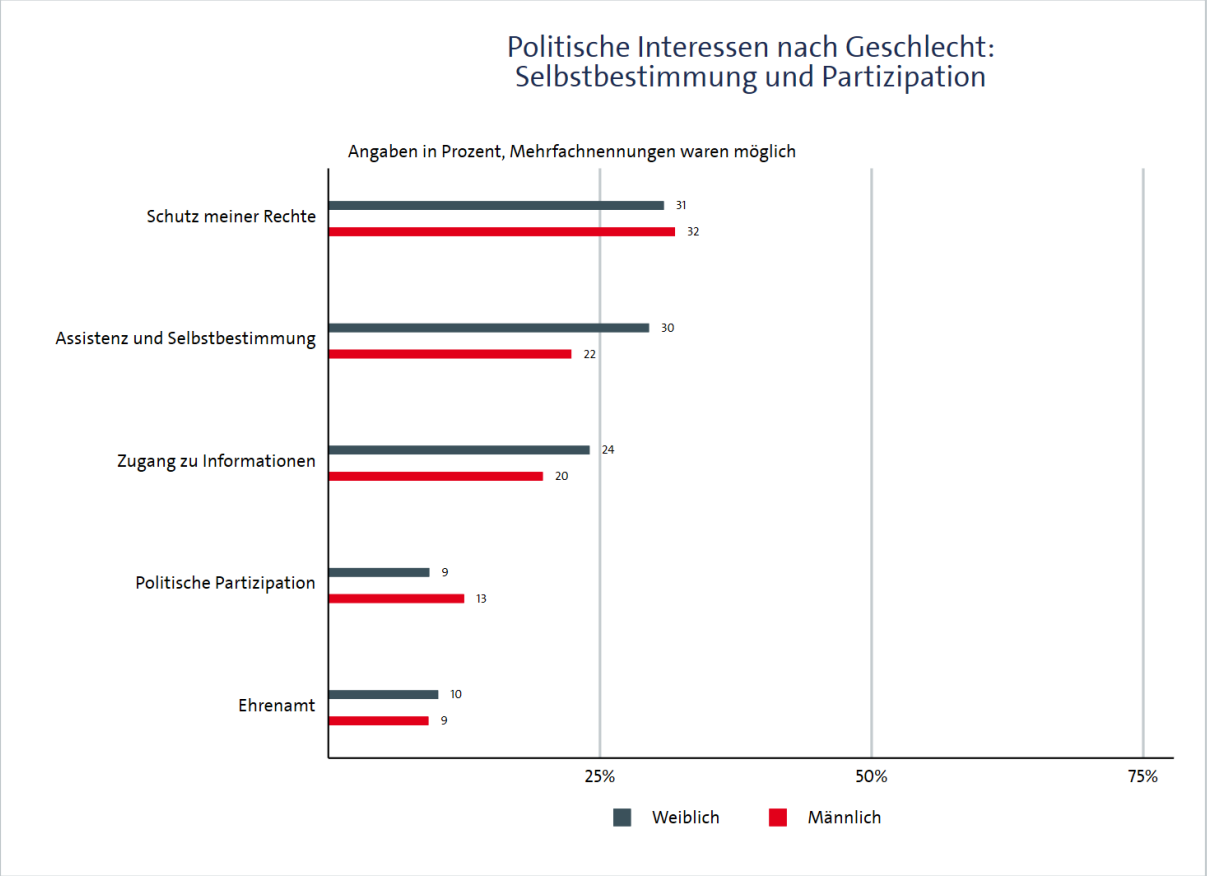

Abbildung 70

[3] Um eine übersichtliche Darstellung gewährleisten zu können, wurden die Interessensthemen für den Gruppenvergleich auf drei Abbildungen aufgeteilt.

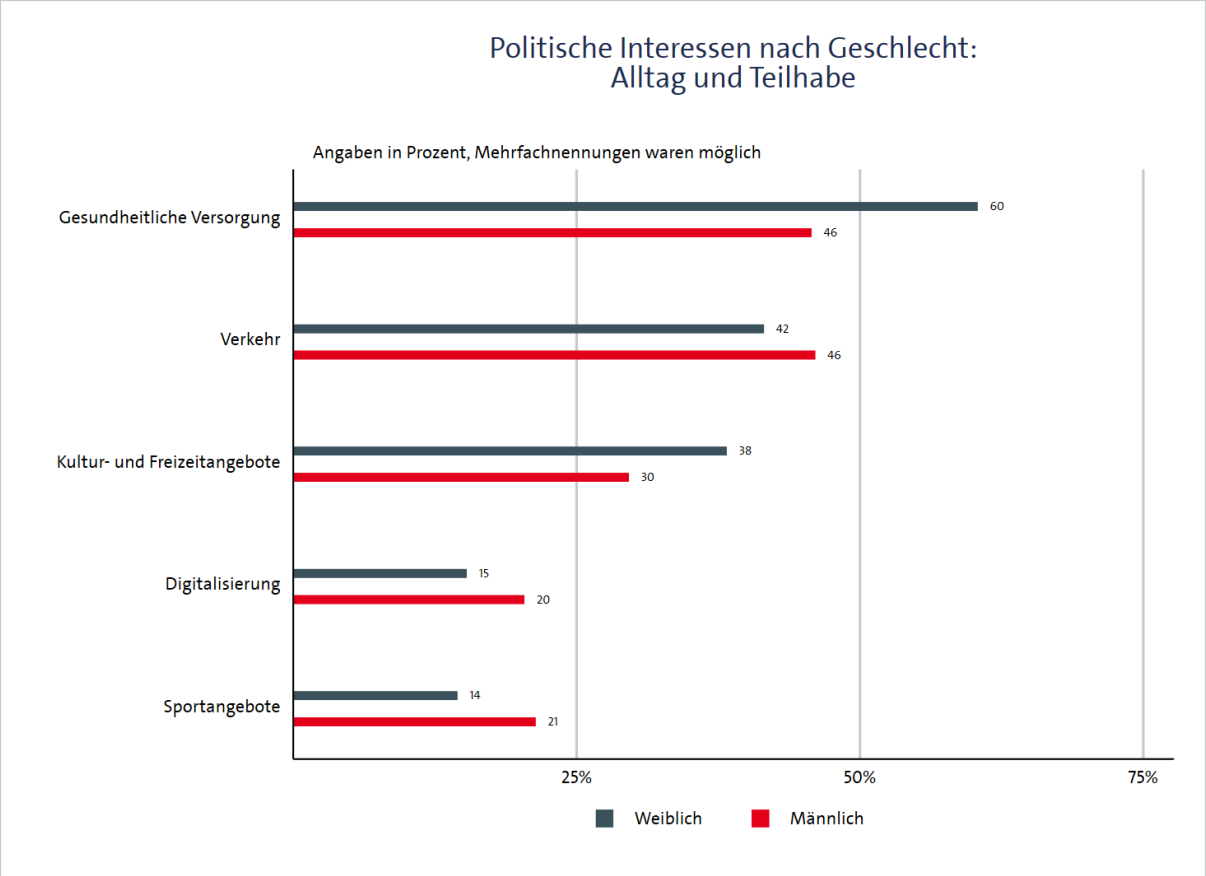

Abbildung 71

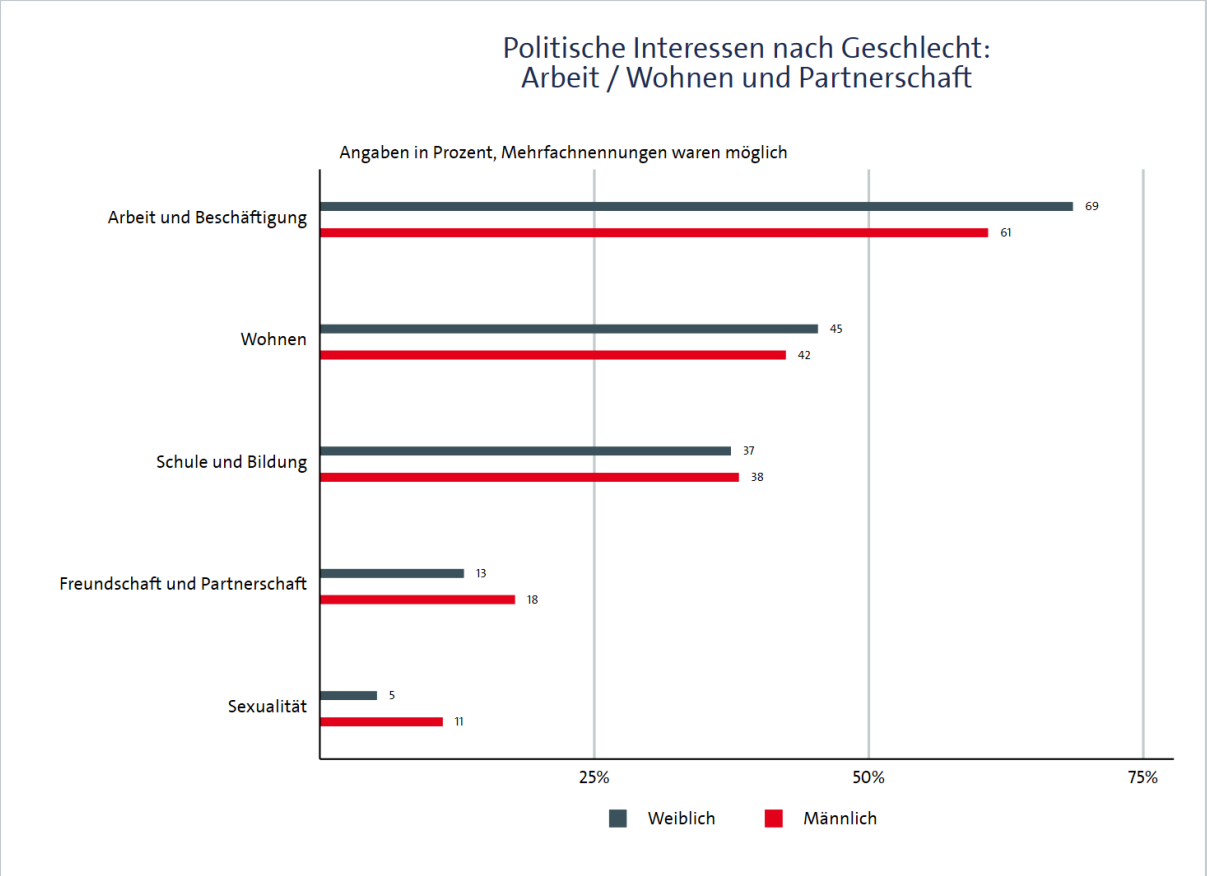

Abbildung 72

12.11 POLITISCHE INTERESSENSTHEMEN NACH ALTERSGRUPPE

In den Abbildungen 73 bis 75 werden die genannten Interessensthemen nach Altersgruppe verglichen. Auffällig ist, dass die Themen „*politische Partizipation*“, „*Kultur- und Freitzeitangebote*“, „*Verkehr*“, aber auch „*Digitalisierung*“ mit steigendem Alter zunehmen. Bei unter 18-Jährigen werden hingegen die Bereiche „*Assistenz und Selbstbestimmung*“ sowie „*Schule und Bildung*“ überpropotinal häufig genannt (ca. 54% bzw. ca. 84%).

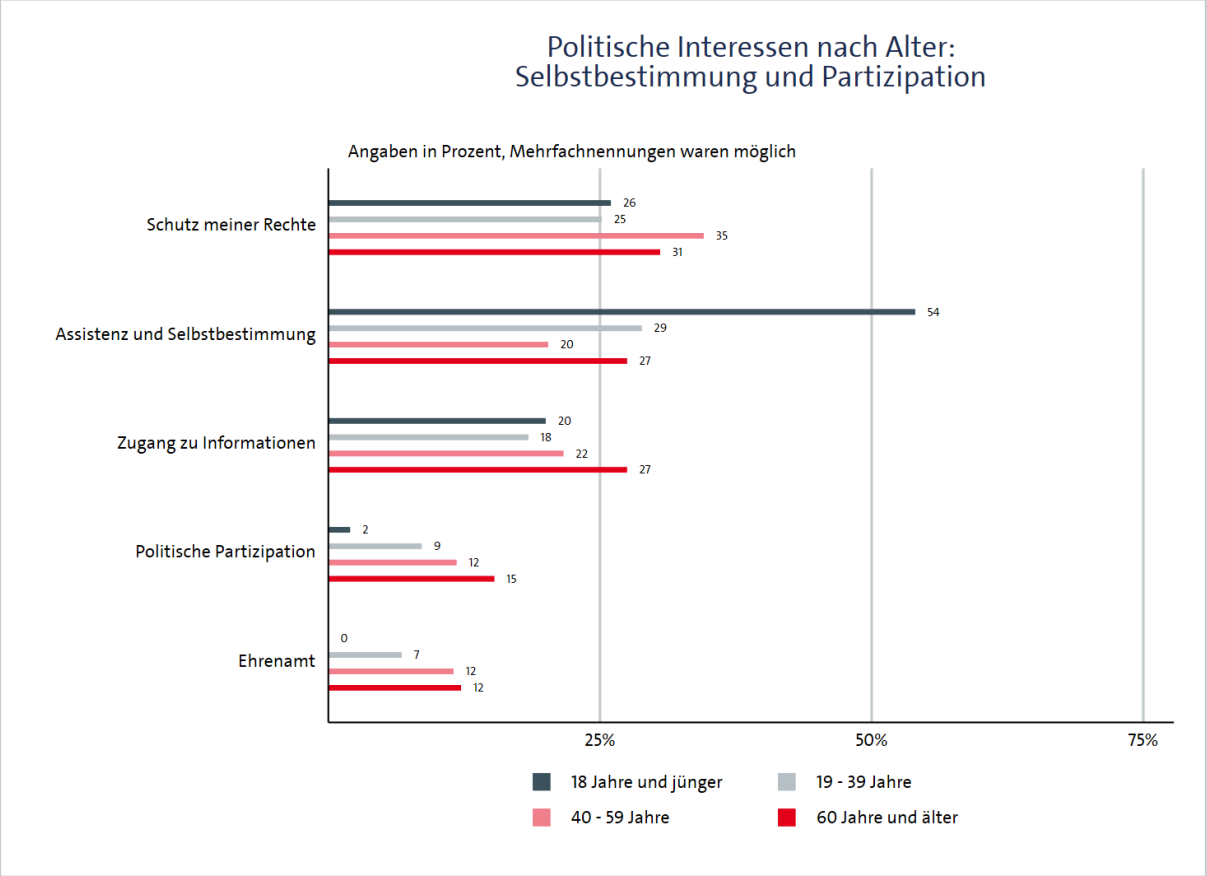

Abbildung 73

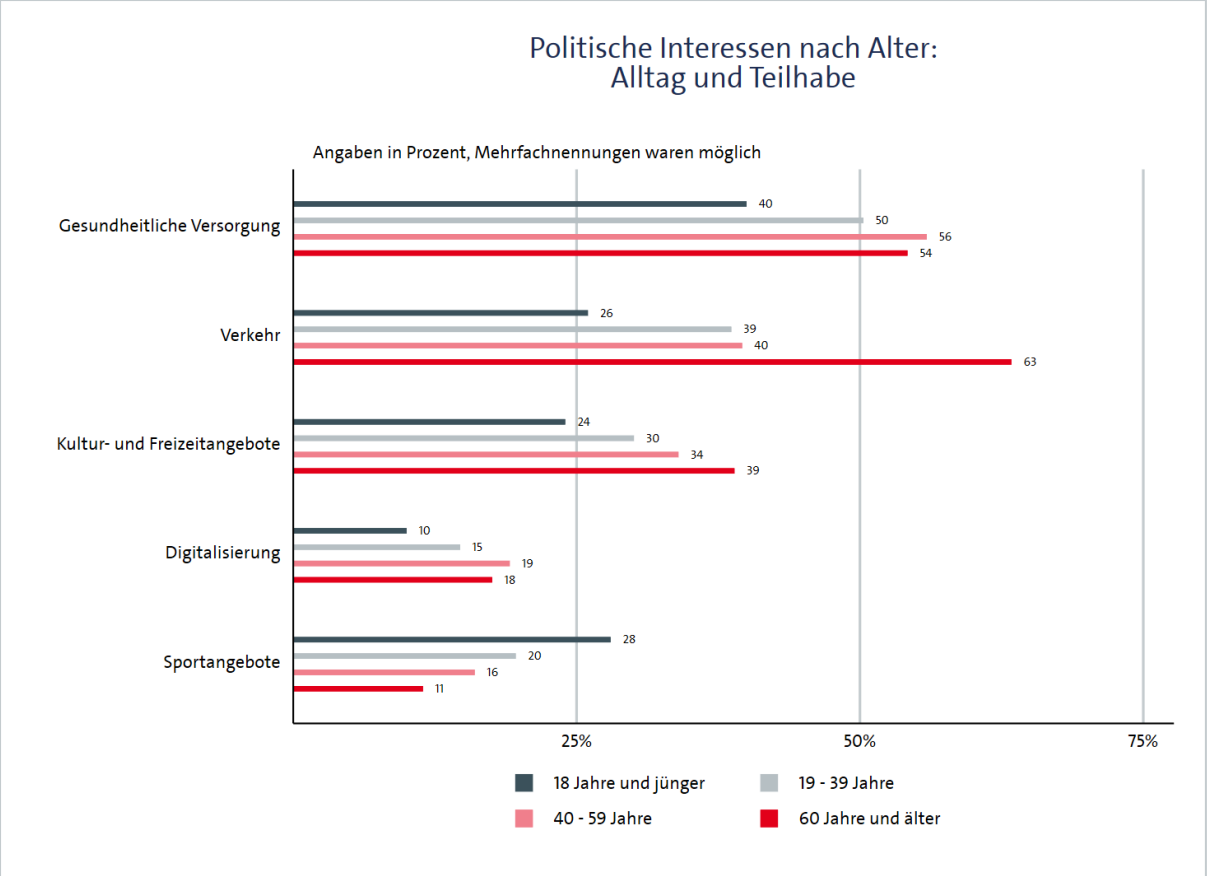

Abbildung 74

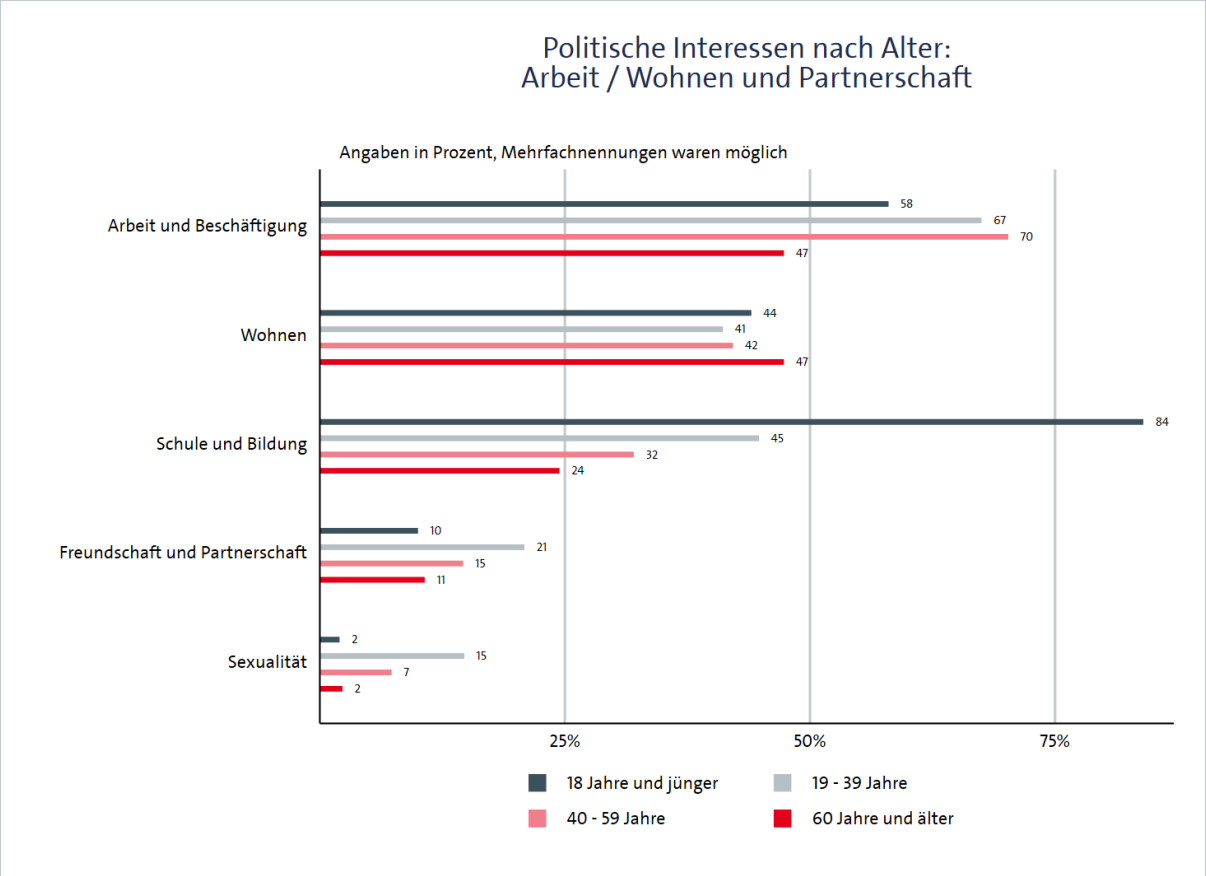

Abbildung 75

12.12 POLITISCHE INTERESSENSTHEMEN NACH HÖCHSTEM BILDUNGSABSCHLUSS

Für Schüler*innen sind vor allem die Themen „*Schule und Bildung*“ (ca. 84%), „*Arbeit und Beschäftigung*“ (ca. 63%), „*Assistenz und Selbstbestimmung*“ (ca. 51%) sowie „*Wohnen*“ (ca. 45%) und „*Gesundheitliche Versorgung*“ (ca. 41%) von hohem Interesse. Für die drei Bildungsgruppen lassen sich bei einigen Themen kleinere Unterschiede festhalten: So nimmt die Relevanz bei den Themen „*Politische Partizipation*“, „*Ehrenamt*“, „*Gesundheitliche Versorgung*“, „*Digitalisierung*“ sowie „*Schule und Bildung*“ mit steigendem Bildungsgrad leicht zu. Die Antwortmöglichkeiten „*Verkehr*“ (ca. 50%), „*Wohnen*“ (ca. 55%) und „*Freundschaft/Partnerschaft*“ (ca. 29%) wurden von Personen mit maximal Hauptschulabschluss überproportional häufig genannt.

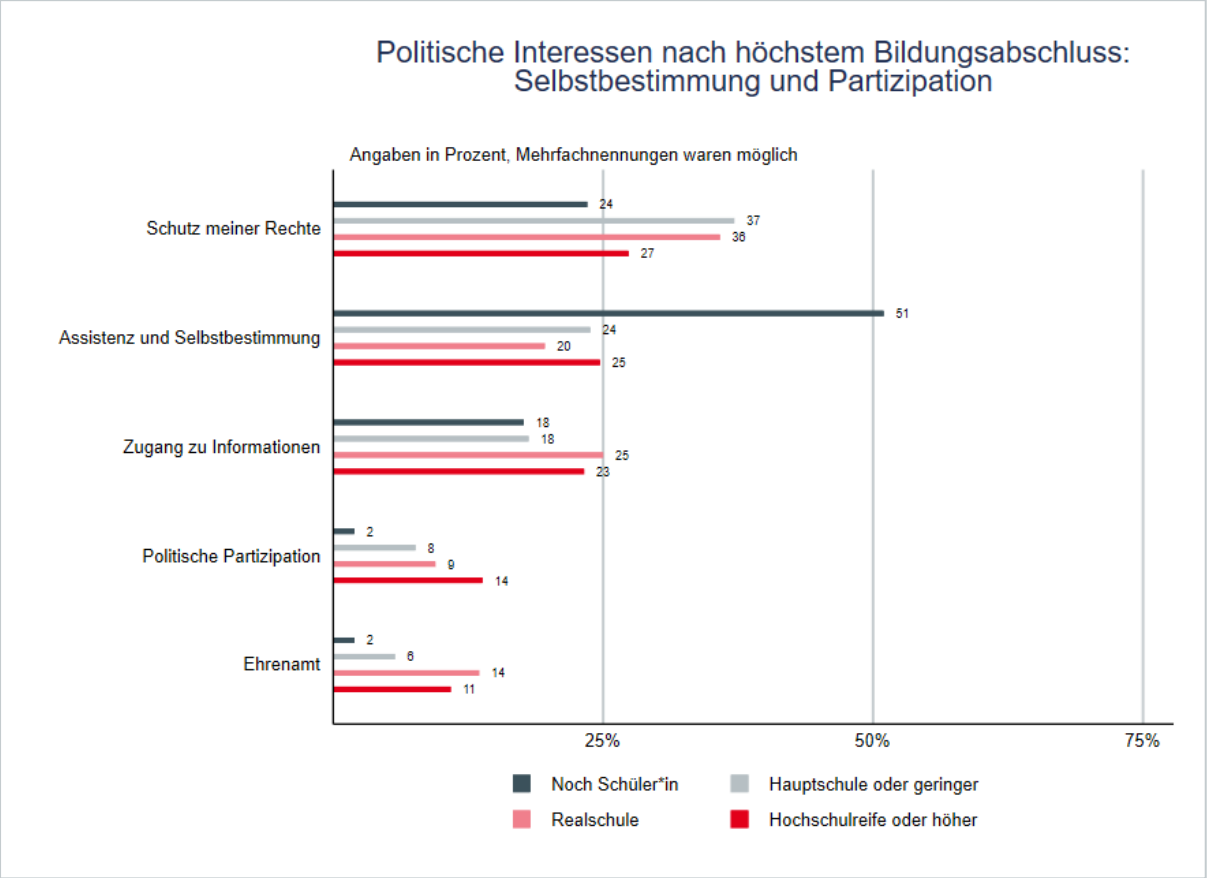

Abbildung 76

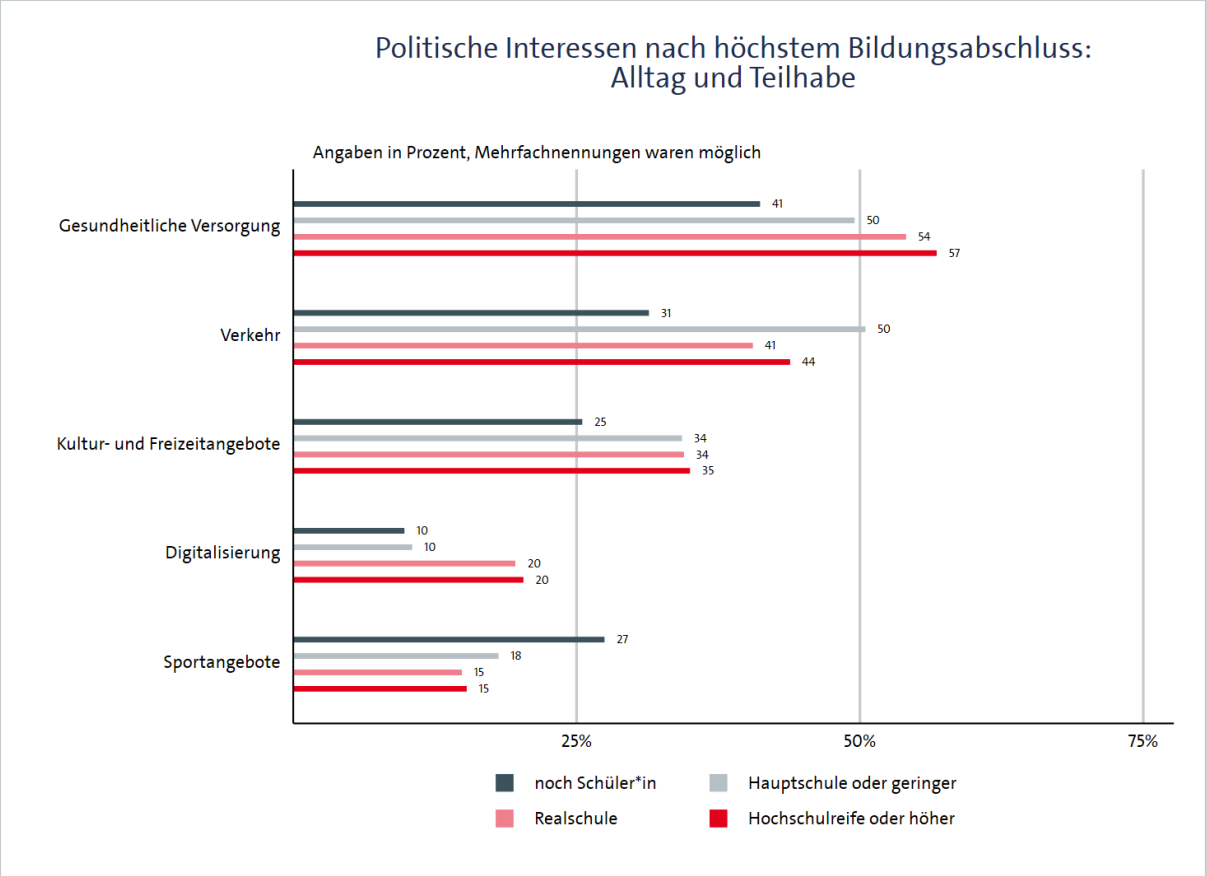

Abbildung 77

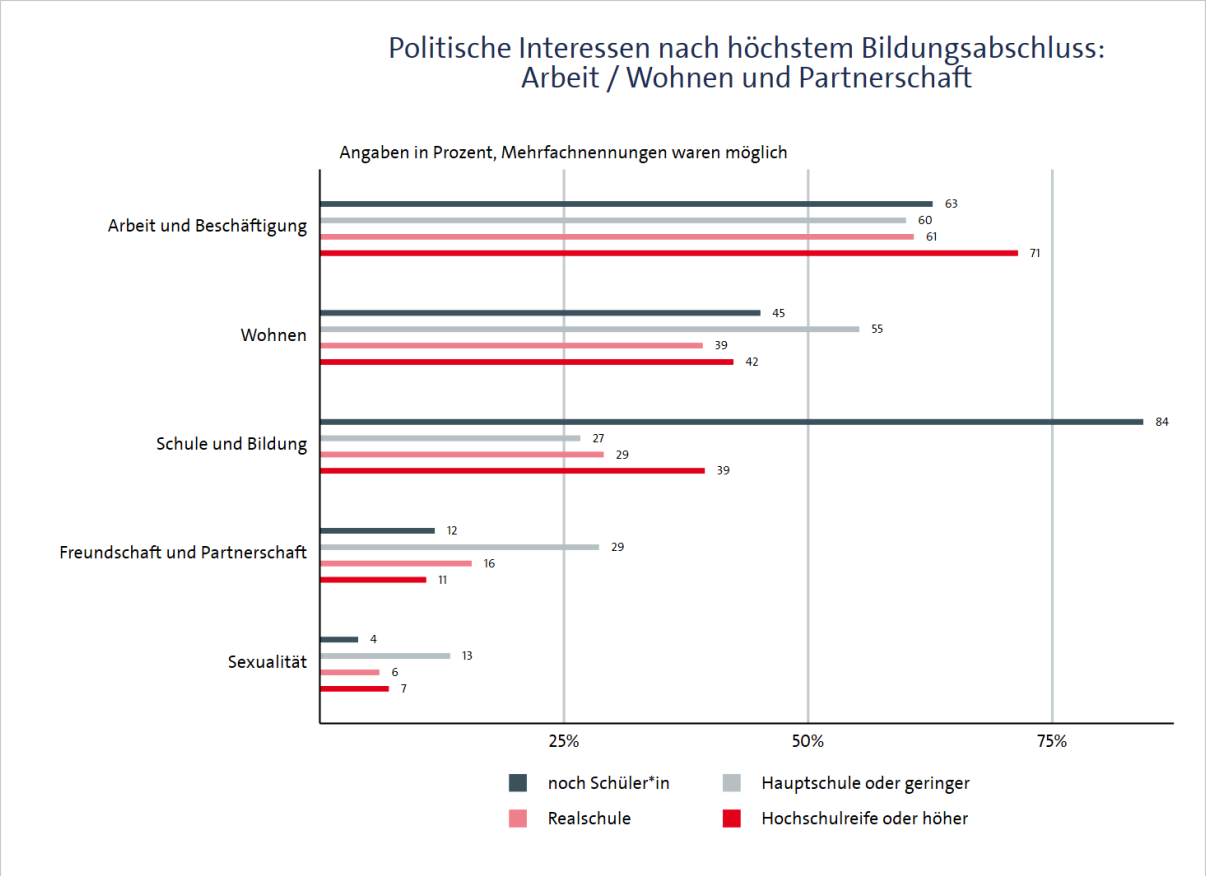

Abbildung 78

12.13 POLITISCHE INTERESSENSTHEMEN NACH BEHINDERUNG/ BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Abbildungen 79 bis 87 zeigen den Vergleich der genannten Interessensthemen nach Behinderung/Beeinträchtigung beginnend mit den Gruppen *„körperliche Behinderung“*, *„Sehbehinderung“*, *„Hörbehinderung“* und *„(Schwer-)Mehrfachbehinderung“*.

Personen, die ausschließlich angaben, eine körperliche Behinderung aufzuweisen, wählten am häufigsten die Kategorien *„Arbeit und Beschäftigung“* (ca. 61%), *„Verkehr“* (ca. 58%), *„Wohnen“* (ca. 57%) sowie *„Gesundheitliche Versorgung“* (ca. 50%). Auch für Sehbehinderte ist der Bereich *„Arbeit und Beschäftigung“* (ca. 64%), aber vor allem *„Verkehr“* hoch relevant. Letzteres gaben so in etwa drei von vier Befragten mit Sehbehinderung an. Weiterhin häufig nannte diese Gruppe mit ca. 48 Prozent *„Kultur- und Freizeitangebote“* sowie die gesundheitliche Versorgung (ca. 44%). Knapp drei Viertel aller Hörbehinderten wählte am häufigsten die Antwortoption *„Arbeit und Beschäftigung“* (ca. 72%). Von großem Interesse sind für diese Befragten weiterhin die gesundheitliche Versorgung (ca. 53%), Themen der Teilhabe wie *„Kultur- und Freizeitangebote“* (ca. 43%) und der Zugang zu Informationen (ca. 41%). Letzteres wurde von dieser Untergruppe im Vergleich zu den anderen dargestellten Gruppen überproportional häufig gewählt. Für Personen mit einer (schweren) Mehrfachbehinderung sind im Kontext der Barrierefreiheit ebenfalls vor allem die Bereiche *„Arbeit und Beschäftigung“* (ca. 60%), *„Gesundheitliche Versorgung“* (ca. 57%) und *„Verkehr“* (ca. 45%) von entscheidender Bedeutung.

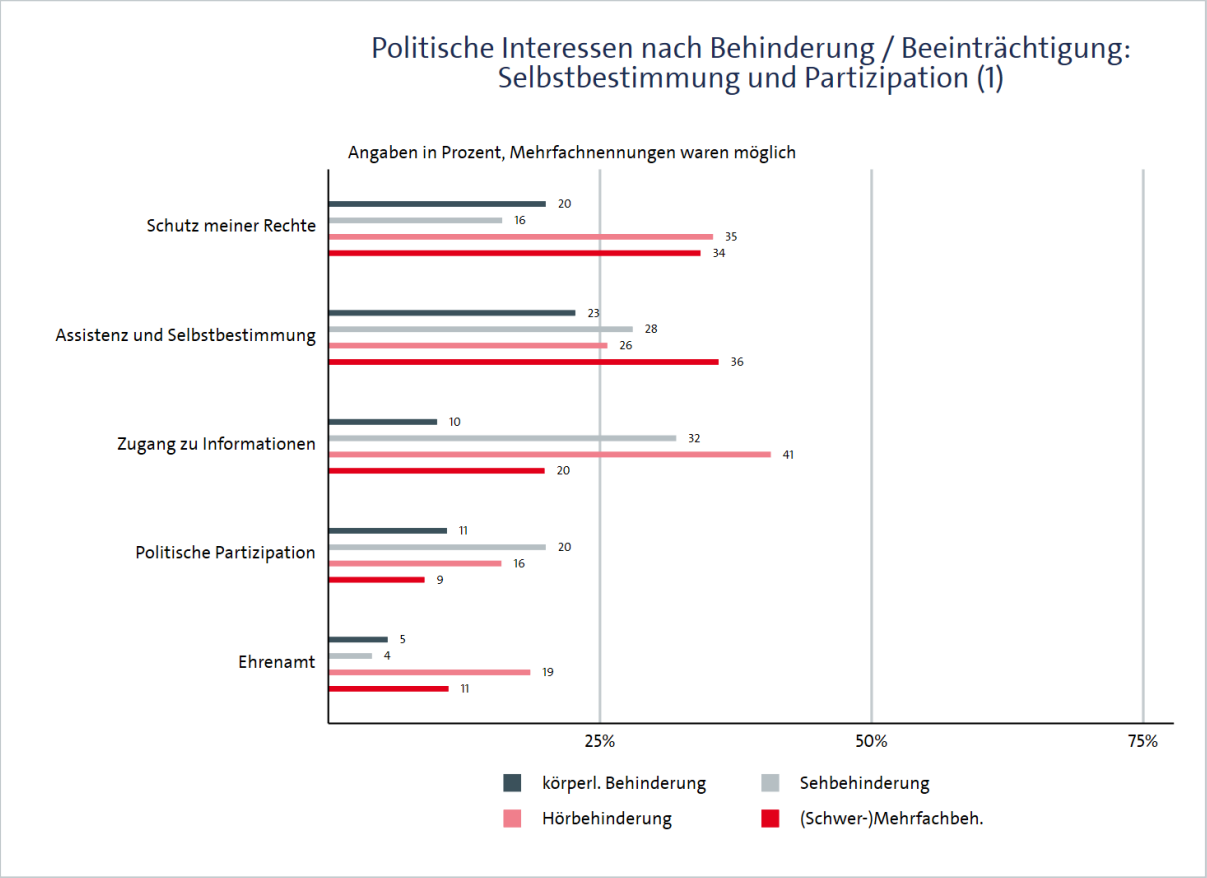

Abbildung 79

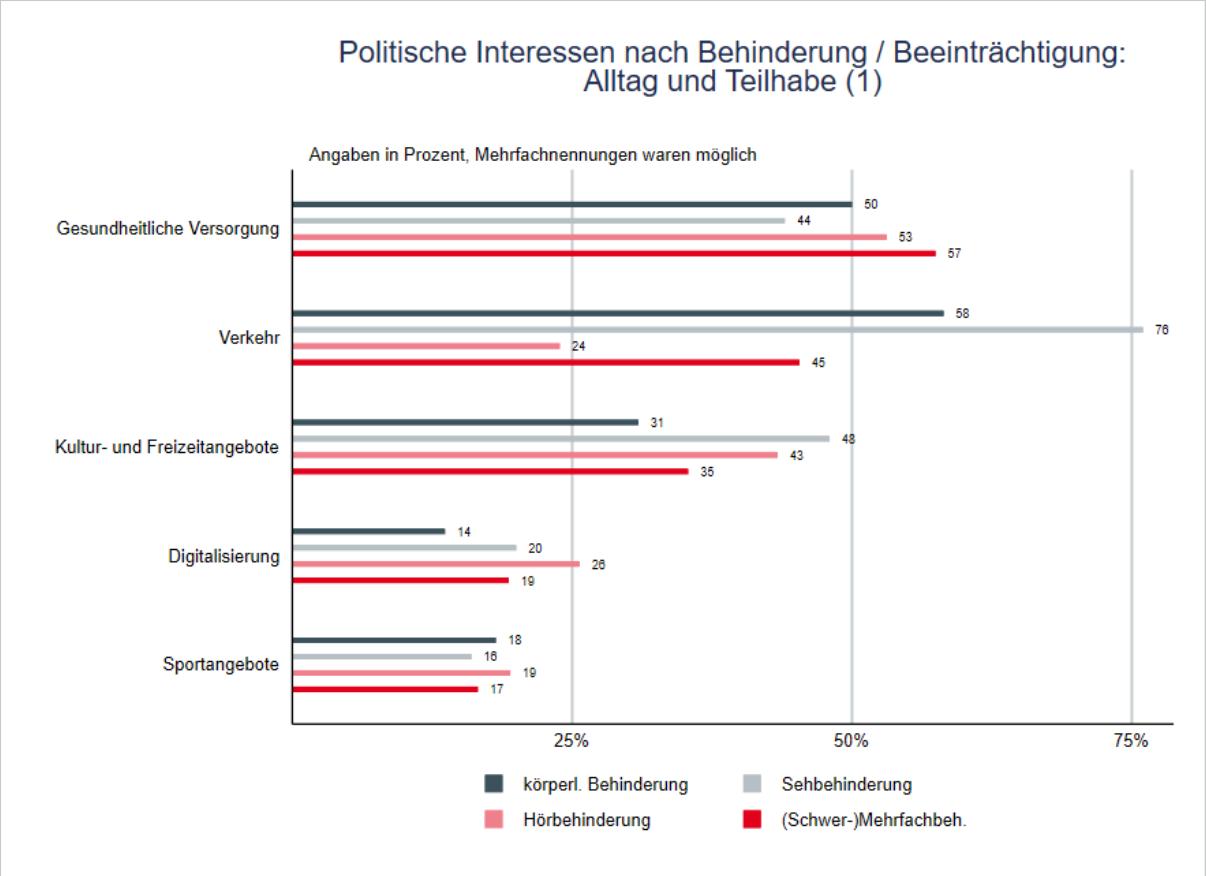

Abbildung 80

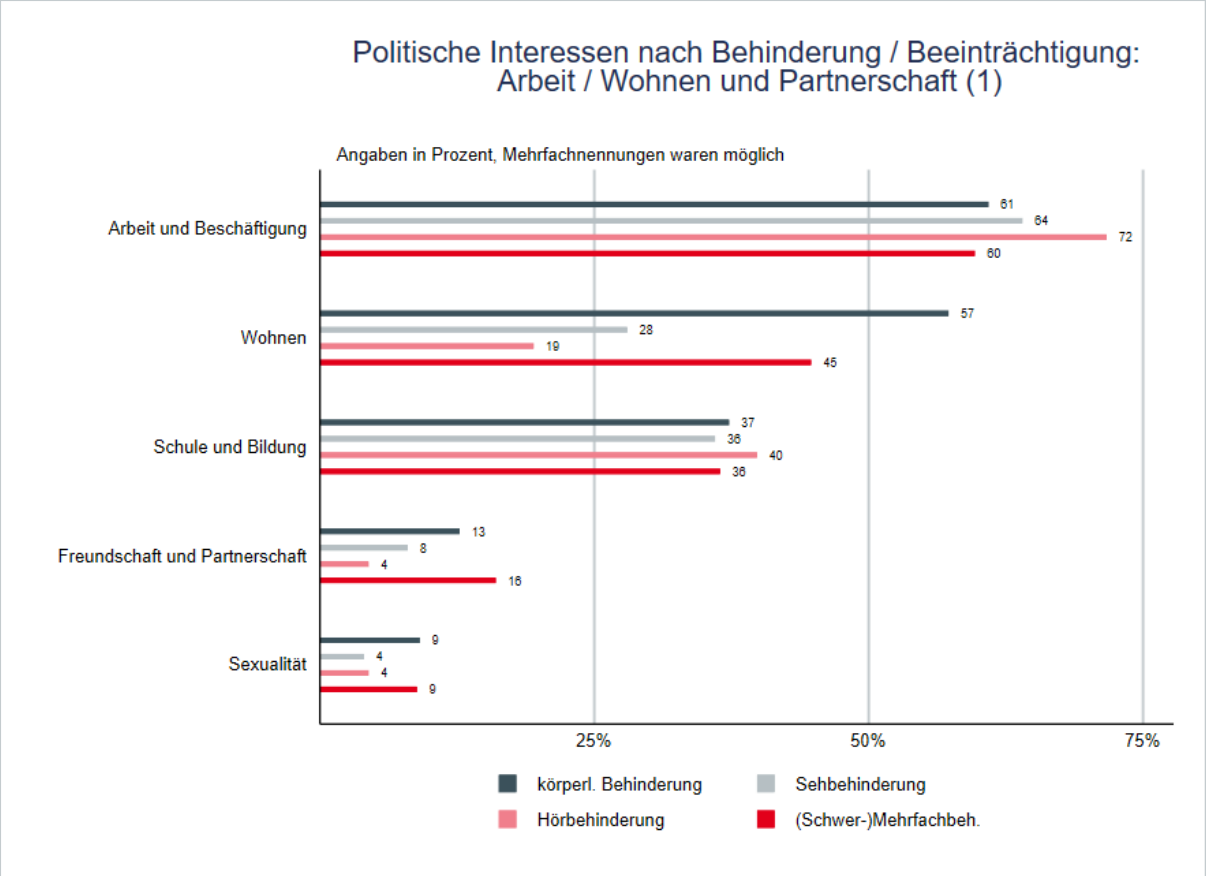

Abbildung 81

Auch bei den Darstellungen 82 bis 84 zeigt sich, dass der Bereich der Arbeit für alle untersuchten Gruppen von essenzieller Bedeutung ist. Sowohl Menschen mit Autismus, einer kognitiven oder seelischen Behinderung als auch einer chronischen Erkrankung wählten diese Antwort am häufigsten. Relevant für Menschen mit kognitiver Behinderung sind weiterhin vor allem die Bereiche „*Verkehr*“ (ca. 52%), „*Schule und Bildung*“ (ca. 45%) und „*Wohnen*“ mit etwa 42 Prozent aller Nennungen. Autist*innen gaben ebenfalls an, dass ihnen der Bereich „*Schule und Bildung*“ sehr wichtig sei. Diese Antwortmöglichkeit gab in etwa jede*r zweite der Befragten hier an. Chronisch erkrankte Personen wählten neben der Arbeit verhältnismäßig häufig die Bereiche „*Wohnen*“ (ca. 54%) und die gesundheitliche Versorgung (ca. 56%).

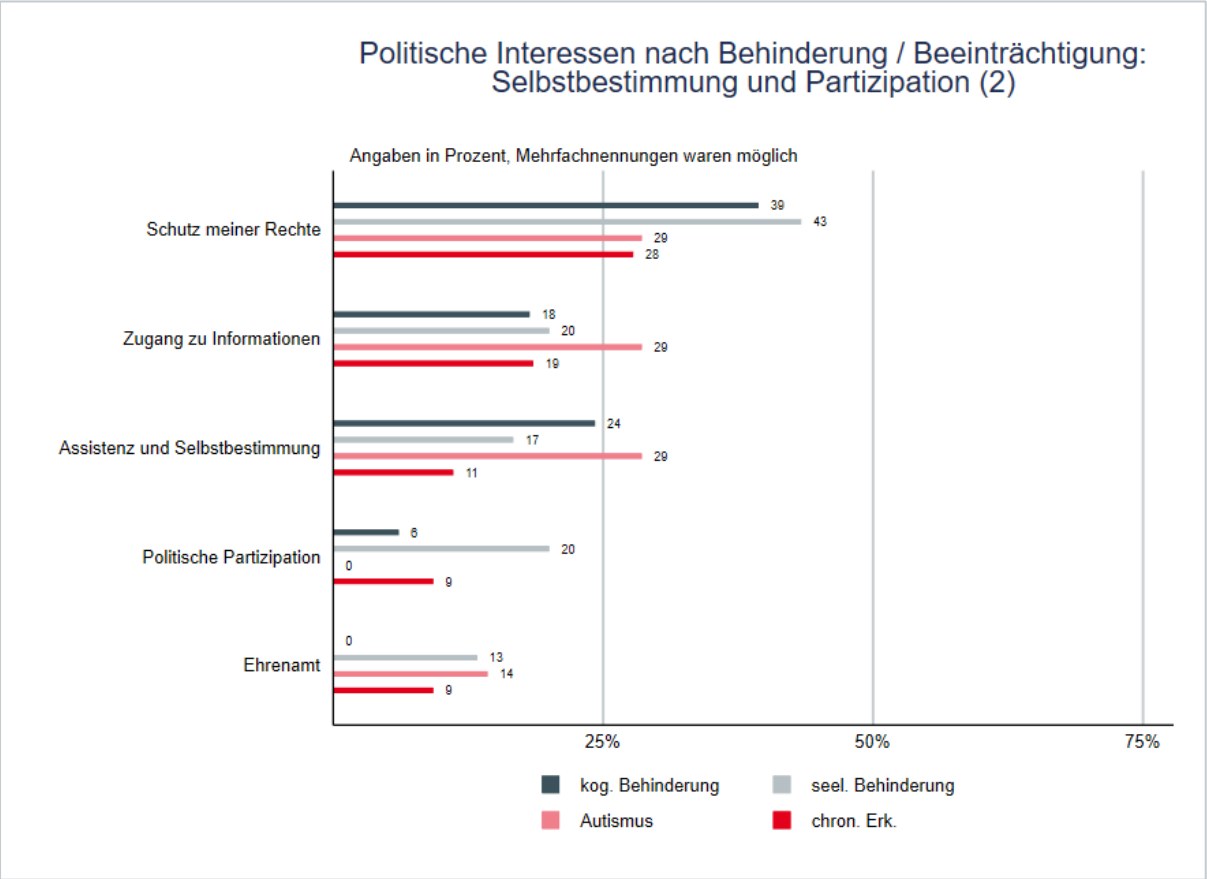

Abbildung 82

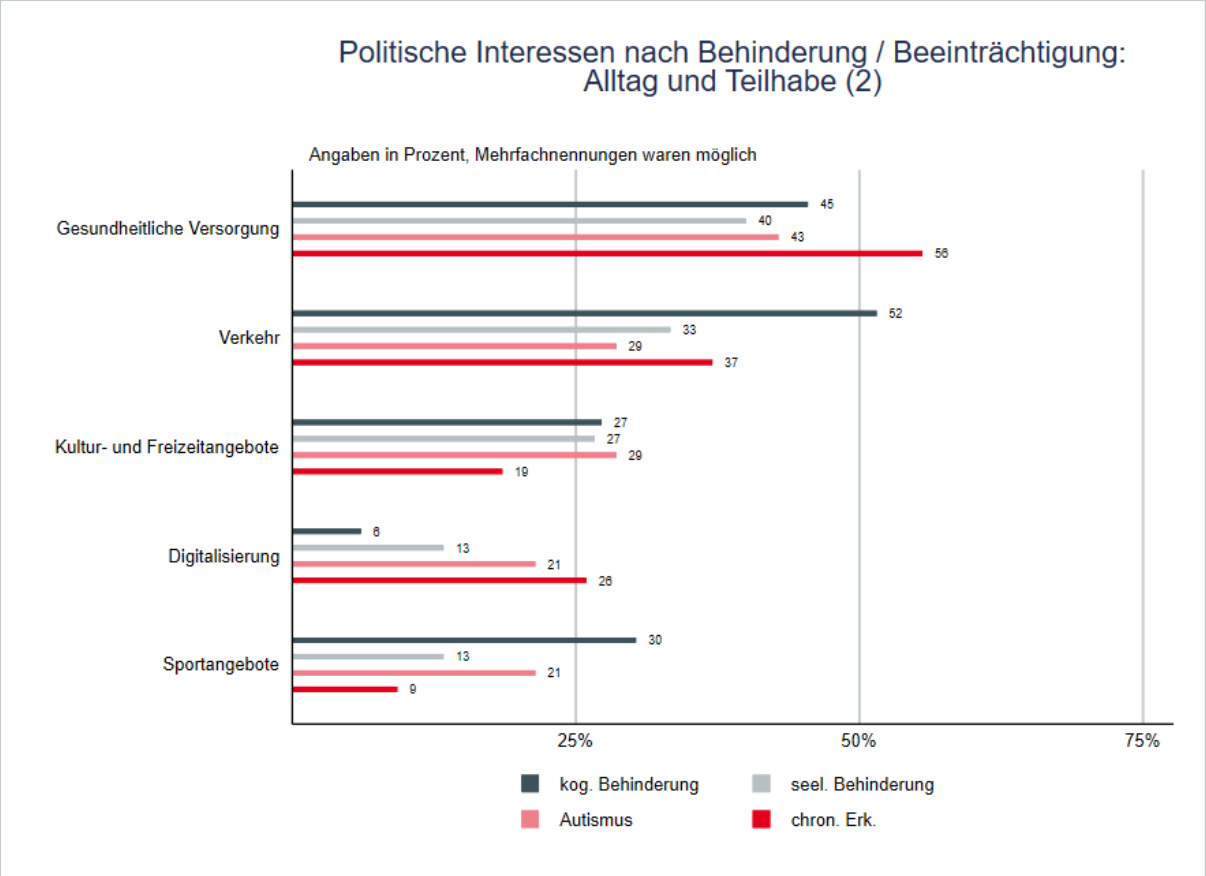

Abbildung 83

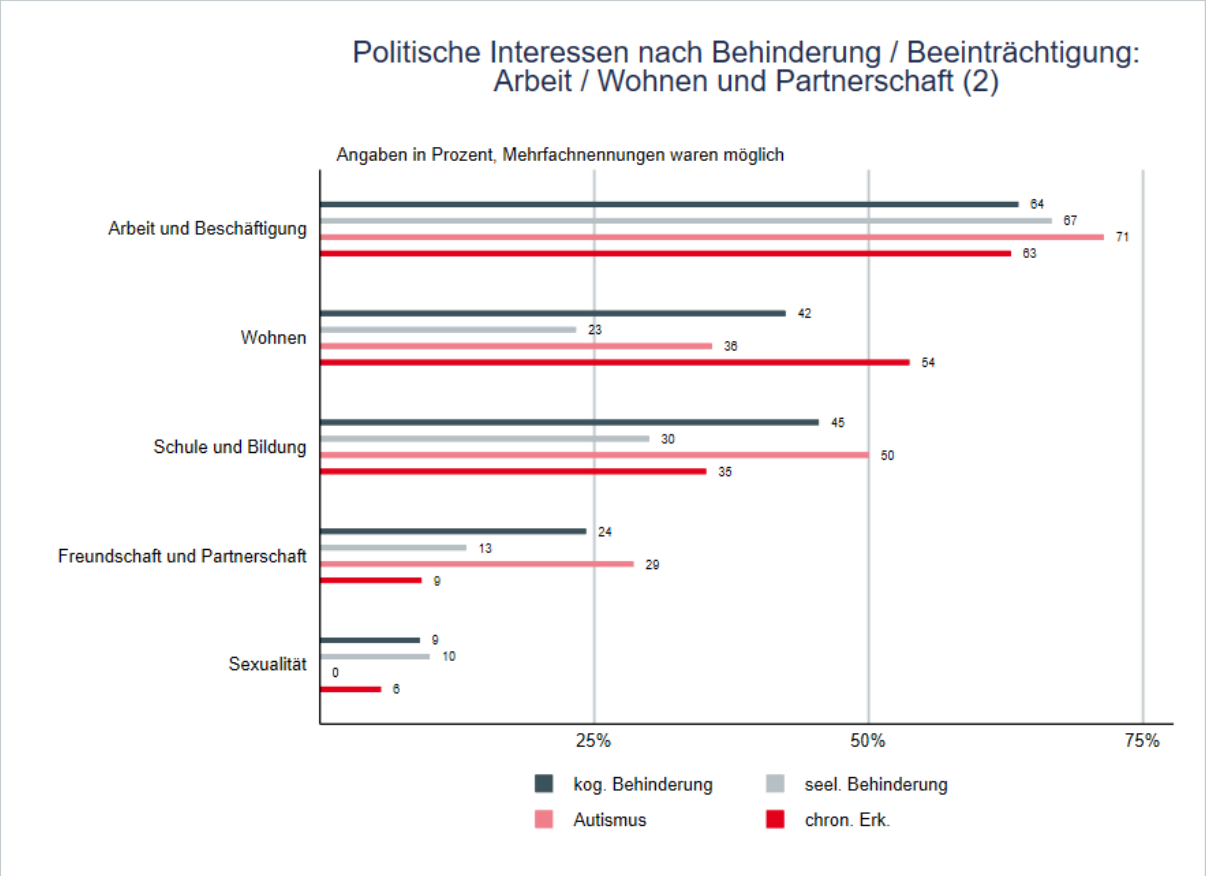

Abbildung 84

Die Abbildungen 85 bis 87 differenzieren nach den vier am häufigsten genannten Doppelantworten zur Frage nach der Behinderung/Beeinträchtigung. Wie zuvor sind bei allen betrachteten Untergruppen vor allem die Bereiche *„Arbeit und Beschäftigung*, *„Wohnen*“ und *„gesundheitliche Versorgung*“ von hoher Relevanz. Personen mit einer körperlichen Behinderung / chronischen Erkrankung wählten zudem vergleichsweise häufig den Bereich *„Verkehr*“ (ca. 55%), Personen mit einer körperlichen und kognitiven Behinderung die Bereiche *„Kultur- und Freizeitangebote*“ (ca. 47%), sowie *„Freundschaft und Partnerschaft*“ (ca. 53%).

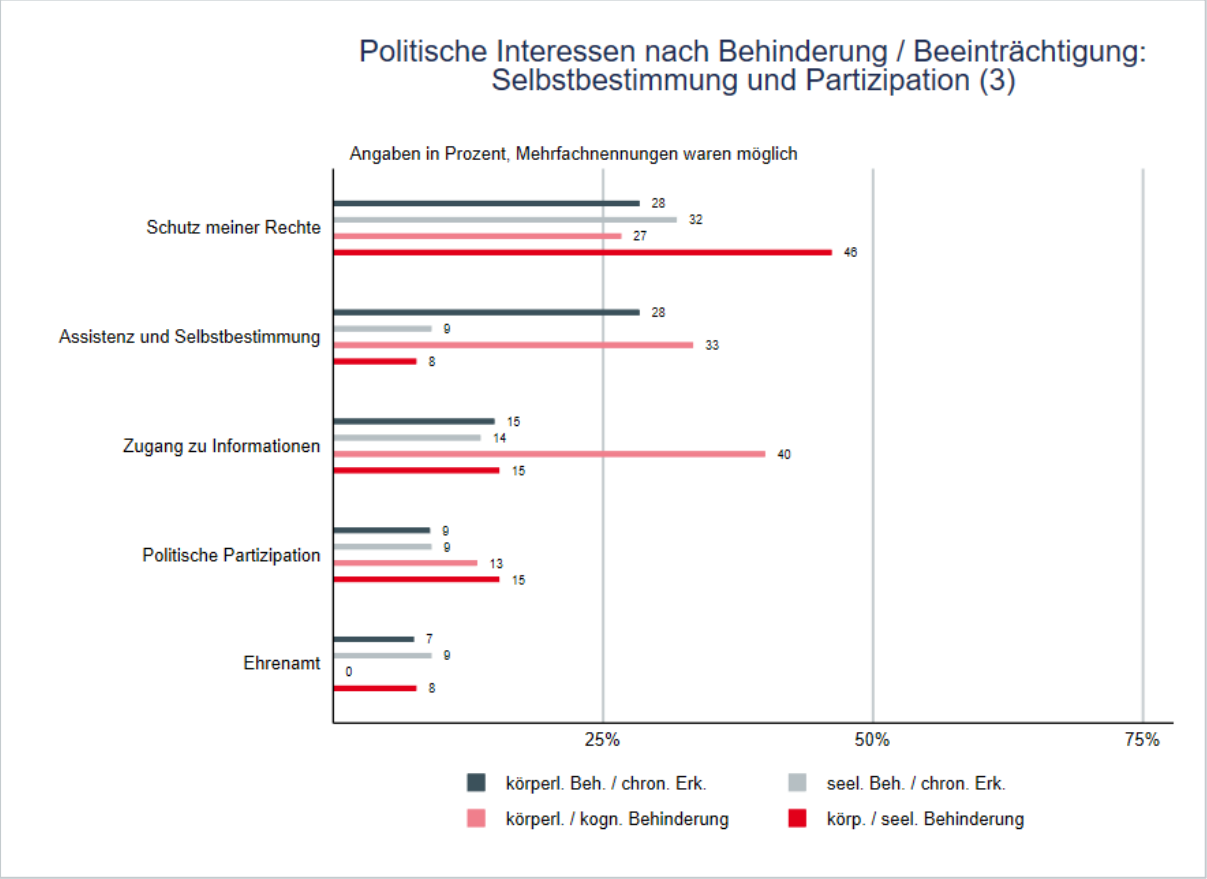

Abbildung 85

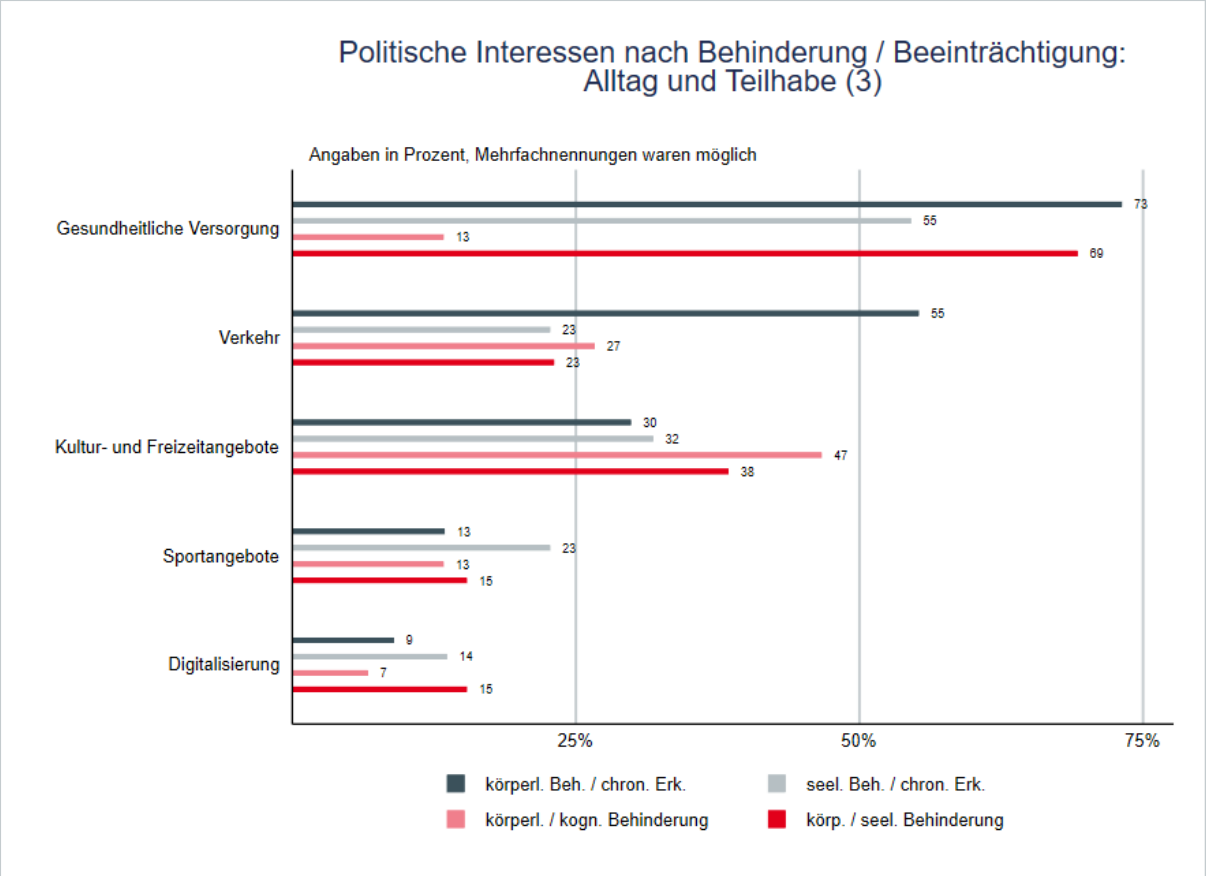

Abbildung 86

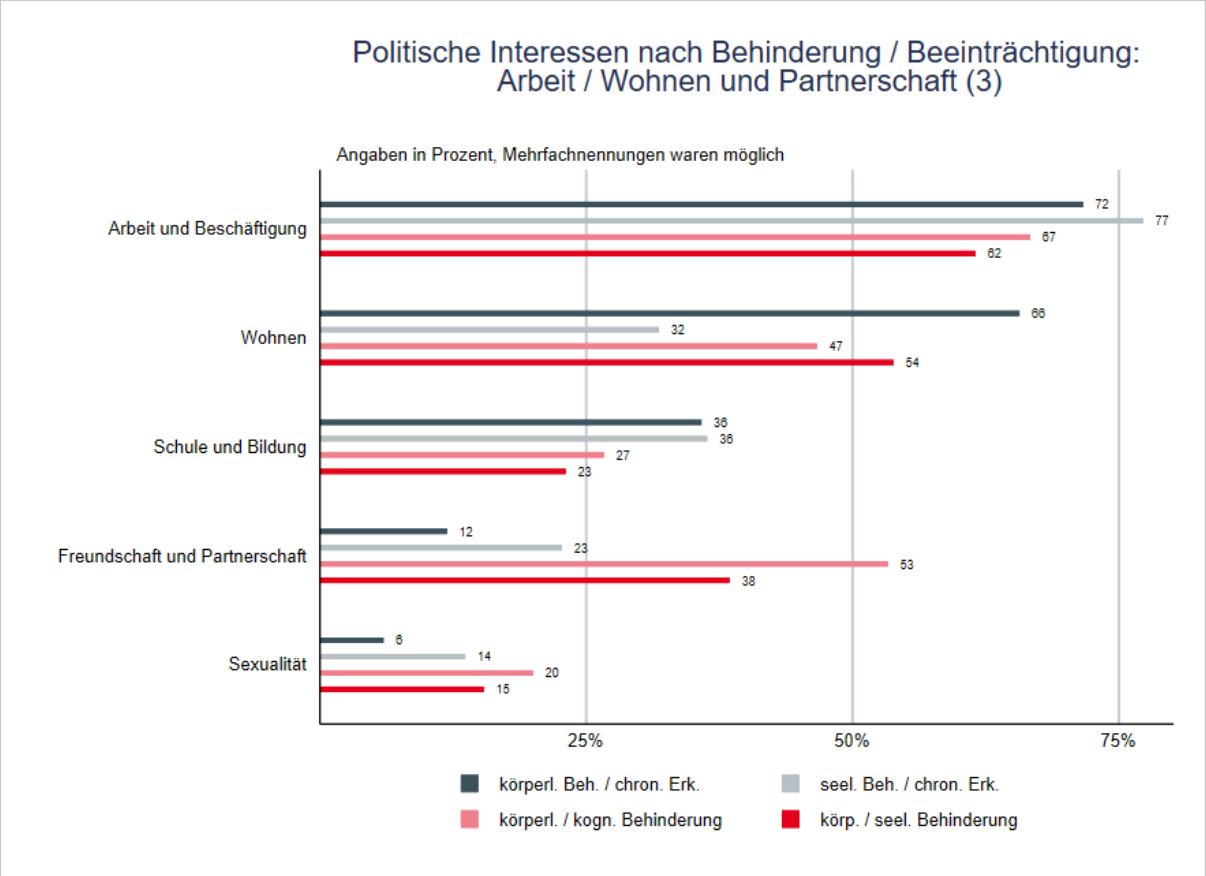

Abbildung 87

13 KONTAKT ZU MENSCHEN MIT UND OHNE BEHINDERUNG

13.1 KONTAKT ZU GLEICHALTRIGEN MIT BEHINDERUNG

Alle Teilnehmenden bis einschließlich 21 Jahren wurden gebeten anzugeben, wie wichtig ihnen das Zusammensein mit Gleichaltrigen mit einer Behinderung/Beeinträchtigung ist. Für etwa 55 Prozent der Befragten dieser Altersgruppe Jugendlichen ist dies „*nicht so*“ oder „*gar nicht wichtig*“. Für etwa 21 Prozent ist Kontakt zu Gleichaltrigen mit einer Behinderung hingegen „*sehr wichtig*“, für ca. 24 Prozent „*eher wichtig*“.

TABELLE 29 Kontakt zu Gleichaltrigen mit Behinderung / Beeinträchtigung

Wie wichtig ist Ihnen das Zusammensein mit Gleichaltrigen **mit** einer Behinderung/ Beeinträchtigung?	N	%
Sehr wichtig	13	21
Eher wichtig	15	24
Nicht so wichtig	29	47
Gar nicht wichtig	5	8
Gesamt	**62**	**100**

Anmerkung: Diese Frage wurde ausschließlich Teilnehmenden bis 21 Jahren gestellt.

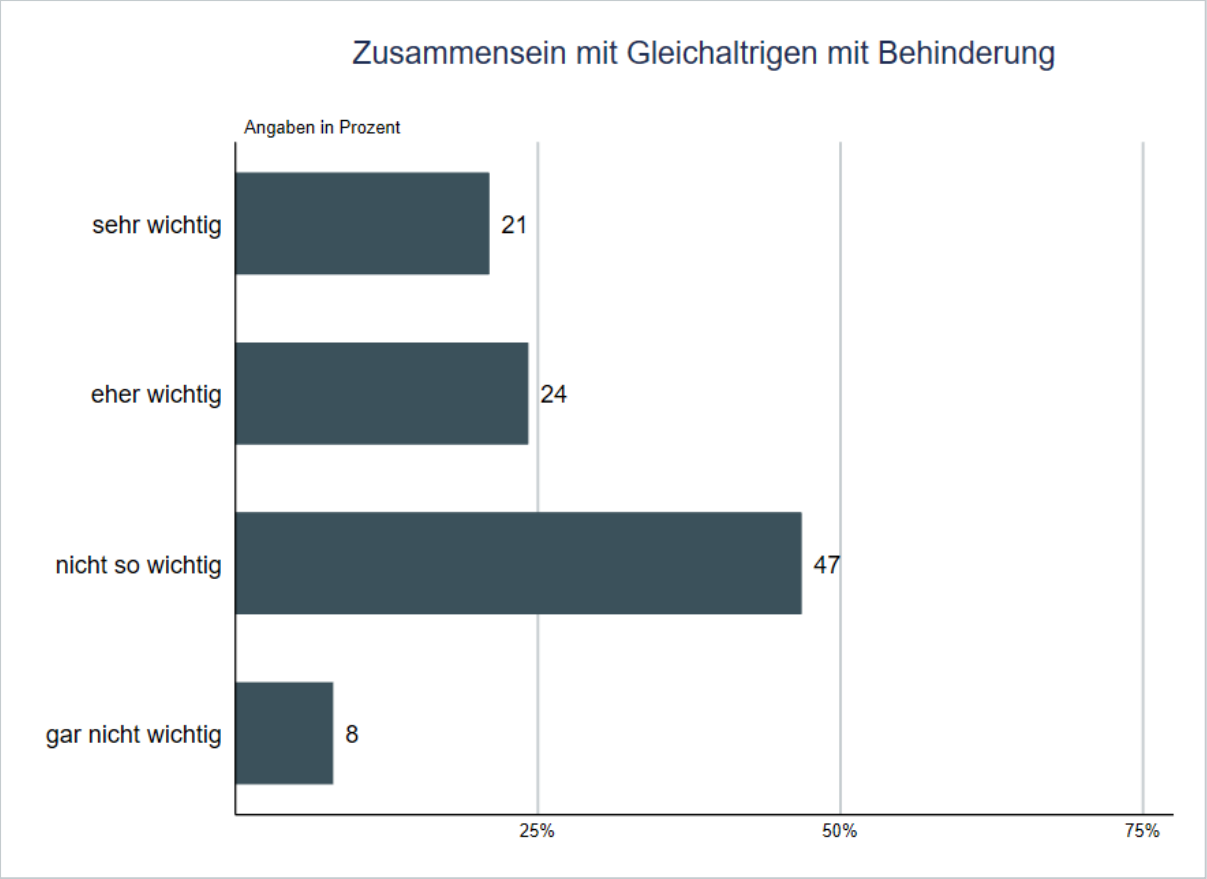

Abbildung 88

13.2 KONTAKT ZU GLEICHALTRIGEN OHNE BEHINDERUNG

Im Vergleich zum Zusammensein mit Gleichaltrigen mit einer Behinderung/Beeinträchtigung (siehe 13.1), gibt ein größerer Anteil der jüngeren Befragten an, dass ihnen Kontakt zu Gleichaltrigen ohne Behinderung wichtig sei. So ist dieser Kontakt bzw. das Zusammensein für ca. 30 Prozent „*eher wichtig*“, für ca. 36 Prozent sogar „*sehr wichtig*“.

TABELLE 30 Kontakt zu Gleichaltrigen ohne Behinderung / Beeinträchtigung

Wie wichtig ist Ihnen das Zusammensein mit Gleichaltrigen **ohne** eine Behinderung/ Beeinträchtigung?	N	%
Sehr wichtig	22	36
Eher wichtig	18	30
Nicht so wichtig	18	30
Gar nicht wichtig	3	5
Gesamt	**61**	**100**

Anmerkung: Diese Frage wurde ausschließlich Teilnehmenden bis 21 Jahren gestellt.

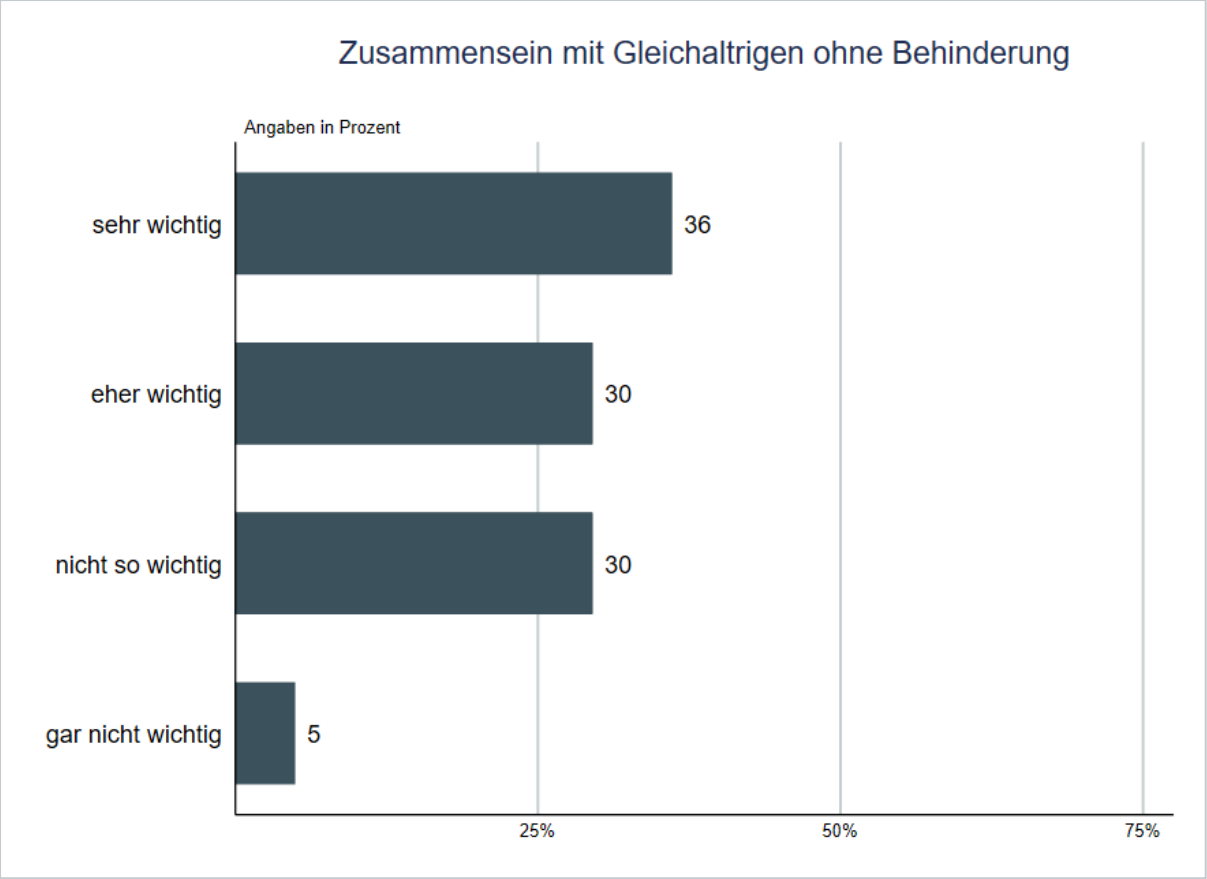

Abbildung 89

14 GEWALTERFAHRUNGEN

14.1 ERFAHRUNGEN VON GEWALT

Jede*r fünfte Befragte gibt an, aufgrund ihrer/seiner Behinderung/Beeinträchtigung Gewalt in einem größeren oder sehr großen Ausmaß erlebt zu haben. In etwa 34 Prozent hat mindestens in einem geringen Ausmaß Gewalt erfahren. Auf ca. 46 Prozent trifft dies hingegen nicht zu.

TABELLE 31 Erfahrungen von Gewalt

Haben Sie in Ihrem Leben körperliche oder psychische Gewalt aufgrund Ihrer Behinderung/ Beeinträchtigung erlebt?	N	%
In einem sehr großen Ausmaß	41	7
In einem größeren Ausmaß	82	13
In einem geringen Ausmaß	215	34
Nein, gar nicht	292	46
Gesamt	**630**	**100**

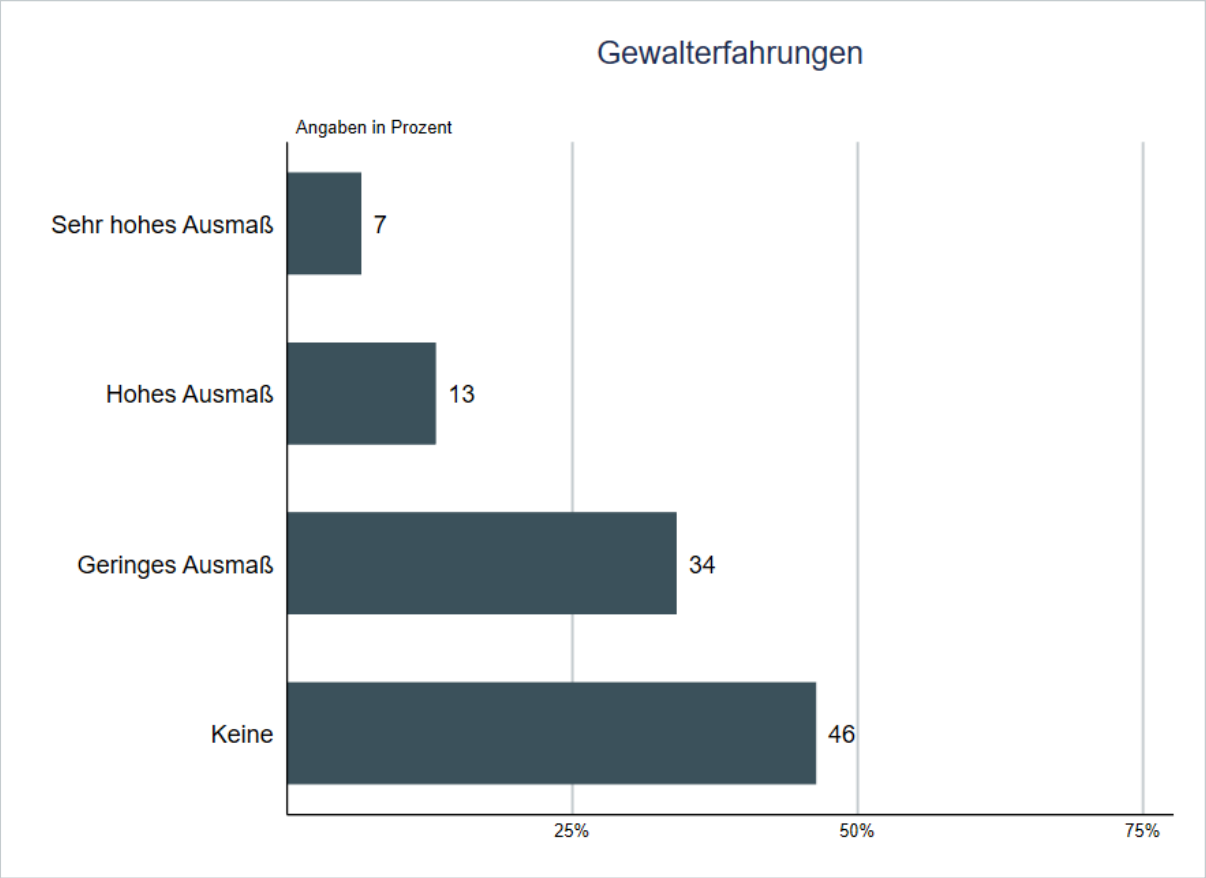

Abbildung 90

14.2 ERFAHRUNGEN VON GEWALT NACH GESCHLECHT

Die Erfahrungen von Gewalt unterscheiden sich nur leicht zwischen den zwei betrachteten Geschlechtsgruppen. So gaben ca. 22 Prozent der Frauen an, Gewalt in einem sehr hohen oder hohen Ausmaß erlebt zu haben. Bei Männern liegt dieser Anteil bei ca. 16 Prozent.

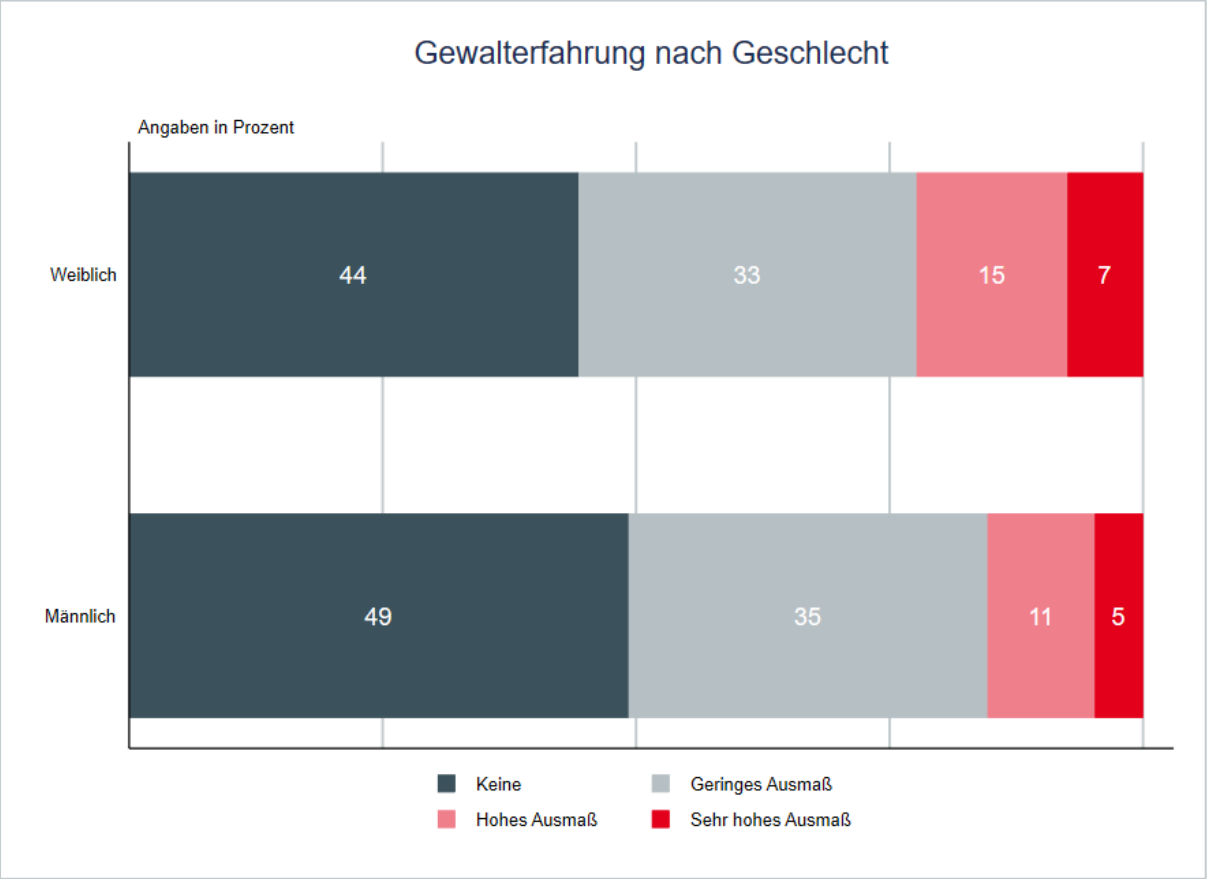

Abbildung 91

14.3 ERFAHRUNGEN VON GEWALT NACH BEHINDERUNG/BEEINTRÄCHTIGUNG

Abbildung 92 vergleicht das Auftreten und die Intensität von Gewalterfahrungen nach Behinderung/Beeinträchtigung. Unter den Befragten mit Autismus liegt der Anteil an Personen mit sehr hohem oder hohem Ausmaß an Gewalterfahrungen bei ca. 60 Prozent. Für Menschen mit einer seelischen Behinderung lässt sich ein Anteil von ca. 39 Prozent beziffern, bei blinden Menschen ein Anteil von in etwa 33 Prozent. Insgesamt wird deutlich, dass je nach betrachteter Gruppe nur etwa jede zweite oder jede dritte befragte Person keine Gewalt aufgrund ihrer Behinderung/Beeinträchtigung erfahren hat.

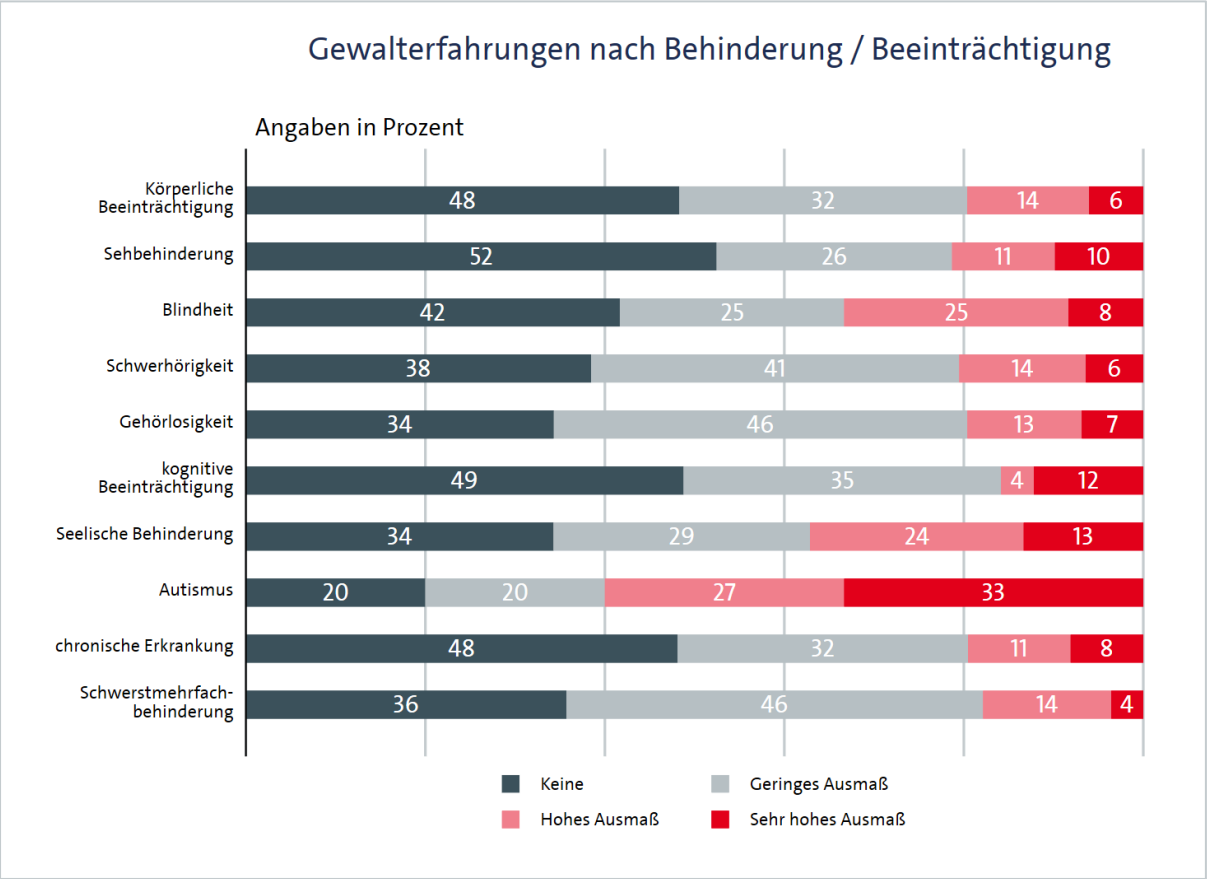

Abbildung 92

14.4 ORTE DER GEWALTERFAHRUNGEN

Alle Personen, die mindestens angaben, aufgrund Ihrer Behinderung/Beeinträchtigung bereits in einem geringen Ausmaß Gewalt erfahren zu haben, wurden gebeten, die Orte bzw. Kontexte der Erlebnisse zu benennen. Hierbei waren Mehrfachantworten möglich. Am häufigsten erlebten Personen Gewalt in der Schule (ca. 43%) oder auf der Arbeit (ca. 42%). In etwa jede*r Dritte gab an, dass sie bzw. er im öffentlichen Nahverkehr mit Gewalt konfrontiert wurde. Die Familie wurde von ca. 23 Prozent der Betroffenen als Ort der Gewalt benannt, der Freundeskreis von ca. 13 Prozent sowie Ehe/Partnerschaft von ca. zwölf Prozent. Hervorzuheben ist weiterhin der Anteil von Arztpraxen und Kliniken mit einem Anteil von ca. 22 Prozent.

TABELLE 32 Orte der Gewalterfahrung

In welchen der folgenden Bereiche haben Sie aufgrund Ihrer Behinderung/Beeinträchtigung bereits körperliche oder psychische Gewalt erfahren?	N	%
Schule	146	43
Arbeit	141	42
Im öffentlichen Nahverkehr (z.B. in Bus oder Bahn, am Bahnhof)	113	34
Familie (Eltern, Geschwister, sonstige Familienangehörige)	78	23
Arztpraxen / Kliniken	75	22
Ausbildung / Studium	52	15
Freundeskreis	45	13
Ehe / Partnerschaft	41	12
Sonstiges	32	10
Sport	22	7
In einer Wohn- oder Hausgemeinschaft bzw. Wohneinrichtung für Menschen mit Behinderung	19	6
Für Geflüchtete: in einer Flüchtlingsunterkunft	2	1
Für Wohnungslose: in einer Wohnungslosenunterkunft	1	0
Keine Angabe	19	6
Gesamt	**337**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich. Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten. Diese Frage wurde ausschließlich Personen vorgelegt, die mindestens angaben, bereits in einem geringen Ausmaß Gewalt aufgrund Ihrer Behinderung/Beeinträchtigung erfahren zu haben.

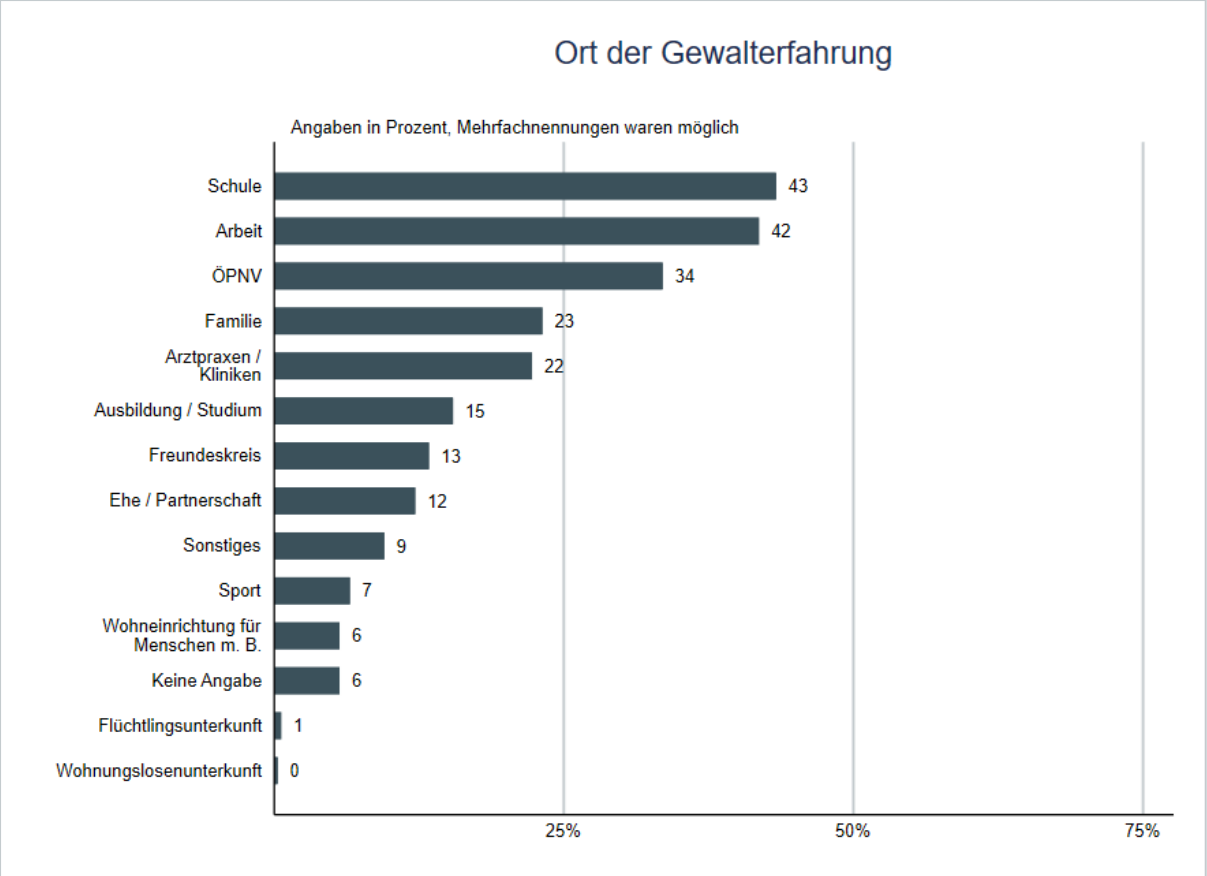

Abbildung 93

14.5 ORTE DER GEWALTERFAHRUNGEN NACH GESCHLECHT

Differenziert nach Geschlecht lassen sich für die Orte der Gewalterfahrungen bei einigen Bereichen Unterschiede feststellen. So liegt der Anteil an Gewalterfahrungen am Arbeitsplatz bei weiblichen Befragten mit ca. 45 Prozent über dem der Männer (ca. 37%). Jede vierte Frau mit Gewalterfahrungen gab weiterhin an, diese u.a. in Arztpraxen oder Kliniken erfahren zu haben, bei männlichen Befragten liegt dieser Anteil mit etwa 17 Prozent leicht niedriger. Frauen erleben außerdem in Ehe und Partnerschaft vergleichsweise häufiger Gewalt: Hier liegt der Anteil bei ca. 17 Prozent im Vergleich zu etwa sechs Prozent bei den männlichen Teilnehmenden.

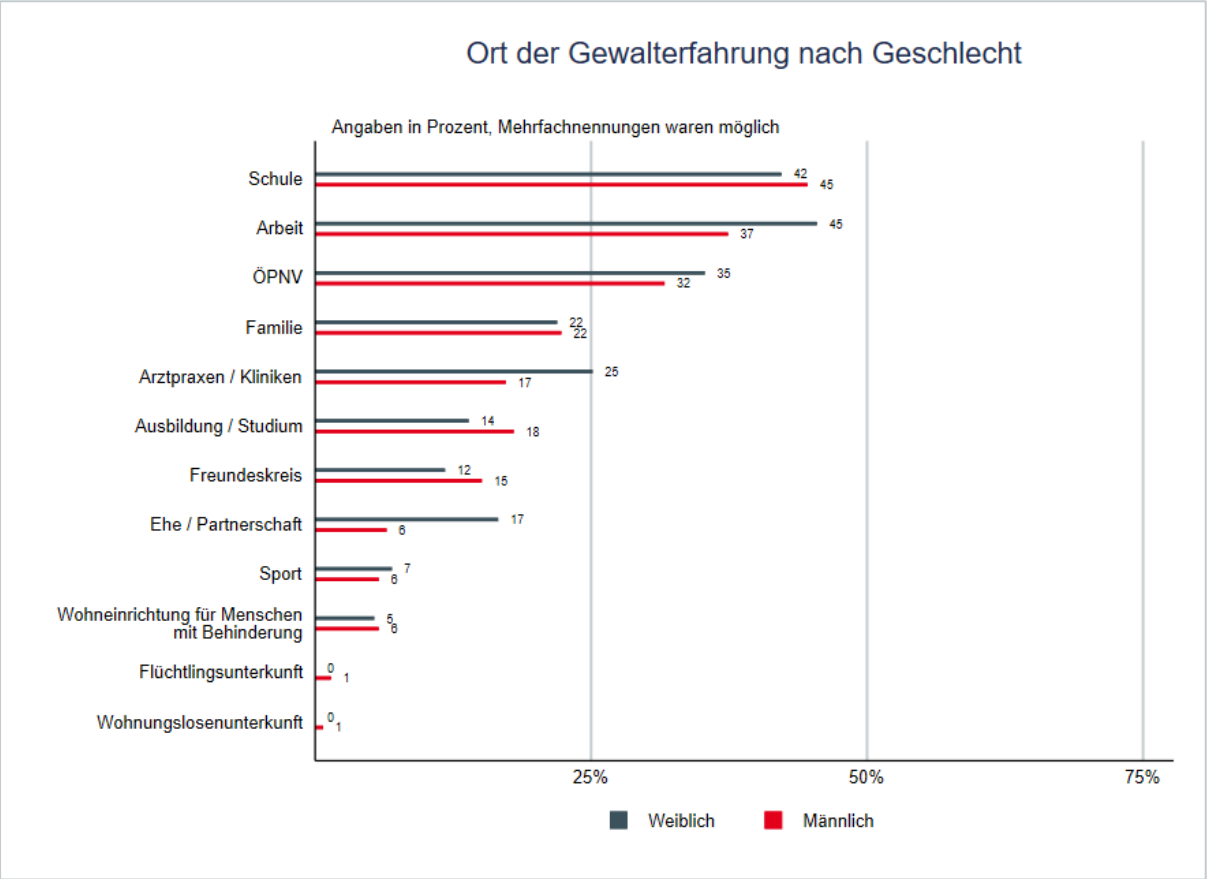

Abbildung 94

14.6 ORTE DER GEWALTERFAHRUNGEN NACH BEHINDERUNG/ BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Abbildungen 95 bis 97 differenzieren die Orte der Gewalterfahrung nach Behinderung/Beeinträchtigung. Personen mit einer körperlichen Behinderung nannten mit ca. 57 Prozent die Schule als häufigsten Ort der Gewalterfahrung, gefolgt vom öffentlichen Nahverkehr mit ca. 41 Prozent und dem Arbeitsplatz mit etwa 30 Prozent (Abbildung 95). Die Schule und der ÖPNV sind bei sehbehinderten Befragten die am häufigsten genannten Antwortoptionen (ca. 60% bzw. ca. 50%), Hörbehinderte gaben neben diesen Orten (ca. 38% bzw. 36%) vor allem den Arbeitsplatz an (ca. 46%). Auch Menschen mit einer (schweren) Mehrfachbehinderung erlebten vor allem in diesen drei Bereichen Gewalt (ca. 43% bis 53%), jedoch auch verhältnismäßig häufig in Arztpraxen und Kliniken (ca. 28%).

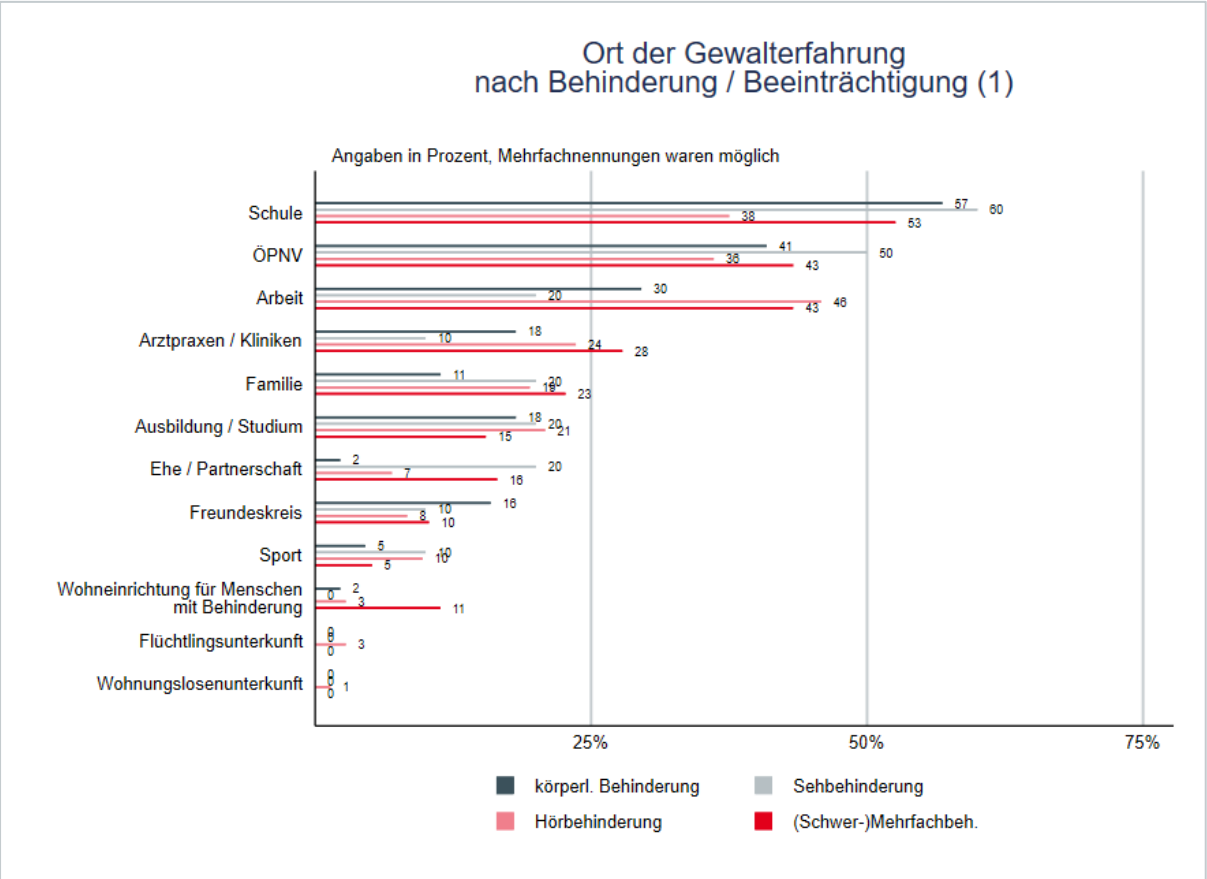

Abbildung 95

Personen mit einer seelischen Behinderung gaben an, vor allem auf der Arbeit, in der Familie (jeweils ca. 45%) und in Arztpraxen oder Kliniken Gewalt erfahren zu haben (ca. 35%) (Abbildung 96). Autist*innen nannten überproportional häufig die Bereiche Schule (ca. 75%), Ausbildung/Studium (ca. 63%), Familie (ca. 50%) sowie ebenfalls die Arbeitsstätte mit ca. 50 Prozent. Gewalterfahrungen in der Schule und auf der Arbeit waren auch für chronisch erkrankte Personen die häufigsten Nennungen (ca. 57% bzw. 50%). Befragte mit einer kognitiven Behinderung gaben verhältnismäßig seltener den Ort der Gewalt an. Bei dieser Untergruppe ist die Arbeit mit ca. 25 Prozent und die Schule mit ca. 33 Prozent zu nennen.

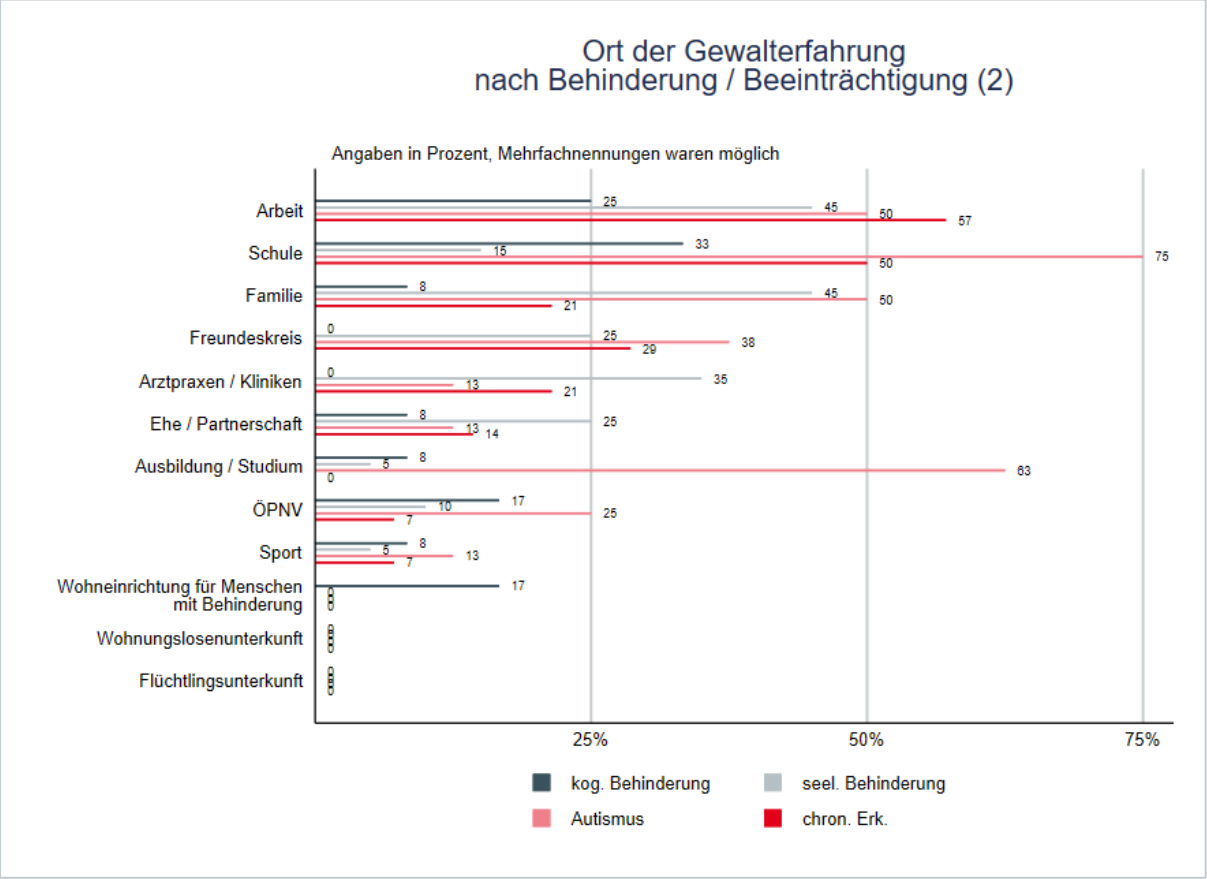

Abbildung 96

Abbildung 97 betrachtet die vier am häufigsten genannten Kombinationen. Personen mit einer körperlichen Behinderung / chronischen Erkrankung nannten bei der Frage nach dem Ort der Gewalterfahrung am häufigsten den Arbeitsplatz (ca. 39%) und den ÖPNV (ca. 35%), Personen mit einer seelischen Behinderung / chronischen Erkrankung ebenfalls die Arbeitsstätte (ca. 62%) und weiterhin die Familie (ca. 54%), sowie die Schule (ca. 46%). Befragte mit einer körperlichen und kognitiven Behinderung erlebten Gewalt vor allem in der eigenen Familie (ca. 60%), und ebenfalls auf der Arbeit (ca. 40%). Bei Personen mit körperlicher / seelischer Behinderung fällt neben der Familie und dem ÖPNV mit jeweils etwa 50 Prozent, die Gewalterfahrung in Arztpraxen auf (ca. 33%).

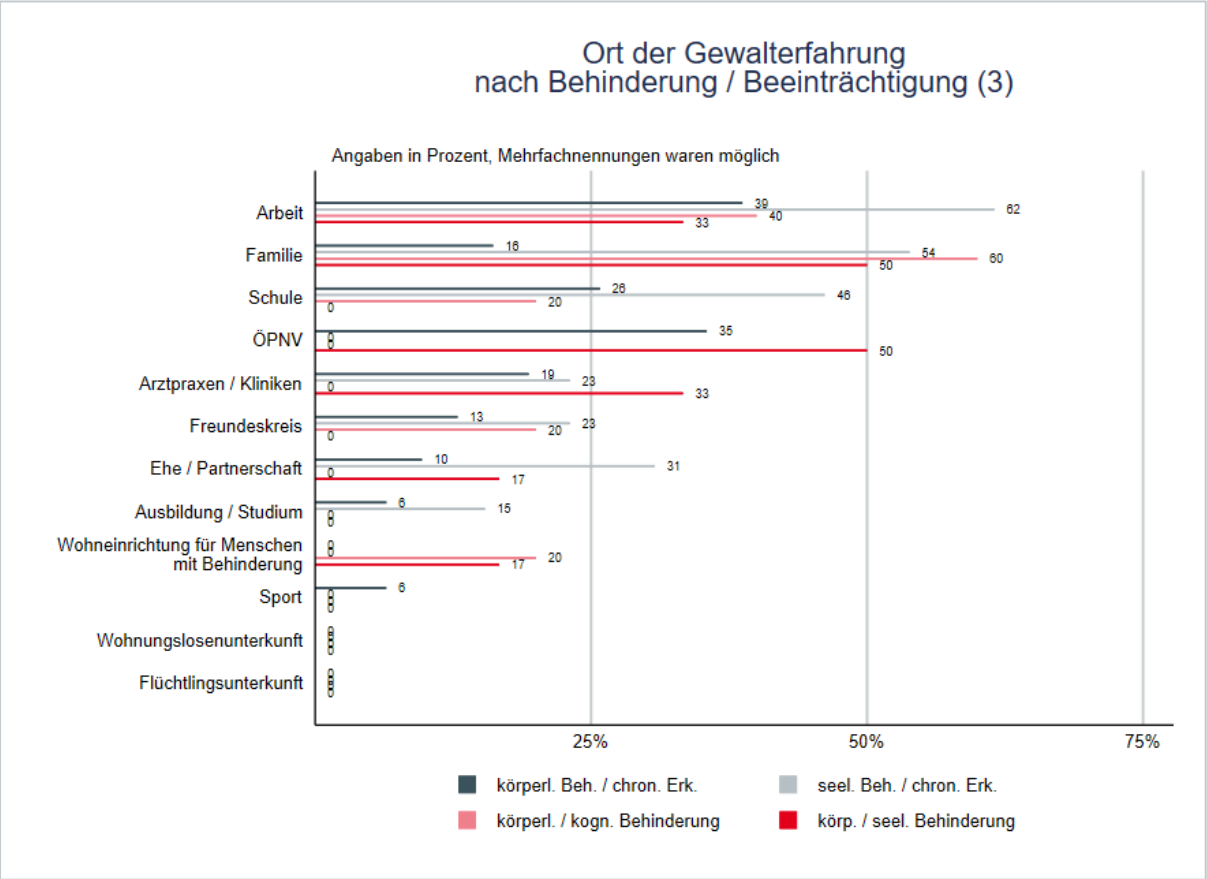

Abbildung 97

15 CORONA

Zum Ende der Umfrage wurden die Teilnehmenden zu ihren persönlichen Problemen im Kontext der SARS-CoV-2 Pandemie befragt. Mehrfachantworten waren möglich. Am häufigsten gaben Befragte an, sich Sorgen um die eigene Gesundheit oder die ihrer Mitmenschen zu machen (ca. 54%). In etwa 41 Prozent beklagten eine fehlende Tagesstruktur und das Fehlen von Freizeitangeboten, ca. 39% litten unter Einsamkeit. Weitere 13 bis 14 Prozent benannten ein zu geringes Angebot an barrierefreien Informationen, Abhängigkeit von Angehörigen, finanzielle Sorgen oder Erfahrungen von Diskriminierung als wahrgenommene Probleme. Vier Personen gaben an, häuslicher Gewalt ausgesetzt zu sein. Für ca. elf Prozent ist die Pandemie Situation hingegen nicht mit einer zusätzlichen Belastung verbunden.

TABELLE 33 Belastungen durch die Corona Pandemie

Welche der folgenden Punkte haben Sie während der Corona-Pandemie am meisten belastet?	N	%
Sorge um meine Gesundheit oder die meiner Mitmenschen	376	54
Fehlende Tagesstruktur / Freizeitangebote	286	41
Einsamkeit	274	39
Zu wenig barrierefreie Informationen	99	14
Abhängigkeit von Angehörigen	92	13
Finanzielle Sorgen	90	13
Diskriminierung	89	13
Sonstiges	83	12
Häusliche Gewalt	4	1
Die Pandemie ist/war keine Belastung für mich.	76	11
Gesamt	**630**	**100**

Anmerkung: Mehrfachantwort möglich. Der Anteil bezieht sich zeilenweise auf die Summe der Personen, die mindestens eine Antwort ausgewählt haben. Die Summe entspricht nicht den aufsummierten Antworten.

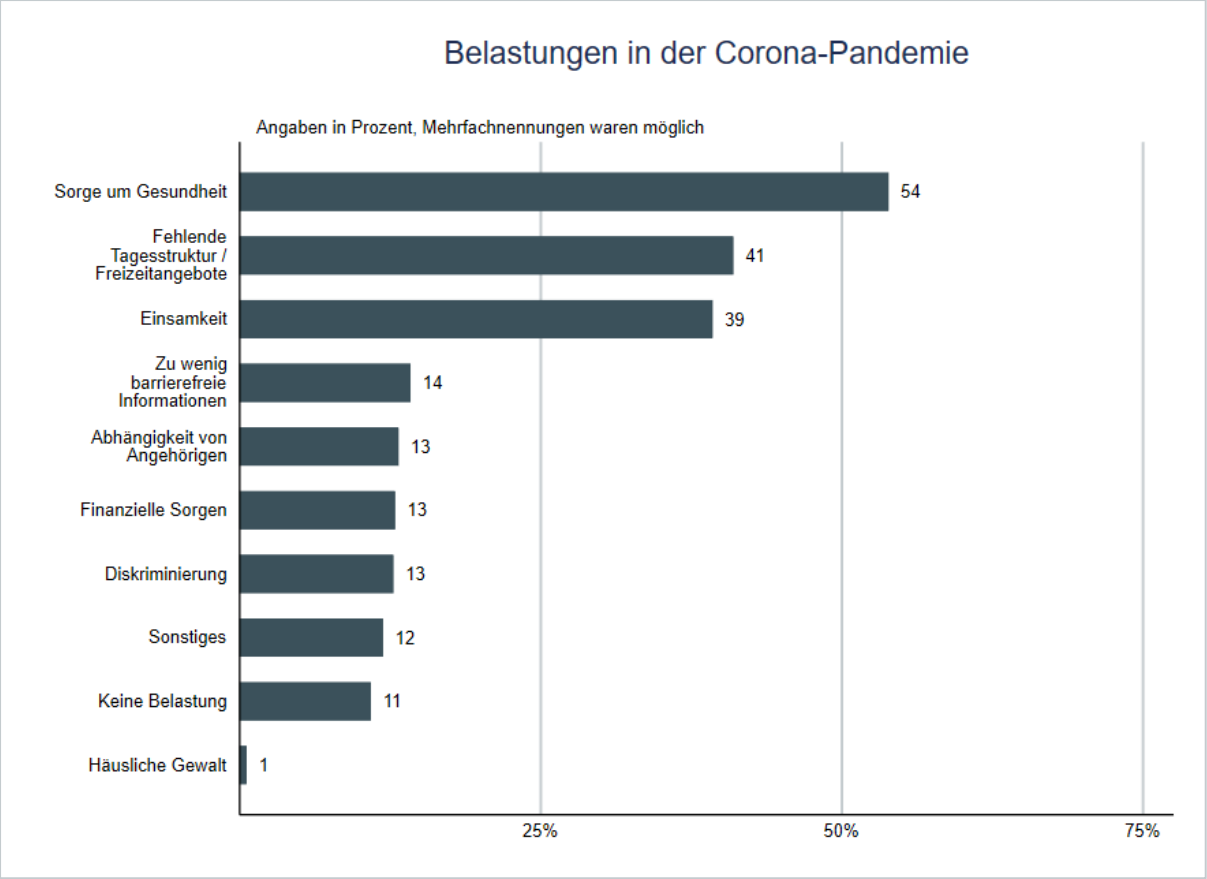

Abbildung 98